

SCHLUSS- DOKUMENTATION PARTEITAG 26./27. OKTOBER 2024

Kongresszentrum Davos, Talstrasse 49a

Beginn Samstag: 13.00 Uhr (Türöffnung: 12.15 Uhr)

Beginn Sonntag: 09.00 Uhr (Türöffnung: 08.15 Uhr)



INHALTSVERZEICHNIS

Definitive Traktandenliste	3
Informationen zum Tagungsort	5
Ersatzdelegierte	5
Wichtige Hinweise	5
Organisation	5
Geschäftsordnung für den Parteitag	6
Traktandum 2: Geschäfte zum Ablauf des Parteitages	8
Wahl der Mandatsprüfungskommission	8
Wahl Präsident des Wahlbüros	8
Traktandum 3: Protokoll des Parteitages vom 24. Februar 2024	9
Traktandum 5: Politische Aktualitäten	10
Aufruf zur Demonstration zum Auftakt der 16 Tage gegen Gewalt an Frauen am 23. November 2024 in Bern!	10
<i>(inklusive Verabschiedung R-1 der SP Frauen: Für einen umfassenden und effektiven Opferschutz)</i>	10
Traktandum 7: Positionspapier der SP Schweiz Klassenkampf von oben beenden, Zukunftsbremse lösen: eine Finanzpolitik für Kaufkraft, soziale Gerechtigkeit und Zukunft	12
Traktandum 8: Statutarische Geschäfte	13
Jahresrechnung 2023	13
Gesamterneuerungswahlen Präsidium	31
Wahl der 10 frei gewählten Mitglieder des Parteirats	34
Traktandum 9: Genehmigung Berichte	55
Jahresbericht 2023	55
Bericht des Parteirats und politischer Ausblick	56
Traktandum 10: Anträge	61
A-1 Diverser SP-Sektionen: Die SP fordert die schnelle und entschiedene Umsetzung des Stromgesetzes auch durch die Kantone und Gemeinden	61
Neueinreichung des unveränderten Antrags A-1	65
A-2 Diverser SP-Sektionen: Die Schweiz muss das Klima-Urteil des EGMR jetzt umsetzen	68
Traktandum 14: Positionspapier der SP Schweiz Arzneimittelkrise: SP fordert Public-Pharma-Strategie	71
Traktandum 15: Öffentliche Krankenkasse	72
Stand der Arbeiten zur Lancierung einer Initiative zu öffentlichen Krankenkassen	72
Traktandum 16: Unterstützung von Initiativen	74
Unterstützung der Volksinitiative für die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags	74
A-3 Fabian Molina und andere: Unterstützung der Volksinitiative «Für gentechnikfreie Lebensmittel (Lebensmittelschutz-Initiative)»	76
Traktandum 18: Resolutionen	78
R-2 zum Nahen Osten	78
Resolution des Präsidiums: Für einen sofortigen Waffenstillstand und einen gerechten Frieden im Nahen Osten!	78
Zusatzresolution Carlo Sommaruga und andere: Für ein Ende der Gewalt gegen das palästinensische Volk und der Besatzung	82
R-3 Anna Miotto (JUSO) und andere: Für den Kampf für eine bessere Welt: raus aus dem Bundesrat, auf in die Opposition!	84
R-4 der SP Frauen: Sexarbeit ist Arbeit: Ein gutes Leben für alle!	87
R-5 Renate Rutishauser und andere: Für eine qualitativ hochstehende medizinische Grundversorgung – auch in den Randregionen!	89
R-6 Leo Keller und andere: Keine neuen AKWs – sie behindern den schnellen Zubau der Erneuerbaren und gefährden die Strom-Versorgungssicherheit	93
R-7 des Präsidiums: Verstärkte Friedensinitiativen zur Beendigung des bewaffneten Konflikts im Sudan	97
R-8 Fabian Molina (SP EU Plattform) und andere: Es ist höchste Zeit, den Beitrag der Schweiz zur europäischen Integration, Sicherheit und Stabilität zu verstetigen und auszubauen	99
R-9 des Präsidiums: Für eine gerechte Bewältigung der globalen Schuldenkrise: Solidarität, Verantwortung und Reformen für eine nachhaltige Zukunft	102

DEFINITIVE TRAKTANDENLISTE

Achtung: Bei den Zeitangaben handelt es sich nur um Richtwerte. Diese können je nach Anzahl Wortmeldungen stark variieren.

SAMSTAG, 26. OKTOBER 2024 - TÜRÖFFNUNG: 12.15 UHR

- | | | |
|----------------------|-----|---|
| 13.00 | 1. | <p>Eröffnungsgeschäfte und Begrüssungen</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Grussworte von Julia Müller, Parteipräsidentin SP Kanton Graubünden und Philipp Wilhelm, Landammann von Davos |
| | 2. | Geschäfte zum Ablauf des Parteitages |
| | 3. | Protokoll des Parteitages vom 24. Februar 2024 |
| 13.30 | 4. | <p>Begrüssung und Rede von Mattea Meyer und Cédric Wermuth
Co-Präsidium SP Schweiz</p> |
| 13.50 | 5. | <p>Politische Aktualitäten</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Aufruf zur Demonstration zum Auftakt der 16 Tage gegen Gewalt an Frauen am 23. November 2024 in Bern!
<i>(Inklusive Verabschiedung R-1 der SP Frauen: Für einen umfassenden und effektiven Opferschutz)</i> |
| 14.15 | 6. | Rede Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider |
| 14.30 | 7. | <p>Positionspapier der SP Schweiz:
Klassenkampf von oben beenden, Zukunftsbremse lösen: eine Finanzpolitik für Kaufkraft, soziale Gerechtigkeit und Zukunft</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Einführung ➤ Behandlung der Anträge und Diskussion ➤ Verabschiedung des Positionspapiers |
| 15.45 | 8. | <p>Statutarische Geschäfte</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Jahresrechnung 2023 ➤ Gesamterneuerungswahlen Präsidium ➤ Wahl der zehn frei gewählten Mitglieder des Parteirats |
| 16.30 | 9. | <p>Genehmigung Berichte</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Jahresbericht 2023 ➤ Bericht des Parteirats und politischer Ausblick |
| 16.40 | 10. | <p>Anträge</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ A-1 diverser SP-Sektionen sowie Neueinreichung des Antrags: Die SP fordert die schnelle und entschiedene Umsetzung des Stromgesetzes auch durch die Kantone und Gemeinden ➤ A-2 diverser SP-Sektionen: Die Schweiz muss das Klima-Urteil des EGMR jetzt umsetzen |
| 18.00 | 11. | Div. Mitteilungen |
| 18.00 – 19.00 | | Apéro |
| ab 20.00 | | Parteitagfest |

SONNTAG, 27. OKTOBER 2024 - TÜRÖFFNUNG: 08.15 UHR

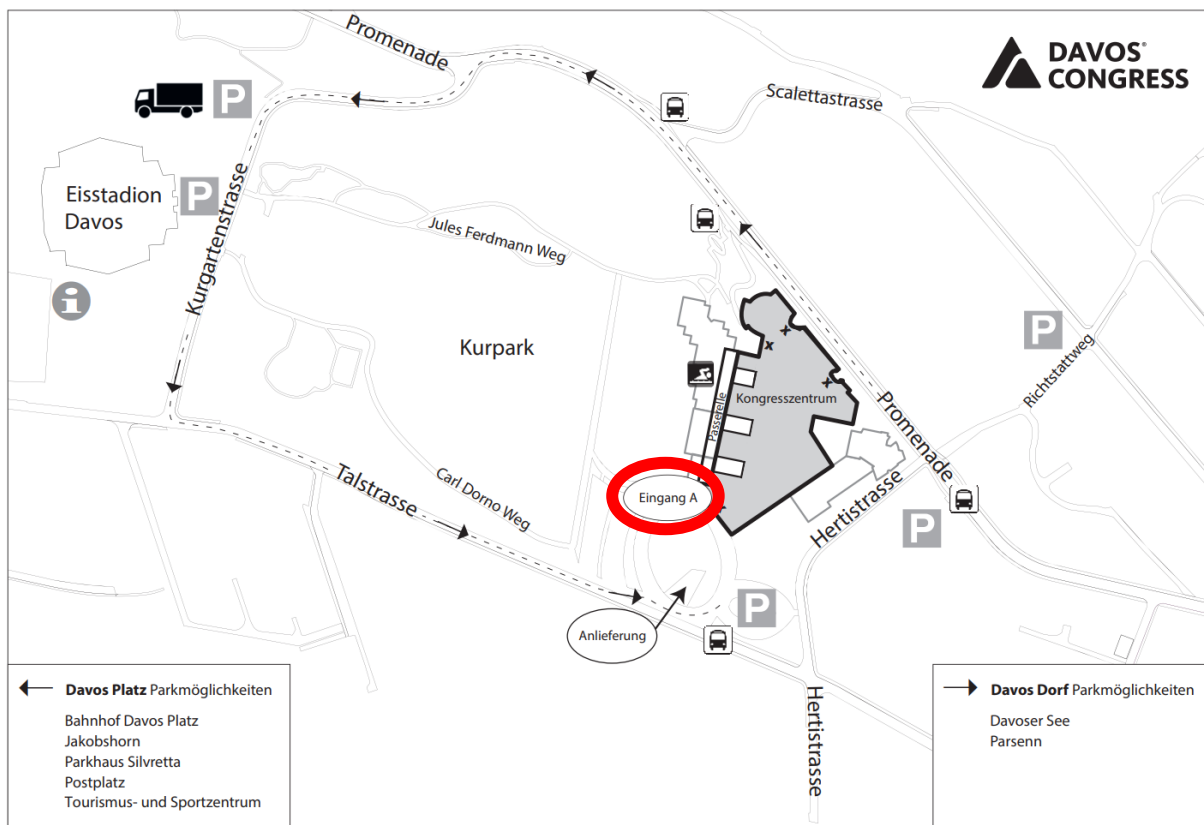
- 09.00** 12. **Eröffnungsgeschäfte**
13. **Fortsetzung der Traktanden des Vortages**
- 09.15** 14. **Positionspapier der SP Schweiz:
Arzneimittelkrise: SP fordert Public-Pharma-Strategie**
- Einführung
 - Behandlung der Anträge und Diskussion
 - Verabschiedung des Positionspapiers
- 11.15** 15. **Öffentliche Krankenkasse**
- Stand der Arbeiten zur Lancierung einer Initiative zu öffentlichen Krankenkassen
- 11.20** 16. **Unterstützung von Initiativen**
- Unterstützung der Volksinitiative für die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags
 - A-3 Fabian Molina und andere: Unterstützung der Volksinitiative «Für gentechnikfreie Lebensmittel (Lebensmittelschutz-Initiative)»
- 12.00** 17. **Rede Bundesrat Beat Jans**
- 12.15** 18. **Resolutionen**
- R-2 zum Nahen Osten
 - Resolution des Präsidiums: Für einen sofortigen Waffenstillstand und einen gerechten Frieden im Nahen Osten!
 - Zusatzresolution Carlo Sommaruga und andere: Für ein Ende der Gewalt gegen das palästinensische Volk und der Besatzung
 - R-3 Anna Miotto (JUSO) und andere: Für den Kampf für eine bessere Welt: raus aus dem Bundesrat, auf in die Opposition! (*verschoben vom Parteitag vom 24.02.2024*)
 - R-4 der SP Frauen: Sexarbeit ist Arbeit: Ein gutes Leben für alle!
 - R-5 Renate Rutishauser und andere: Für eine qualitativ hochstehende medizinische Grundversorgung – auch in den Randregionen!
 - R-6 Leo Keller und andere: Keine neuen AKWs – sie behindern den schnellen Zubau der Erneuerbaren und gefährden die Strom-Versorgungssicherheit
 - R-7 des Präsidiums: Verstärkte Friedensinitiativen zur Beendigung des bewaffneten Konflikts im Sudan
 - R-8 Fabian Molina (SP EU Plattform) und andere: Es ist höchste Zeit, den Beitrag der Schweiz zur europäischen Integration, Sicherheit und Stabilität zu verstetigen und auszubauen
 - R-9 des Präsidiums: Für eine gerechte Bewältigung der globalen Schuldenkrise: Solidarität, Verantwortung und Reformen für eine nachhaltige Zukunft
- 15.30** 19. **Varia**

Hinweis: Der Parteitag wird am Sonntag spätestens um 15.30 Uhr enden und allfällige nicht behandelte Resolutionen und Anträge werden für den nächsten Parteitag am 22. Februar 2025 in Brig traktandiert.

INFORMATIONEN ZUM TAGUNGORT

[Kongresszentrum Davos](#), Talstrasse 49a, 7270 Davos Platz

Eingang A an der Talstrasse



ERSATZDELEGIERTE

Wenn jemand verhindert ist, am Parteitag teilzunehmen, so kann er/sie sich durch ein anderes Sektions- oder Organmitglied vertreten lassen. Dies muss vorgängig schriftlich bis spätestens **Freitag, 25. Oktober 2024, 17.00 Uhr**, dem Sekretariat mitgeteilt werden, und zwar per Mail an partitag@spschweiz.ch oder per Telefon 031 329 69 69.

WICHTIGE HINWEISE

Am Parteitag werden keine Dokumente verteilt. Bitte Dokumente selbst ausdrucken, wenn ein Papierexemplar gewünscht ist.

Stromanschlüsse stehen zur Verfügung, jedoch ist es aus Kostengründen nicht möglich, Strom auf alle Tische zu ziehen.

ORGANISATION

SP Schweiz, Colette Siegenthaler, Theaterplatz 4, 3011 Bern

E-Mail: colette.siegenthaler@spschweiz.ch / Telefon: 031 329 69 69

GESCHÄFTSORDNUNG FÜR DEN PARTEITAG

Art. 1 Eröffnungsgeschäfte

Unmittelbar nach der Eröffnung wählt der Parteitag

- die Stimmzähler:innen mit je einer:einem Stellvertreter:in
- die Mandatsprüfungskommission
- den/die Präsident:in des Wahlbüros

Art. 2 Traktandierte Geschäfte und Anträge

Nach Art. 14, Ziff. 12 der Statuten darf der Parteitag nur traktandierte Geschäfte behandeln. Ausnahmen sind nur möglich, wenn zeitliche Dringlichkeit sowie ein entsprechender Antrag des Parteirats vorliegen. Sinngemäss kann nur über Anträge verhandelt werden, die sich auf traktandierte Geschäfte beziehen.

Art. 3 Resolutionen

Resolutionen konnten bis Mittwoch, 9. Oktober 2024, 18.00 Uhr im Zentralsekretariat eingereicht werden. Sie wurden vom Zentralsekretariat übersetzt und im Internet ab Freitag, 18. Oktober 2024, ab 18.00 Uhr veröffentlicht.

Art. 4 Wortmeldungen

Die Wortmeldezettel liegen am Parteitag beim Tagungssekretariat neben der Bühne bereit. Die Wortmeldezettel müssen gut leserlich und komplett ausgefüllt bis zum Beginn des vorhergehenden Traktandums beim Tagungssekretariat neben der Bühne eingereicht werden. Auch Antragstellende müssen eine Wortmeldung einreichen. Unvollständig ausgefüllte Wortmeldezettel werden nicht berücksichtigt.

Art. 5 Redezeit

Die Redezeit beträgt 3 Minuten.

Bei Verspätung kann die Redezeit via Ordnungsantrag auf 2 Minuten verkürzt werden. Es sind alle gebeten, sich bereits im Vorfeld darauf vorzubereiten.

Die:der Vorsitzende kann Redezeitverlängerungen gewähren. Auf Antrag aus der Mitte der Versammlung hat die:der Vorsitzende über die Verlängerung das Plenum entscheiden zu lassen.

Art. 6 Redner:innen-Liste

Diskussionsredner:innen melden sich schriftlich beim ParteitageSekretariat. Jede Rednerin und jeder Redner können zur gleichen Sache das Wort ein zweites Mal verlangen. Redner:innen, welche noch nicht gesprochen haben, haben den Vorrang. Ein drittes Votum zur gleichen Sache kann nur mit Zustimmung des Parteitages erfolgen. Ordnungsanträge können jederzeit eingebracht werden.

Art. 7 Ordnungsanträge

Ordnungsanträge sind sofort zu behandeln. Sie werden von der antragstellenden Person kurz begründet. Nach der Stellungnahme des Präsidiums wird unmittelbar abgestimmt.

Art. 8 Anträge auf Redezeitverkürzung, Schluss der Redner:innenliste und der Debatte

Anträge auf Redezeitverkürzung, Schluss der Redner:innenliste und solche auf Schluss der Debatte sind als Ordnungsanträge zu behandeln. Vor der Abstimmung wird die Liste der noch gemeldeten Redner:innen bekanntgegeben.

Art. 9 Ausmehrung

Für Abstimmungen gilt das Einfache Mehr. Bei Stimmgleichheit gibt das Co-Präsidium gemeinsam mit einer Stimme den Stichentscheid.

Der/die Vorsitzende lässt die Stimmen auszählen, wenn die Mehrheit nicht eindeutig auszumachen ist oder wenn die Auszählung aus der Mitte der Versammlung verlangt wird.

Art. 10 Wahlen: Allgemein

Bestehen gleich viele Kandidat:innen wie zu besetzende Sitze, so findet eine offene Wahl statt.

Art. 11 Verhandlungsführung

Die:der Vorsitzende wacht darüber, dass die Verhandlungen ruhig und sachlich geführt werden. Sie:er ruft unsachliche Redner:innen zur Ordnung. Wer absichtlich die Verhandlungen stört, kann nach zweimaligem Ordnungsruf auf Antrag der:des Vorsitzenden durch Versammlungsbeschluss aus dem Saal gewiesen werden.

Art. 12 Sprachen

Jede Rednerin und jeder Redner kann sich einer Landessprache bedienen. Die auf der Traktandenliste enthaltenen Anträge des Präsidiums/des Parteirats werden dem Parteitag deutsch, französisch und italienisch vorgelegt. Referate und Voten werden simultan auf Französisch, Deutsch und Italienisch übersetzt.

Art. 13 Beschlussprotokoll und Gender-Watch-Protokoll

Über die Verhandlungen des Parteitages werden ein Beschlussprotokoll sowie ein Gender-Watch-Protokoll geführt. Die Verhandlungen werden aufgezeichnet und im Zentralsekretariat aufbewahrt.

TRAKTANDUM 2: GESCHÄFTE ZUM ABLAUF DES PARTEITAGES

WAHL DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Vorschlag:

- Karin Mader
- Andreas Weibel

Empfehlung des Präsidiums: Das Präsidium beantragt eine offene Wahl, gemäss Artikel 10 der Geschäftsordnung des Parteitages.

WAHL PRÄSIDENT DES WAHLBÜROS

Vorschlag:

- Dario Schai

Empfehlung des Präsidiums: Das Präsidium beantragt eine offene Wahl, gemäss Artikel 10 der Geschäftsordnung des Parteitages.

TRAKTANDUM 3: PROTOKOLL DES PARTEITAGES VOM 24. FEBRUAR 2024

Genehmigung des Beschluss-Protokolls des Parteitages vom 24. Februar 2024 in Grand-Saconnex (GE).

Das Protokoll kann auf der Homepage www.spschweiz.ch/davos2024 eingesehen und heruntergeladen werden.

TRAKTANDUM 5: POLITISCHE AKTUALITÄTEN

AUFRUF ZUR DEMONSTRATION ZUM AUFTAKT DER 16 TAGE GEGEN GEWALT AN FRAUEN AM 23. NOVEMBER 2024 IN BERN!

(inklusive Verabschiedung R-1 der SP Frauen: Für einen umfassenden und effektiven Opferschutz)

Zwanzig Frauen und Mädchen wurden 2023 gemäss der polizeilichen Kriminalstatistik im häuslichen Bereich getötet. Zu weiteren Femiziden ausserhalb des häuslichen Kontextes gibt es in der Schweiz keine offiziellen Zahlen. Tötungsdelikte mit Bezug auf das Geschlecht sind keine Ausrutscher und keine Einzelfälle. Sie sind eingebettet in strukturelle Gewalt gegen Frauen, trans und non-binäre Personen und patriarchale Machtverhältnisse. Und sie sind das Resultat politischen Versagens im Bereich Opferschutz, Gewaltprävention und Gleichberechtigung.

Die Frauenhäuser sind am Limit. Immer wieder treten Engpässe bei der Bereitstellung von Schutzplätzen in Frauenhäusern auf. Im Juni 2024 hat die Dachorganisation Frauenhäuser Schweiz und Lichtenstein (DAO) Alarm geschlagen: Die Mehrheit der Frauenhäuser seien vollständig ausgelastet und der Schutz von Gewaltbetroffenen gefährdet. Unzureichende Schutzmassnahmen können tödliche Folgen haben. Die aktuelle Situation ist inakzeptabel. In der Schweiz gibt es nur 216 Familienzimmer, das sind 0,24 Familienzimmer pro 10'000 Einwohner:innen.¹ Somit unterschreitet die Schweiz das vom Europarat empfohlene Angebot von einem Familienzimmer pro 10'000 Einwohner:innen massgeblich.²

In den vergangenen Jahren haben wir wichtige Fortschritte im Bereich Sensibilisierung und Gewaltprävention gemacht. Zeitgleich ist die Anzahl Opferberatungen pro Jahr massiv gestiegen. Immer mehr Gewaltbetroffene finden den Weg zu den Beratungsstellen der Opferhilfe. Doch den wichtigen Fortschritten im Bereich der Sensibilisierung stehen grosse Lücken in der Finanzierung gegenüber. In vielen Kantonen fehlen bei Prävention und Beratungsstellen der Opferhilfe die finanziellen Ressourcen, um die gestiegene Nachfrage aufzufangen. Die Fachpersonen berichten von Überlastung, Zeitdruck und unvermeidbaren Qualitätseinbussen bei Beratungen und Betreuung. Ohne ausreichende finanzielle Ressourcen können Beratungsstellen ihren gesetzlichen Auftrag gemäss Opferhilfegesetz (OHG) und Istanbul-Konvention (IK) nicht erfüllen. Die Geldnot bei den Beratungsstellen gefährdet Gewaltbetroffene direkt und indirekt.

Die Lebensrealitäten von Gewaltbetroffenen sind sehr unterschiedlich. Aus internationalen Studien wissen wir, dass LGBTQIA+, Menschen mit Behinderungen, geflüchtete Personen, migrantisches Personen und rassifizierte Personen ein erhöhtes Risiko haben, Opfer von Gewalt zu werden. Es ist essenziell, dass die Unterstützungsangebote für alle Gewaltbetroffenen zugänglich sind und

¹ Siehe DAO (2024), [Jahresbericht 2023](#).

² Siehe [Erläuternder Bericht zur Istanbul-Konvention](#), Artikel 135.

die Fachpersonen sensibilisiert und ausgebildet werden im Umgang mit unterschiedlichen Zielgruppen und intersektionaler Diskriminierung.

Häusliche, sexualisierte und geschlechtsbezogene Gewalt gehören in der Schweiz zum Alltag. Jeden Tag lassen sich durchschnittlich 100 Gewaltbetroffene bei Opferhilfestellen beraten. Drei von vier der beratenen Personen sind weiblich. Vier von fünf Tatpersonen sind männlich.³ Wie viele Menschen insgesamt in der Schweiz von häuslicher, sexualisierter und geschlechtsbezogener Gewalt betroffen sind, lässt sich nur erahnen. Wir wissen, dass sich die grosse Mehrheit keine Unterstützung holt. Gemäss dem Swiss Crime Survey 2022⁴ hatten nur 13.7% der Vergewaltigungsopfer Kontakt zu einer Beratungsstelle. Die Zahlen weisen auf einen sehr grossen Handlungsbedarf bezüglich der Zugänglichkeit und Bekanntheit der Unterstützungsangebote hin.

Die SP Schweiz fordert deshalb:

- Die Kantone müssen ausreichend Schutzplätze für Gewaltbetroffene schaffen und gemeinsam mit dem Bund die nachhaltige Finanzierung von Schutzunterkünften und Beratungsstellen der Opferhilfe sicherstellen.
- Bund und Kantone müssen sicherstellen, dass Unterstützungsangebote flächendeckend bekannt gemacht werden und alle Betroffenen von Gewalt den Schutz und die Hilfe erhalten, die sie brauchen.
- Schweizweit muss der Zugang zu Beratungsstellen und Schutzunterkünften für alle Gewaltbetroffenen niederschwellig und diskriminierungsfrei gewährleistet werden.

Die SP Schweiz setzt sich mit aller Kraft dafür ein, diese Ziele zu erreichen. In den nächsten Jahren werden wir unsere Ressourcen und Energien auf allen Ebenen mobilisieren, um für den umfassenden Schutz von Gewaltbetroffenen zu kämpfen. Ein erster Schritt ist die Demonstration zum Auftakt der 16 Tage gegen Gewalt an Frauen vom 23. November 2024 in Bern!

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

³ Siehe BFS 2023, [Opferhilfestatistik 2022](#).

⁴ Siehe ZHAW 2023, [Swiss Crime Survey 2022](#).

**TRAKTANDUM 7:
POSITIONSPAPIER DER SP SCHWEIZ
KLASSENKAMPF VON OBEN BEENDEN, ZUKUNFTS-
BREMSE LÖSEN: EINE FINANZPOLITIK FÜR KAUF-
KRAFT, SOZIALE GERECHTIGKEIT UND ZUKUNFT**

Das Positionspapier «Klassenkampf von oben beenden, Zukunftsbremse lösen: eine Finanzpolitik für Kaufkraft, soziale Gerechtigkeit und Zukunft» inklusive der Anträge aus Antragsfrist 2 liegt als separates Dokument vor und ist unter www.spschweiz.ch/davos2024 zu finden.

TRAKTANDUM 8: STATUTARISCHE GESCHÄFTE

JAHRESRECHNUNG 2023

Bilanz 2023

Aktiven	31.12.2023	31.12.2022
Kasse	1'466	689
PostFinance	3'638'792	4'183'968
Banken	2'281'420	2'214'875
Debitoren Kantonalparteien	12'472	20'826
Mietzinsdepot	50'578	50'390
Übrige kurzfristige Forderungen	568'897	565'246
Transitorische Aktiven	92'393	70'386
Vorräte	20'000	23'000
Umlaufvermögen	6'666'017	7'129'380
Wertschriften	5'900	5'563
Anlagen (Mobile und immaterielle Anlagen)	131'000	184'000
Anlagevermögen	136'900	189'563
Total Aktiven	6'802'917	7'318'943

Passiven

Kreditoren	282'626	480'152
Verrechnungen Kantonalparteien	10'773	16'699
Transitorische Passiven	203'738	335'003
Kurzfristige Verbindlichkeiten	497'137	831'853
Rückstellungen Wahlen	275'000	1'145'000
Rückstellungen Grossspender	1'139'322	1'226'419
Rückstellungen Kampagnen	1'916'200	1'191'200
Rückstellungen Legate	171'039	146'586
Rückstellungen Bewegung	89'300	98'300
Rückstellungen SP Frauen	78'000	115'000
Rückstellungen SP60+	10'000	10'000
Rückstellungen Fundraisingprojekte	350'000	342'000
Rückstellungen Allgemein	1'677'000	1'613'000
Langfristige Verbindlichkeiten	5'705'861	5'887'505
Eigenkapital	599'919	599'585
Total Passiven	6'802'917	7'318'943

Gewinnverwendung

Eigenkapital am 1.1.	599'585	599'291
Ergebnis	335	293
Eigenkapital am 31.12.	599'919	599'585

Erfolgsrechnung 2023

	Rechnung 2022	Budget 2023	Rechnung 2023
Betriebsertrag			
Beiträge	2'253'751	2'264'800	2'240'457 ¹⁾
Mitgliederbeiträge	2'008'268	2'014'800	1'986'329
Solidaritätsbeiträge	245'483	250'000	254'128
Finanzbeschaffung	4'448'548	3'477'195	4'879'001 ²⁾
Mitgliederspenden	810'000	805'000	1'100'000
Freie Spenden	1'996'497	1'879'495	2'256'709
Übrige Spenden	1'642'051	792'700	1'497'839
Legate	-	-	24'454
Verkaufserlös	232'797	194'795	252'391 ³⁾
Übriger Ertrag	606'078	871'100	973'707 ⁴⁾
Auflösung Rückstellungen	1'528'722	2'471'800	1'131'232 ⁵⁾
Total Betriebsertrag	9'069'895	9'279'690	9'476'788
Betriebsaufwand			
Produktionsaufwand	203'213	253'300	262'066 ⁶⁾
Produktion Medien	149'721	182'800	136'271
Produktion Mailing (Gremien, links/socialistes)	43'825	30'500	109'102
Produktion Neue Fundraisingprojekte	9'667	40'000	16'693
Warenaufwand	233'092	15'500	269'154 ⁶⁾
Bezogene Dienstleistungen	807'781	1'251'700	618'039 ⁷⁾
Personal- und Sozialversicherungsaufwand	4'072'674	4'794'281	4'724'629 ⁸⁾
Übriger Personalaufwand	133'078	180'120	148'578 ⁹⁾
Raumaufwand	354'307	367'200	297'411 ¹⁰⁾
Unterhalt, Reparaturen, Leasing	94'953	53'500	58'488 ¹¹⁾
Sachversicherungen, Abgaben	5'297	5'500	13'482
Verwaltungsaufwand	719'714	755'740	842'928 ¹²⁾
Informatikaufwand	130'936	115'700	145'492 ¹³⁾
Werbeaufwand	794'206	747'733	682'120 ¹⁴⁾
Übriger Parteiaufwand	801'175	520'780	423'323 ¹⁵⁾
Bildung Rückstellungen	495'007	69'585	867'685 ⁵⁾
Abschreibungen	198'374	115'500	101'620 ¹⁶⁾
Total Betriebsaufwand	9'043'809	9'246'139	9'455'015
Betriebserfolg	26'087	33'550	21'773
Finanzerfolg	-38'226	-32'567	-21'438
Ausserordentlicher Erfolg	12'433	-	-
Ergebnis	293	984	335

Erfolgsrechnung 2023 - Kostenstellen

	Rechnung 2022	Budget 2023	Rechnung 2023
Partei	1'762'199	1'527'188	1'955'860 ¹⁷⁾
Beiträge	2'238'706	2'250'300	2'224'932
Spenden	813'789	805'000	1'102'050
Sachaufwand Partei	-133'159	-66'000	-166'897
Personal- u. Anteil GK	-746'837	-932'581	-868'567
Parteitag	-164'775	-160'000	-129'985
Parteirat	-28'566	-40'000	-31'075
Entwicklungsprojekte	-64'315	-150'000	-
Sachaufwand Präsidium	-22'782	-32'000	-23'982
Sachaufwand Kommissionen	-745	-6'000	-2'852
Entschädigung Co-Präsidium inkl. Spesen	-85'705	-95'291	-95'281
Spesen Vizepräsidium	-30'240	-30'240	-29'400
Internationales	-13'172	-16'000	-23'083
Bildung	-254'199	-385'183	-440'074 ¹⁸⁾
Personal- u. Anteil GK	-194'432	-280'283	-384'227
Bildung Mitarbeiter:innen Kantonal- und Stadtparteien	-	-15'500	-1'975
Bildung Mitglieder mit Funktionen (ex Interne Bildung)	-2'088	-14'000	-13'662
Bildung Mitglieder und Interessierte	-	-14'200	-18'000
Sommer-Tagung	-34'472	-32'500	-
Mitgliederentwicklung	-9'704	-7'200	-7'805
Wirtschaft & Demokratie	-	-5'000	-
Kommunaltagung	-8'504	-11'500	-9'406
Städtekonferenz	-5'000	-5'000	-5'000
SP60+	-114'120	-119'347	-102'079 ¹⁹⁾
Personal- u. Anteil GK	-74'468	-75'647	-77'332
Sachaufwand Generationen	-299	-5'400	-667
Spesen Präsidium	-7'000	-7'000	-7'002
GL/DV/MK	-21'093	-24'650	-16'452
Themenanlässe/Kampagnen	-11'260	-6'650	-626
SP Migrant:innen	-72'093	-89'306	-108'456 ²⁰⁾
Personal- u. Anteil GK	-61'476	-73'806	-100'752
Sachaufwand Migrant:innen	-10'137	-10'000	-5'385
Sachaufwand Präsidium/GL	-480	-5'500	-2'319
Juso	-168'219	-183'482	-183'200 ²¹⁾
Personal- u. Anteil GK	-168'219	-183'482	-183'200
SP Frauen	-140'841	-157'032	-161'154 ²²⁾
Personal- u. Anteil GK	-109'307	-106'032	-121'554
Mailing SP Frauen	30'037	7'500	19'315
Sachaufwand SP Frauen	-3'749	-5'000	-1'070
Spesen SP Frauen Präsidium	-4'460	-10'500	-9'271
Mitgliederversammlung	-11'127	-18'000	-21'322
Kampagnen	-42'235	-25'000	-27'252
SP queer	-34'085	-59'404	-48'338 ²³⁾
Personal- u. Anteil GK	-25'749	-44'404	-40'808
Sachaufwand SP queer	-8'336	-15'000	-7'529

	Rechnung 2022	Budget 2023	Rechnung 2023
Publikationen	-397'284	-680'912	-576'893 ²⁴⁾
Personal- u. Anteil GK	-141'085	-391'312	-346'347
links	-73'022	-105'200	-77'841
socialistes	-34'643	-45'100	-34'017
ps.ch	-36'800	-38'300	-34'890
Jahresbericht	-	-16'000	-
Bildarchiv	-586	-	-
direkt-magazin	-111'148	-85'000	-83'799
Kampagnen & Kommunikation	-1'374'445	-912'876	-1'769'823 ²⁵⁾
Personal- u. Anteil GK	-1'339'322	-1'386'211	-1'267'963
Sachaufwand	-1'425	-5'000	-314
Kampagnen allgemein	-26'164	-205'000	-54'287
Abstimmungszeitungen	-23'391	-30'000	-6'835
Referenden	-764'654	-100'000	-47'946
Initiativen	-798'587	-609'164	-446'998
Wahlen	-287'822	-1'572'500	-1'246'553
E-Fundraising	497'921	677'000	991'073
Nettoauflösung/-bildung Rückstellungen Kampagnen/Wa	1'369'000	2'318'000	310'000
Bewegung	-492'979	-241'706	-258'257 ²⁶⁾
Personal- u. Anteil GK	-530'068	-247'701	-276'756
Sachaufwand	-3'123	-11'100	-2'261
Basiskampagnen KP/Sektionen	40'212	17'095	20'760
Fundraising	1'285'477	1'303'045	1'691'752 ²⁷⁾
Personal- u. Anteil GK	-452'913	-451'864	-452'875
Nettoauflösung/-bildung Rückstellungen	-70'340	-39'585	-55'992
Ertrag aus Sammelaktionen	1'996'497	1'879'495	2'256'709
Legate / Neue Fundraisingprojekte	-9'667	-30'000	-3'859
Ausschüttung Fundraising an KPs	-178'100	-55'000	-52'230
Finanzsanierung	-	-	-
Ergebnis Shop	882	-	995
Ergebnis	293	984	335

Anhang zur Jahresrechnung 2023

Entschädigung an die leitenden Organe

Das Jahressalär des Co-Präsidiums beläuft sich auf insgesamt 70 000 Franken und die Spesenpauschale rund 10 000 Franken. Die Entschädigung der sechs Vizepräsidien beträgt insgesamt rund 30 000 Franken pro Jahr. Der JUSO-Präsident erhält rund 27 000 Franken pro Jahr brutto. Die Entschädigung des Co-Präsidiums der SP Frauen und der SP60+ beträgt 2023 je 7 000 Franken.

Nahestehende Organisationen

Folgende Organisationen und Institutionen sind der SP Schweiz nahestehend:

1. Solidar Suisse, Zürich (vormals Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH)
2. Solifonds Schweiz
3. Progressive Allianz
4. European Socialists (PES)

Die SP Schweiz leistet an die genannten Organisationen Mitgliedschaftsbeiträge zwecks Erfüllung von Zielen, die dem statutarischen Zweck der SP Schweiz entsprechen. Transaktionen, welche nicht in Zusammenhang mit den Mitgliedschaftsbeiträgen oder bezogenen Leistungen stehen, wurden nicht getätigt. Der Mitgliederbeitrag an die PES ist aufgrund neuer rückwirkend per 2018 in Kraft gesetzter Bestimmungen der EU vorläufig ausgesetzt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Wertschriften:	Kurswert
Vorräte:	Einstandswert
Mobiliar, Maschinen und Einrichtungen:	Anschaffungswert abzüglich Abschreibungen aufgrund der Nutzungsdauer
IT:	Anschaffungswert abzüglich Abschreibungen aufgrund der Nutzungsdauer
Übrige Bilanzpositionen:	Nominalwert

Versicherungswerte Mobiliar/IT-Anlagen

Zürich-Versicherung:	CHF 720'000
----------------------	-------------

Kommentar zur Jahresrechnung

A) Bilanz

Geldflussrechnung und Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel haben gegenüber dem Vorjahr um rund 478 000 Franken abgenommen, die erweiterten flüssigen Mittel um rund 514 000 Franken. Diese beinhalten zusätzlich kurzfristig realisierbare Kontokorrentguthaben. Das Nettoumlaufvermögen nahm um rund 129 000 Franken ab.

in TCHF	2023	2022
Reingewinn/-verlust	0.3	0.3
Abschreibungen	101.3	198.4
Cashflow I	101.6	198.7
Bildung Rückstellungen	961.6	598.8
Auflösung Rückstellungen	-1'143.2	-1'531.9
Cashflow II	-80.0	-734.5
Veränderungen (nicht-liquiditätsw.) Umlaufvermögen/kfr. Fremdkapital	-349.2	217.5
Investitionsbereich		
Investition in Anlagen	-48.6	-154.3
Finanzierungsbereich		
Veränderung Fonds	0.0	0.0
Veränderung Fonds Flüssige Mittel	-477.9	-671.3

in TCHF	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung
Kasse	1.5	0.7	+ 0.8
PostFinance	3'638.8	4'184.0	- 545.2
Bank	2'281.4	2'214.9	+ 66.5
Flüssige Mittel	5'921.7	6'399.5	- 477.9
Kontokorrentguthaben	448.1	483.8	- 35.6
Erweiterte Flüssige Mittel	6'369.8	6'883.3	- 513.5
Übriges Umlaufvermögen	296.2	246.1	+ 50.1
./. Kurzfristige Verbindlichkeiten	497.1	831.9	- 334.7
Nettoumlaufvermögen	6'168.9	6'297.5	- 128.6

Debitoren Kantonalparteien

Die per Jahresende 2023 bestehenden Ausstände bei den Mitgliederbeiträgen von Kantonalparteien werden im ersten Quartal 2024 ausgeglichen, oder dann bestehen vereinbarte Zahlungsfristen.

in TCHF	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung
Debitoren Kantonalparteien	12.5	20.8	-8.4
Verrechnungen Kantonalparteien	10.8	16.7	-5.9
Nettoforderung gegenüber Kantonalparteien	1.7	4.1	-2.4

Rückstellungen

Die gesamten Rückstellungen betragen per 31.12.2023 rund 5 705 000 Franken. Diese sind mehrheitlich für künftige Projekte zweckbestimmt.

B) Erfolgsrechnung

Die Rechnung 2023 schliesst mit einem kleinen Plus von rund 335 Franken ausgeglichen ab.

Bei der Erstellung des Budgets 2023 waren die einzelnen Elemente der Wahlkampagne noch nicht alle genau definiert. Dies führt in einzelnen Positionen zu Abweichungen.

Ertrag

1. Beiträge

Die Mitgliederbeiträge liegen mit rund 2 018 000 Franken unter dem Budget. Die Solidaritätsbeiträge beliefen sich 2023 auf rund 254 000 Franken und entsprechen damit den budgetierten Beiträgen.

2. Finanzbeschaffung

Die Finanzbeschaffung wird netto ausgewiesen. Der Nettoertrag liegt 1.4 Mio. Franken über dem Budget.

Der Ertrag des Public Fundraising (Spendenmailings) sowie die Spenden der Gruppe 2023 und der thematischen Unterstützer:innen-Gruppen ergeben einen Nettoertrag von rund 3 357 000 Franken (inkl. Mitgliederspenden). Sie liegen damit rund 672 000 Franken über dem Budget. Das Nettoergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

Public Fundraising/Gruppe 2023 in TCHF	2023	2022
Bruttoertrag	4'220	4'064
Bruttoaufwand	-863	-1'258
Nettoertrag	3'357	2'806
davon Mitgliederspenden	1'100	810

Die Mitglieder der Gruppe 2023, der Gruppe Gleichstellung und der Klima-Gruppe unterstützen die SP Schweiz mit regelmässigen Spenden. Die Anzahl Mitglieder der Gruppen (rund 1 968 Personen) hat gegenüber 2022 leicht zugenommen. Die durchschnittliche Jahresspende belief sich 2023 auf 318 Franken.

Die übrigen Spenden beinhalten insbesondere die Spenden aus den E-Fundraising-Kampagnen, aus Mailings der SP Frauen sowie der Empfängerinnen und Empfänger der Mitgliederzeitschriften «links» und «socialistes»:

Übrige Spenden in TCHF	2023	2022
SP Frauen, Empfänger:innen links und socialistes, diverse	77	83
Kampagnen E-Fundraising (2022 inkl. zG Dritte)	1'421	1'559
	1'498	1'642

Die Erträge aus kampagnenbezogenen E-Fundraising-Aktionen übersteigen das Budget um rund 705 000 Franken. Die Überschüsse wurden für die entsprechenden Kampagnen ausgegeben bzw. für kommende Kampagnen zurückgestellt. 2022 beinhalteten die Erträge Spenden von rund 380 000 Franken aus einem Aufruf zur Unterstützung der ukrainischen Bevölkerung zugunsten von Solidar Suisse für Hilfe vor Ort. Diese Spenden wurden direkt an Solidar Suisse weitergeleitet. Ohne diese Spenden beliefen sich die Erträge aus kampagnenbezogenen E-Fundraising-Aktionen 2022 auf rund 1.179 Mio. Franken.

Die nachfolgend aufgeführten Personen/Organisationen haben der SP Schweiz im 2023 Spenden von über 15 000 Franken zukommen lassen:

- Piero Hug, 21 000 Franken
- Sandra Stuber sel., 24 453.55 Franken
- Mobiliar Versicherung, 35 200 Franken
- Raiffeisen Schweiz, 42 703 Franken

3. Verkaufserlös

In dieser Position sind Verrechnungen der Abstimmungs- und Wahlzeitungen an die Sektionen und Kantonalparteien, der Verkauf von Inseraten/Beilagen in den Mitglieder- und Spendenzeitschriften «links», «socialistes» und «Solidarisch» sowie der Erlös aus Splittings für einzelne Kantonalparteien im «links» enthalten. Zudem werden hier erbrachte Dienstleistungen wie die Erstellung und der Betrieb von Websites für Kantonalparteien, Sektionen und Einzelpersonen, die Beteiligung von Kantonalparteien und Sektionen an der Durchführung von Basiskampagnen, der Erlös aus dem Weiterverkauf von Kampagnenmaterial an die Kantonalparteien und Sektionen, Dienstleistungen für Fundraising-Aktivitäten von Kantonalparteien, Dienstleistungen an die JUSO Schweiz sowie der Ertrag aus einem Drittmandat ausgewiesen.

Abstimmungszeitungen werden seit 2010 bis zu 2000 Exemplaren pro Abstimmungssonntag gratis an die Sektionen und Kantonalparteien abgegeben. 2023 wurde neben der Wahlzeitung nur eine Abstimmungszeitung produziert, geplant waren drei.

4. Übriger Ertrag

Der übrige Ertrag beinhaltet verschiedene Tagungsgebühren, den Unterstützungsbeitrag der Stadt Biel als Austragungsort des Parteitags im August 2023, Beiträge von Kantonalparteien an einzelne Kampagnenelemente sowie den Beitrag der SP Fraktion an die Wahlkampagne. Die Kostenbeteiligung der Grünen für die gemeinsame Klimafonds-Initiative ist ebenfalls unter dieser Position enthalten.

Die Abgeltung von Seiten Fraktion erfolgte nach dem bereits für das Budget angewandten, transparenten Berechnungsschema. Die effektive Höhe der Abgeltung ist mit rund 422 000 Franken tiefer als der im Budget vorgesehene Betrag.

5. Veränderung Rückstellungen

2023 wurden bestehende Rückstellungen im Umfang von 1.1 Mio. Franken aufgelöst, dies insbesondere für die Wahlkampagne 2023 und die Finanzplatz-Initiative. Weiter wurden Rückstellungen aufgelöst zur Deckung der Abschreibungen aus den Investitionen in die Fundraising-Datenbank und zur Weiterentwicklung des Mobilisierungstools «Avanti». Rückstellungen zugunsten der SP Frauen wurden zur Finanzierung der Verlängerung der Anstellung für die Kampagne zur Revision des Sexualstrafrechts aufgelöst.

Im Bereich Kampagnen wurden insgesamt Rückstellungen im Umfang von 827 000 Franken gebildet. Ein Teil davon sind die Unterstützungsbeiträge der Raiffeisen Schweiz sowie der Schweizerischen Mobiliar Versicherungsgesellschaft, welche wie in den Vorjahren direkt als Kampagnen-Rückstellungen verbucht wurden. Ein Legat, das die SP Schweiz im 2023 erhalten hat, wurde vollumfänglich zurückgestellt.

Die Rückstellungen zugunsten der SP Frauen wurden um 10 000 Franken und jene zugunsten von Fundraising-Projekten um 48 000 Franken erhöht. Weiter wurden Mittel zurückgestellt für Mehrwertsteuerverpflichtungen und für Beiträge an die Anny-Klawar-Morf-Stiftung in den Folgejahren.

Die Veränderung der Rückstellungen für die Auszahlung von Überstunden und Feriensalden sowie zugunsten von Aus- und Weiterbildungen des Personals erfolgte über den Personalaufwand.

Rückstellungen in TCHF	31.12.2022	Bildung	Auflösung	31.12.2023
Eidg. Wahlen	1'145		-870	275
Kampagnen	2'564	827	-165	3'227
Basiskampagnen	98		-9	89
SP Frauen	115	10	-47	78
SP60+	10			10
Fundraising	342	48	-40	350
Finanzsanierung	1'130			1'130
Allgemein	483	76	-12	547
Total Rückstellungen	5'888	962	-1'143	5'706

Aufwand

6. Produktionsaufwand und Warenaufwand

Die Produktionskosten Medien beinhalten die Druckkosten für die Mitgliederzeitschriften «links», «socialistes», «ps.ch» und für die Abstimmungszeitungen. Die Produktionskosten lagen 2023 für alle Mitgliederzeitschriften leicht unter dem Budget. Was die Abstimmungszeitungen angeht, wurde nur eine anstelle der drei geplanten produziert. Ein Relaunch von «links» und «socialistes» wurde verschoben.

Die Position «Produktion Mailings» umfasste 2023 insbesondere die Kosten für die Mailings der SP Frauen und an die Empfänger:innen von «links» und «socialistes». Ebenfalls enthalten sind Kosten für Newsletter- und SMS-Versände sowie für den Versand von Mobilisierungsbriefen im Rahmen der Wahlkampagne. Die neuen Fundraising-Projekte beinhalten die Kosten für Veranstaltungen zum Thema «Vorsorgen einfach erklärt», welche 2023 in Zürich und Bern durchgeführt wurden.

Der Warenaufwand umfasst insbesondere Kampagnenmaterial wie Taschen zur Abstimmung über das Klimaschutz-Gesetz, Scrunchies (Haargummis) im Rahmen des Feministischen Streiks, Fahnen zu den Mietreferenden, das Buch «Klimaschutz und Energiesicherheit» von Roger Nordmann (im Rahmen der Kampagne für die Klimafonds-Initiative) sowie Materialien für die Basiskampagnen und Traubenzucker als Giveaway in der Wahlkampagne. Die Aufwände wurden mehrheitlich durch Online-Spenden gegenfinanziert.

7. Bezogene Dienstleistungen

Leistungen Dritter, welche im Zusammenhang mit der Haupttätigkeit der SP Schweiz stehen, werden unter Dienstleistungen Dritter ausgewiesen. Reine Beratungsdienstleistungen ohne direkten Bezug werden im Verwaltungsaufwand geführt.

Honorare Dritter umfassen insbesondere Entschädigungen an Agenturen und andere Leistungserbringer:innen für Dienstleistungen im Rahmen von Kampagnen sowie für das Layout und für Bildrechte von Publikationen. Mit rund 502 000 Franken liegen die Aufwände unter dem Budget von 1 077 000 Franken. Hauptgrund sind einerseits wie bereits eingangs erwähnt, dass in der Wahlkampagne die konkreten Elemente zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht vollumfänglich definiert waren und entsprechend Mittel hier budgetiert wurden, die schliesslich anderswo eingesetzt wurden. Nach der Lancierung des direkt-Magazins im 2022 wurden 2023 weniger Drittleistungen bezogen. Die Mittel flossen vor allem in Online-Werbung. Die zentral budgetierten Mittel für Entwicklungsprojekte wurden nicht für Leistungen mit Honorarcharakter eingesetzt.

Honorare für Übersetzungen beinhalten sämtliche Aufwände für externe Übersetzungsaufträge sowie die Simultanübersetzungen und die Übersetzungen in Gebärdensprache bei Veranstaltungen. Mit rund 116 000 Franken liegen die Honorare für Übersetzungen unter dem Budget. Grund dafür sind vor allem die Minderaufwände bei den Veranstaltungen.

8. Personalaufwand

Die Summe der Personalkosten beträgt 2023 rund 4.725 Millionen Franken und liegt damit leicht unter dem Budget von 4.794 Millionen Franken.

In der Lohnsumme von 3.969 Millionen Franken sind sämtliche Löhne enthalten, welche durch die Partei ausbezahlt werden. Unter Berücksichtigung der Sozialversicherungsbeiträge sowie der eingenommenen Entschädigungen/Taggelder der EO und der Krankentaggeldversicherung ergibt sich ein Personalaufwand von 4.725 Millionen Franken.

Ein höherer Teuerungsausgleich als budgetiert (3% anstelle von 2%) führte zu Mehrkosten. Im Gegenzug gab es Minderaufwände: im Bereich Kampagnen durch krankheitsbedingte Abwesenheiten und Austritte, welche nicht vollumfänglich ersetzt wurden, sowie beim direkt-Magazin, weil Stellen nicht im geplanten Umfang besetzt wurden. Nach dem Wechsel im Zentralsekretariat der SP Frauen übernahm die bisherige Zentralsekretärin Aufgaben in den Bereichen Parteiorganisation und Bildung. Diese Mehrkosten wurden über das Budget Entwicklungsprojekte gedeckt. Zentral im Bereich Partei budgetierte Kosten u.a. für Elternurlaube und die Auszahlung von Zulagen gemäss GAV wurden nur teilweise verwendet.

9. Übriger Personalaufwand

Der übrige Personalaufwand liegt mit rund 149 000 Franken unter dem Budget. Bei allen Detailpositionen (Personalgewinnung, Aus- und Weiterbildung, Spesenentschädigungen, sonstiger Personalaufwand) ergaben sich Minderaufwände.

10. Raumaufwand

Der gesamte Raumaufwand liegt mit rund 297 000 Franken unter dem Budget. Minderaufwände sind vor allem dadurch begründet, dass Veranstaltungen nicht durchgeführt wurden oder die Kosten dafür tiefer waren als budgetiert. Die Einsparungen wurden teilweise kompensiert durch nicht budgetierte Aufwände, insbesondere für die Hearings zu den Bundesratswahlen.

11. Unterhalt, Reparaturen, Leasing

Die Summe der Aufwände in dieser Position ist mit rund 58 000 Franken leicht höher als budgetiert. Insbesondere die Kosten für Technik anlässlich von Veranstaltungen waren höher als budgetiert.

12. Verwaltungsaufwand

Mit rund 843 000 Franken liegen die Verwaltungskosten 2023 rund 87 000 Franken über dem Budget. Mehraufwand ergab sich insbesondere bei den Porti für Versände im Rahmen der Wahlkampagne sowie für Materialversände. Die Mehrkosten wurden teilweise kompensiert durch Minderaufwände für Drucksachen und bei Beratungshonoraren.

13. Informatikaufwand

Der Informatikaufwand liegt 2023 mit rund 145 000 Franken über dem Budget. Mehraufwände ergaben sich durch umsatzabhängige Lizenzkosten im Rahmen des E-Fundraising.

14. Werbeaufwand

Der Werbeaufwand beinhaltet insbesondere die Kosten für Inserate, Plakataushang, E-Boards (Werbung in den Bahnhöfen) und Online-Werbung. Der Gesamtaufwand liegt mit rund 682 000 Franken unter dem Budget. Für die Prämien-Entlastungs-Initiative und die Finanzplatz-Initiative wurden die budgetierten Mittel nicht verwendet, da die Abstimmung erst später stattfinden wird bzw. sich die Lancierung verzögert hat. Im Gegenzug wurde für das direkt-Magazin Online-Werbung geschaltet.

15. Übriger Parteiaufwand

Der übrige Parteiaufwand fiel mit 423 000 Franken rund 97 000 Franken tiefer aus als budgetiert. Diese Position beinhaltet unter anderem den jährlichen ordentlichen Beitrag an die JUSO Schweiz sowie Unterstützungsbeiträge an Abstimmungsbündnisse und -komitees. Minderaufwände gab es insbesondere bei den Basiskampagnen für die Wahlen 2023, da weniger Kantonalparteien partizipierten und weil Veranstaltungen teilweise nicht durchgeführt wurden. Diese Abweichung wurde teilweise kompensiert durch Mehraufwände: Beitrag zum Jubiläum 40 Jahre Solifonds, Unterstützungsbeiträge für Ständeratswahlen, Hearings Bundesratswahlen.

Rückwirkend seit 2018 ist die Mitgliedschaft bei der SP Europa durch Parteien aus Nicht-EU-Staaten nicht mehr möglich, weshalb dieser Beitrag vorläufig entfällt. Der Beitrag an die Progressive Allianz wurde 2023 entsprechend dem Budget geleistet.

16. Abschreibungen

2023 wurde die Umsetzung des neuen Webauftritts abgeschlossen. Zudem wurde Büromobiliar ergänzt bzw. ersetzt, und es wurden IT-Endgeräte (Laptops) angeschafft. Weiter erfolgten Investitionen in die Fundraising-Datenbank.

	Maschinen/ Mobiliar/ Einrichtung	IT-Anlagen (inkl. Mitglieder- verwaltungssystem, Fundraising-Daten- bank, Mobilisierung- tool Bewegung)	Webseite	Werbe- material
in TCHF				
Investitionen 31.12.2022	412	1'998	174	11
Veränderung 2023	24	18	7	0
Investitionen 31.12.2023	436	2'016	181	11
Wertberichtigungen 31.12.2022	378	1'868	154	11
Veränderung 2023	26	62	14	0
Wertberichtigungen 31.12.2023	404	1'930	168	11
Buchwert 31.12.2023	32	86	13	0

C) Kostenstellenrechnung

In der Kostenstellenrechnung werden die Zentralen Dienste als Vorkostenstelle geführt. Diese wird im Verhältnis der Lohnkosten auf die Hauptkostenstellen umgelegt. Diese Kosten sind anteilmässig in den Hauptkostenstellen unter der Position Personalkosten bzw. Anteil Gemeinkosten enthalten.

Die Zentralen Dienste beinhalten die Lohnkosten für die Mitarbeitenden des Support-Kreises sowie für die Informatikverantwortlichen. Im Weiteren werden Miete, Unterhalt und Reparaturen von Mobiliar und Maschinen, allgemeiner Verwaltungsaufwand wie Fotokopierkosten, Telefonkosten und Porti, der Informatikaufwand sowie die Abschreibungen über die Zentralen Dienste verbucht.

Mit rund 822 000 Franken liegen die Personalkosten unter dem Budget. Die Differenz von rund 44 000 Franken ergibt sich insbesondere durch unterschiedliche Kostenstellenbelastung einer Stelle gegenüber dem Budget. Die effektiven Aufwendungen von 573 000 Franken beim Sachaufwand liegen rund 26 000 Franken über dem Budget. Mehraufwände gab es für ein Sicherheits-Review, welches 2023 auf Beschluss des Parteipräsidiums durchgeführt wurde, sowie für Beratungen und Verfahren betreffend die Abklärung der Mehrwertsteuerpflicht. Im allgemeinen Büroaufwand (Büromaterial, Drucksachen, Fotokopien, allgemeine Porti) sowie im Bereich IT (Wartung und Support) ergaben sich keine nennenswerten Abweichungen.

Insgesamt liegen die Aufwände der Zentralen Dienste rund 17 000 Franken unter dem Budget. Dies führt zu einer leicht tieferen Belastung der Hauptkostenstellen.

Im Jahr 2023 erfolgten nach Erstellung und Genehmigung des Budgets bei einzelnen Personen Änderungen im Aufgabenbereich. Damit diese budgetneutralen Verschiebungen nicht bei mehreren Kostenstellen kommentiert werden müssen, wurde das Budget für den Vergleich zur Jahresrechnung entsprechend der effektiven Zuteilung korrigiert. Dieses Vorgehen betrifft die Bereiche Bildung, SP Migrant:innen, Kampagnen und Basis. Durch diese Verschiebungen ergeben sich in den jeweiligen Bereichen auch abweichende Belastungen der Gemeinkosten gegenüber dem Budget.

17. Partei

Einnahmen aus Mitglieder- und Solidaritätsbeiträgen, Mitgliederspenden, Spenden, welche nicht durch Fundraising-Aktivitäten generiert werden, sowie die Personalkosten des Zentralsekretariats und des Präsidiums werden dieser Kostenstelle zugewiesen. Unter dem Sachaufwand werden die Parteiaktivitäten, Spesenentschädigungen an die leitenden Gremien, Beiträge an internationale Organisationen sowie Beiträge an Delegationen ins und aus dem Ausland verbucht.

Der Nettoertrag der Kostenstellen Partei liegt mit 1 956 000 Franken rund 429 000 Franken über dem Budget. Die Mitgliederbeiträge fielen tiefer aus als budgetiert. Die effektiven Mitgliederspenden 2023 sind höher als budgetiert.

Der Sachaufwand Partei liegt über dem Budget: Gründe dafür sind die Durchführung der Hearings anlässlich der Bundesratswahl, höhere Unterstützungsbeiträge an Organisationen (Jubiläum Solifonds) sowie Mehrkosten bei Übersetzungen. Für Beiträge an die Anny-Klawa-Morf-Stiftung in den Folgejahren wurde eine Rückstellung gebildet.

Die Personalkosten liegen unter dem Budget: zentral budgetierte Aufwände für Personalgewinnung, Aus- und Weiterbildung wurden den verursachenden Kostenstellen belastet. Dasselbe gilt für Elternurlaube sowie Zulagen gemäss GAV. Dies wurde teilweise kompensiert.

Die Kosten für die Durchführung der Parteitage waren insbesondere im Bereich Honorare tiefer. Ebenfalls liegen die Kosten für die Durchführung der Sitzungen des Parteirats unter dem Budget, obwohl zwei ausserordentliche Sitzungen stattfanden. Eine Sitzung des Parteirats wurde digital durchgeführt.

Seit 2022 sind im Budget Mittel für Entwicklungsprojekte berücksichtigt. Diese wurden für die nachfolgenden Projekte verwendet, welche in der Rechnung teilweise anderen Kostenstellen zugeordnet sind:

- Personal: Ausgleich Mehrkosten effektiver Teuerungsausgleich gegenüber budgetiertem. Mehrkosten Wechsel Zentralsekretariat SP Frauen.
- Miete Videostudio entsprechend dem Budget.
- Entwicklung eines statistischen Modells zur Spendenvorhersage.
- Beitrag zum Jubiläum 40 Jahre Solifonds.

Unter Internationales macht der Mitgliederbeitrag an die Progressive Allianz (PA) den grössten Anteil aus. Ein kleiner Beitrag ging zudem an die Europäische Senior-Organisation (ESO). Eine wichtige parteipolitische Rolle spielten wiederum die strategischen Partnerschaften mit den türkischen und kosovarischen Schwesterparteien: Im Februar empfing die SP Schweiz den kosovarischen Ministerpräsidenten Albin Kurti und weitere hochrangige Delegierte der LVV zur Unterzeichnung des gemeinsamen Memorandum of Understanding in Zürich. Eine SP-Delegation mit Mitgliedern der Bundeshausfraktion reiste im März nach Ankara und in die Erdbebengebiete im Osten des Landes, um sich ein Bild über die Hilfe vor Ort zu machen und mit Vertreter:innen der grossen Parteien die anstehenden Wahlen zu besprechen. Während des gesamten Berichtsjahres fanden verschiedene für die Parteiaussenpolitik wichtige Delegationsreisen statt. Für den Parteitag in Biel vom 26. August lud die SP Schweiz eine Delegation der SD Platform Ukraine sowie die Koordinatorin der PA nach Biel ein.

18. Bildung

Die Summe der effektiven Aufwendungen der Kostenstellen Bildung liegt mit 440 000 Franken über dem Budget. Ein Teil der Mehrkosten im Bereich Personal wird durch das Budget Entwicklungsprojekte abgedeckt. Eine befristete Anstellung zur Realisierung eines Bildungsfilms zur Altersvorsorge wurde mit budgetierten Sachkosten kompensiert. Durch die eingangs erwähnten Verschiebungen von Stellenprozenten ergibt sich gegenüber dem Budget eine erheblich höhere Belastung des Gemeinkostenanteils im Bereich Bildung. Die Sommer-Tagung wurde 2023 nicht durchgeführt.

19. SP60+

Die Summe der Aufwendungen der Kostenstelle SP60+ liegen unter dem Budget. Die Gründe dafür sind die tieferen Kosten für durchgeführte Versammlungen und für Themenanlässe und Kampagnen.

20. SP Migrant:innen

Die Summe der Aufwendungen der Kostenstelle SP Migrant:innen ist höher als budgetiert. Grund dafür sind Mehrkosten für eine Mutterschaftsvertretung.

21. JUSO

Die SP Schweiz finanziert die Personalkosten der Zentralsekretärin (70%), die Lohnkosten der Präsidentin bzw. des Präsidenten (pauschale Entschädigung) sowie die Infrastrukturkosten, welche ebenfalls einen Teil der Portokosten beinhalten. Der übrige Sachaufwand wird durch die JUSO selbst finanziert. An die JUSO Schweiz wurden 2023 ein allgemeiner Kampagnenbeitrag von 25 000 Franken und im Rahmen der Wahlkampagne wurde ein zusätzlicher Beitrag von 10 000 Franken ausgerichtet.

22. SP Frauen

Die SP Schweiz finanziert die Personalkosten der Zentralsekretärin der SP Frauen, die Infrastrukturkosten sowie den Sachaufwand. Die effektiven Aufwendungen von rund 161 000 Franken bewegen sich im Rahmen des Budgets. Die Verlängerung der Anstellung für die Kampagne zur Revision des Sexualstrafrechts wurde über Rückstellungen der SP Frauen finanziert.

Das jährliche Spendenmailing der SP Frauen und Online-Spendenaufrufe waren erfolgreicher als budgetiert, so dass per Ende Jahr die Rückstellungen zugunsten von Projekten der SP Frauen um 10 000 Franken erhöht werden konnten.

23. SP queer

Die Summe der Aufwendungen der Kostenstelle SP queer ist tiefer als budgetiert. Minderaufwände ergaben sich durch die geplante Pensenerhöhung, welche später erfolgte als geplant, sowie durch tiefere Sachkosten.

24. Publikationen

Die gesamten Aufwendungen für Publikationen liegen mit rund 577 000 Franken rund 104 000 Franken unter dem Budget. Die Mitgliederzeitschrift «links» erscheint mit sechs, «socialistes» mit vier und «ps.ch» ebenfalls mit vier Ausgaben. Tiefere Kosten ergaben sich durch geringere Produktionskosten und die zeitliche Verzögerung des Teil-Relaunchs von «links» und «socialistes». Der neu gestaltete Jahresbericht wurde 2023 nicht realisiert und ist für 2024 erneut budgetiert.

25. Kampagnen & Kommunikation

Die SP Schweiz engagierte sich 2023 für diverse Kampagnen. Im Zentrum stand der Wahlkampf für die eidgenössischen Wahlen am 23. Oktober. Die SP war dafür bereits ab Januar 2023 in ihren Schwerpunktthemen Kaufkraft, Gleichstellung und Klimaschutz präsent. Ab September 2023 wurde zusätzlich in Zusammenarbeit mit den Kantonalparteien eine zielgerichtete Plakat- und Online-Kampagne ausgerollt, die zum ersten Mal in der ganzen Schweiz einheitlich war in Form und Inhalt. Im Rahmen der Wahlkampagne wurden Basiskampagnenprojekte mit Campaigner:innen in den Kantonen Aargau, Baselland, Basel-Stadt, Bern, Graubünden, Luzern, Schaffhausen,

Schwyz, Solothurn, St. Gallen, Thurgau, Valais Romande, Waadt und Zürich durchgeführt. Das Ergebnis der Massnahmen und des grossen Engagements sind erfreulich: Die SP konnte ihren Wähler:innen-Anteil um 1.5% steigern und sowohl im National- als auch im Ständerat je zwei Sitze zulegen. Ergänzend zum Wahlkampf führte die SP Schweiz im 1. Halbjahr 2023 einen engagierten Abstimmungskampf für ein JA zum Klimaschutz-Gesetz. Dieses wurde am 18. Juni mit 59.1% Ja-Stimmen angenommen. Bei der OECD-Reform, über die zeitgleich abgestimmt wurde, konnten die SP leider keine Mehrheit überzeugen. Ebenfalls im Juni fand der feministische Streik statt. Die SP war gemeinsam mit den SP Frauen massgeblich an der Mobilisierung beteiligt und auch am Tag selbst sehr sichtbar. Zusätzlich zu Wahl- und Abstimmungskampagnen war die SP auch beim CS-Debakel sehr präsent. Einer Petition der SP, welche ein Boni-Verbot bei systemrelevanten Banken und besser Regulierungen forderte, schlossen sich über 60'000 Personen an.

Die Kampagnen wurden mit E-Fundraising-Massnahmen erfolgreich begleitet. Dabei wurden Brutto-Einnahmen von rund 1 421 000 Franken generiert. Das ist beinahe doppelt so viel wie budgetiert. Die Erträge wurden teilweise den entsprechenden Kampagnen zugewiesen. Damit können für 2024 geplante Abstimmungskampagnen und Projekte finanziert werden. Im Juni 2024 wird die Abstimmung über die SP-Prämientlastungsinitiative stattfinden und in einer Allianz wird die Finanzplatzinitiative lanciert.

Zum einzigen Abstimmungstermin 2023 wurde eine Abstimmungszeitung produziert und an die Sektionen verteilt. Pro Sektion werden jeweils 2 000 Exemplare gratis geliefert.

Im Bereich Kampagnen wurden Rückstellungen im Umfang von 1 035 000 Franken aufgelöst. Im Gegenzug wurden Rückstellungen im Umfang von 827 000 Franken gebildet, darunter rund 25 000 Franken aus einem Legat.

26. Bewegung

Die Gesamtkosten im Bereich Bewegung liegen mit rund 258 000 Franken leicht über dem Budget. Der Mehraufwand durch die unterschiedliche Kostenstellenbelastung einer Stelle gegenüber dem Budget wird teilweise kompensiert durch Minderaufwände in den Sachkosten.

Kantonale Basiskampagnen-Projekte mit Campaigner:innen wurden im Frühjahr in Basel-Land, Luzern und Zürich erfolgreich beendet. Ab April standen die nationalen Wahlen im Fokus. Weitere kleinere Projekte fanden im Rahmen nationaler Initiativesammlungen, der Wahlen in Basel-Stadt und Beromünster sowie der Ersatzwahlen Ständerat in St. Gallen statt.

27. Fundraising

Das Fundraising-Ergebnis wird netto ausgewiesen. Unter Punkt 2 sind Bruttoertrag und -aufwand ausgewiesen.

Der Nettoertrag Fundraising (exkl. Mitgliederspenden) beträgt im Berichtsjahr rund 2 557 000 Franken und liegt damit rund 377 000 Franken über dem Budget.

Die Anzahl Mitglieder der Gruppe 2023, der Gruppe Gleichstellung und der Klima-Gruppe ist gegenüber 2022 mit 1 968 Unterstützer:innen leicht höher. Die Gesamteinnahmen 2023 liegen leicht über dem Vorjahr. Die Durchschnittsspende dieser treuen Spenderinnen und Spender beträgt rund 318 Franken. Sie leisten damit einen wertvollen Beitrag zur Stärkung der Partei.

Die Abschreibungen der im Frühjahr 2020 implementierten neuen Fundraising-Datenbank wurden über bestehende Rückstellungen gedeckt. Für zukünftige Investitionen wurden nach dem noch durch die Geschäftsleitung beschlossenen Schlüssel Rückstellungen gebildet.

Anlässlich der Koordinationskonferenz vom 29. November 2019 verabschiedeten die Kantonalparteien die beiden Fundraising-Reglemente einerseits für alle Kantonalparteien ohne eigenes Fundraising und andererseits für jene mit eigenem Fundraising. Letztere haben kein Anrecht auf eine anteilige Ausschüttung mehr, sobald sie zwei oder mehr Versände im Jahr durchführen. Die Ausschüttung an die Kantonalparteien beträgt in Jahren mit nationalen Wahlen 60 000 Franken. Zwei Kantonalpartei betrieben 2023 ein eigenes Fundraising und verloren damit die Berechtigung auf eine anteilige Ausschüttung. Deren Anteil wird hälftig an die übrigen Kantonalparteien verteilt und verbleibt hälftig bei der SP Schweiz. Die effektive Ausschüttung an die Kantonalparteien beträgt für 2023 rund 52 000 Franken.

Revisionsstellenbericht

	
<p>Bern, 2. April 2024</p>	<p>CORE Revision AG</p>
<p>Bericht des Wirtschaftsprüfers an den Parteitag des Vereins Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP Schweiz) Bern</p>	<p>Eigerstrasse 60 CH-3007 Bern</p>
<p>Auftragsgemäss haben wir eine Review der Jahresrechnung (Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang) der SP Schweiz für das am 31. Dezember 2023 abgeschlossene Geschäftsjahr vorgenommen.</p>	<p>T +41 31 329 20 20 F +41 31 329 20 21</p>
<p>Für die Jahresrechnung ist das Zentralsekretariat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, aufgrund unserer Review einen Bericht über die Jahresrechnung abzugeben.</p>	<p>CHE-279.084.618 MWST</p>
<p>Unsere Review erfolgte nach dem Schweizer Prüfungsstandard 910. Danach ist eine Review so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden, wenn auch nicht mit derselben Sicherheit wie bei einer Prüfung. Eine Review besteht hauptsächlich aus der Befragung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie analytischen Prüfungshandlungen in Bezug auf die der Jahresrechnung zugrunde liegenden Daten. Wir haben eine Review, nicht aber eine Prüfung, durchgeführt und geben aus diesem Grund kein Prüfungsurteil ab.</p>	<p>CORE Dienstleistungen</p>
<p>Bei unserer Review sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht dem schweizerischen Gesetz und den Statuten entspricht.</p>	<p>Treuhand Wirtschaftsprüfung Steuern & MWST Wirtschafts- & Rechts- beratung Vorsorgeberatung</p>
	<p>EXPERTSuisse zertifiziertes Unternehmen</p>
	<p>Mitglied von Russell Bedford International - einem globalen Netzwerk von unabhängigen Wirtschaftsprüfern</p>
<p>Stefan Andres Dipl. Wirtschaftsprüfer</p>	<p>core-partner.ch</p>
<p>Reto Käser Dipl. Wirtschaftsprüfer</p>	
<p>Beilagen Jahresrechnung (Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang)</p>	

Empfehlung des Parteirats: Genehmigung Jahresrechnung 2023.

GESAMTERNEUERUNGSWAHLEN PRÄSIDIUM

Gemäss Statuten, Artikel 14, Ziffer 7e, ist der Parteitag für die Wahl sowie die Wiederwahl (alle zwei Jahre) des Parteipräsidiums sowie der zwei bis fünf frei gewählten Vizepräsident:innen der Partei zuständig.

Co-Präsidium SP Schweiz

Zur Wiederwahl stellen sich:

- **Mattea Meyer**, Nationalrätin ZH
- **Cédric Wermuth**, Nationalrat AG

Vizepräsidium SP Schweiz

Zur Wiederwahl stellen sich:

- **Jacqueline Badran**, Nationalrätin ZH
- **Valérie Piller Carrard**, Nationalrätin FR
- **Jon Pult**, Nationalrat GR
- **David Roth**, Nationalrat LU

Folgende Kandidatur wurde neu eingereicht:

- **Baptiste Hurni**, Ständerat NE

Der Lebenslauf und das Motivationsschreiben von Baptiste Hurni sind auf den folgenden Seiten zu finden.

Empfehlung des Präsidiums: Das Präsidium beantragt eine offene Wahl, gemäss Artikel 10 der Geschäftsordnung des Parteitages.

KANDIDATUR BAPTISTE HURNI

Motivationsschreiben

Chères et chers Camarades,

Quel plaisir pour moi de vous soumettre ma candidature à la vice-présidence du Parti Socialiste Suisse (PSS) ! Oui, je place le plaisir en premier car je crois que l'engagement politique doit d'abord être une passion et procurer, osons le dire, de la joie.

Entendons-nous : tous les jours ne sont pas riants et j'en sais quelque chose comme Conseiller aux États : entre les économies aux forceps voulues par la droite dans le seul but de financer une augmentation indéfendable du budget de l'armée, les attaques permanentes contre nos assurances sociales et en particulier l'AVS, l'explosion des primes contre laquelle la majorité préfère ne rien faire pour ne pas froisser les lobbies, la crise climatique où nous peinons à prendre les décisions pourtant urgentes qui s'imposent, l'absence manifeste de solidarité avec celles et ceux qui ont tout perdu dans un conflit ou encore l'intolérance imbécile s'agissant de l'orientation sexuelle, il n'y a pas de quoi rire tous les jours.

Mais la joie de défendre ses convictions, l'épanouissement du débat politique, le bonheur immense d'essayer et de parfois parvenir à changer l'ordre de choses sont pour moi essentiels dans un monde politique trop souvent sclérosé par le cynisme, l'impuissance ou le manque de courage. Je ne veux plus entendre : « on ne peut pas faire plus » ; « ce n'est pas si mal » ou encore « on n'a pas le choix ». NON ! Battons-nous pour faire plus, pour obtenir ce qui est juste, et soyons convaincu que le choix politique existe toujours, il suffit d'oser le faire!

Le plaisir, aussi, d'être devant vous aujourd'hui car j'ai toujours essayé, dans mon engagement politique, d'être authentique, sincère et d'obtenir des résultats. De la politique communale avec la fusion de commune au Val-de-Travers à la reconnaissance de la place des patients, en passant par d'innombrables référendums sur le logement, sur l'AVS et beaucoup d'autres thèmes, j'ai goûté à nos victoires. Mais aussi à nos trop nombreuses défaites. Cependant, celles-ci n'ont jamais entamé mon enthousiasme car c'est dans l'adversité que l'on trouve la force d'avancer : si je devais oser vous dire une de mes qualités, c'est peut-être celle-ci : l'opiniâtreté. Je veux continuer de me battre les 20 prochaines années comme les 20 dernières pour une Suisse solidaire.

Pour cela, il n'y a pas de recettes miracles: il faut s'engager, sans relâche, sans jamais désespérer, sans jamais courber l'échine. Cette Suisse solidaire, cette Suisse qui partage, cette Suisse qui est ouverte, je la veux comme vous toutes et tous. Si vous me faites l'honneur de m'élire à la Vice-Présidence du PSS, je ne vous promets pas d'y parvenir. Mais je vous promets, avec Mattea, Cédric, David, Jacky, Valérie, Jon, Samira et Samuel de m'y engager sans relâche avec courage, sérieux et infiniment de plaisir.

Socialement vôtre,


Baptiste Hurni

Lebenslauf



Baptiste Hurni

CONSEILLER AUX ETATS

✉ Baptiste.hurni@parl.ch

📍 2000 Neuchâtel

📅 04.04.1986

ENGAGEMENT POLITIQUE

Conseiller aux Etats (2023-
aujourd'hui)
Conseiller national (2019-2023)
Président du groupe socialiste au
Grand Conseil neuchâtelois (2017-
2019)
Conseiller général (législatif) de la
ville de Neuchâtel (2012-2013, puis
2016 à 2021)
Président du parti socialiste
neuchâtelois (PSN) (2010-2013)
Président du parti socialiste du Val-
de-Travers et de la Ville de Neuchâtel
(2008-2010 ; 2014-2018)
Conseiller général à Val-de-Travers
(2008-2011)
Député suppléant, puis député au
Grand Conseil neuchâtelois (2007-
2019)
Conseiller communal (exécutif) à
Noiraigue (2004-2008)
Membre du Parti Socialiste Suisse
(PSS) (2003-aujourd'hui)

ENGAGEMENT ASSOCIATIF

Président du Neuchâtel International
Fantastic Film Festival (NIFFF) (2024-
aujourd'hui)
Président de la Maison de l'Absinthe
(2020-aujourd'hui)
Président de la section romande de la
Fédération Suisse des Patient-e-s
(2019-aujourd'hui)
Membre du comité de l'ASLOCA
Suisse (2013-2023)
Vice-président puis président de la
Croix-Rouge neuchâteloise (2011-
aujourd'hui)
Membre du comité de l'ASLOCA
neuchâteloise (2011-aujourd'hui)

PARCOURS PROFESSIONNEL

/2019 - Actuel
Avocat associé
JSM & Partners

/2016 - /2019
Avocat collaborateur

/2014 - /2016
Stage d'avocat

/2005 - /2013
Membre fondateur et membre du Conseil d'Administration, directeur-adjoint société anonyme fondée par les étudiant-e-s neuchâtelois-es pour s'occuper du logement étudiant

/2009 - /2010
Secrétaire général
Fédération des Etudiants Neuchâtelois

FORMATION

2016
République et Canton de Neuchâtel
Brevet d'avocat

2013 - 2014
King's College London
LL.M: european law

2012 - 2014
Université de Neuchâtel
Master of law

2009 - 2012
Université de Neuchâtel
Bachelor of law

2007 - 2009
Université de Neuchâtel
Master of Arts: Littérature française et en Histoire

2004 - 2007
Université de Neuchâtel
Bachelor of Arts: Littérature française et en Histoire

2001 - 2004
Lycée Denis-de-Rougemont
Maturité gymnasiale: orientation physique et application des mathématiques

1993 - 2001
St-Aubin-Sauges | NE
Scolarité obligatoire

WAHL DER 10 FREI GEWÄHLTEN MITGLIEDER DES PARTEIRATS

Gemäss Statuten, Artikel 14, Absatz 7f, ist der Parteitag für die Wahl sowie die Wiederwahl (alle zwei Jahre) der 10 frei gewählten Mitglieder des Parteirats zuständig.

Zurücktreten werden:

- Robin Jolissaint
- Nadia Kuhn
- Aresu Rabbani

Zur Wiederwahl stellen sich:

- Sina Eggimann
- Felix Hoesch
- Carlo Lepori (Mitglied der Leitung des Parteirats)
- Hannah Pfalzgraf
- Onaï Reymond
- Nenad Stojanovic
- Renato Werndli

Folgende Kandidaturen wurden neu eingereicht:

- Christoph Baumann
- Leo Keller
- Dimitri Witzig

Die Lebensläufe und Motivationsschreiben sind auf den folgenden Seiten zu finden.

Empfehlung des Präsidiums: Das Präsidium beantragt eine offene Wahl, gemäss Artikel 10 der Geschäftsordnung des Parteitages.

KANDIDATUR CHRISTOPH BAUMANN (NEU)

Motivationsschreiben

Liebe Genoss:innen

Die Grundmotivation für meine Engagements besteht darin, dass ich von einer solidarischen Gemeinschaft überzeugt bin. In der Gesellschaft und insbesondere der Wirtschaft regieren Einzelinteressen und wir sehen die Schäden, welche diese einseitige Sicht auf die eigenen Vorteil nach sich zieht tagtäglich:

- Die Ausbeutung und Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen;
- Eine entsolidarisierte Gesellschaft;
- Egomane statt eines sich unterstützenden Miteinanders;
- Eine Politik der Eigeninteressen statt eines Gemeinwohls;
- ...

Für mich sind Projekte und Bewegungen, welche helfen diesen Fehlentwicklungen zu begegnen, schon immer wichtig gewesen. Für positive Entwicklungen einzustehen bedeutet für mich Sinnhaftigkeit.

Die Möglichkeit eines Engagements im Parteirat der SP Schweiz kommt sehr passend. Ich habe gemerkt, dass für mich ein politisches bzw. gesellschaftliches Engagement früher oder später wieder wichtig wird. Gerade im Hinblick auf meine Pension habe ich mir diesbezüglich schon verschiedene Gedanken gemacht. Mit meinen 60% Jahresarbeit im Bildungsbereich habe ich den nötigen Raum und ich denke auch hilfreiche Fähigkeiten wie bspw. Einsatzbereitschaft oder Kooperation mitzubringen.

Ich möchte die Gelegenheit also wahrnehmen und bewerbe mich hiermit offiziell für einen Sitz als frei gewähltes Mitglied des Parteirates. Es interessiert mich für unsere Grundwerte und Ziele einzustehen und auch an der Weiterentwicklung und Festigung dieses noch jungen Gremiums mitzuarbeiten.

Ich freue mich von euch zu hören,

solidarisch Christoph

Lebenslauf

Personalien

Name: Christoph Baumann
 Anschrift: Bachtelstr. 51, 8400 Winterthur
 Telefon: 079 669 72 54
 E-Mail: chr.baumann@swissonline.ch



Geburtsdatum: 29. Juni 1962
 Bürgerort: Zürich / Frankreich
 Partnerin: Franziska Dubach (Kindergärtnerin)
 Kinder: Cora (1987), Basil (1990), Pablo (1993), Seline Dubach (1995)

Bildungsweg

1969 – 1978 Volksschule in Beringen (SH)
 1978 – 1983 MNG Rämibühl in Zürich (Matur Typus C)
 1984 – 1986 Diverse Teilzeitarbeiten, Europareise
 1987 – 1994 Werkstudent Phil I (Germanistik)
 1995 – 1998 Ausbildung zum Primarlehrer

Berufliche Tätigkeiten

1998 – 2005 50% Primarlehrer
 2005 – 2006 Zwischenjahre als Landschaftsgärtner, Bauarbeiter
 2007 – 2018 Wissenschaftlicher Mitarbeiter Fachstelle für Schulbeurteilung
 2018 – 2022 Präsident der Kreisschulpflege Oberwinterthur (gewähltes Vollamt)
 2022 – heute Wissenschaftlicher Mitarbeiter Fachstelle für Schulbeurteilung

Weitere Tätigkeiten

1988 – 2015 50% Hausmann
 1988 – 1998 Trainingsleiter an der ETH Zürich
 1994 – 2002 Schulpfleger in Winterthur-Veltheim (Vizepräsident)
 2002 – 2006 Geschäftsleitung der SP Winterthur
 2007 – 2018 Mitglied des Winterthurer Stadtparlaments
 2012 – 2013 Präsidium SP Bezirk Winterthur
 2013 – 2018 Co-Präsidium SP Bezirk Winterthur mit Mattea Meier

Interessen

Familie
 Politik und Gesellschaft
 Velotouren und Wandern
 Musik und Kultur
 Handwerkliche Arbeiten
 Lesen und Diskussionen

KANDIDATUR SINA EGGIMANN (BISHER)

Motivationsschreiben

Liebe Genoss:innen

Bei meiner ersten Kandidatur vor über zwei Jahren habe ich an dieser Stelle geschrieben, dass ich leider noch nicht über viele Jahre Erfahrung in der Politik verfüge, ich aber als Mensch mit Behinderungen für die Rechte einer politisch stark untervertretenen Gruppe der Bevölkerung einstehe möchte. Damit der Parteirat die Vielfalt der Bevölkerung besser abbildet. Meine Motivation für die Wiederwahl als frei gewähltes Mitglied des Parteirats bleibt dieselbe.

In der Zwischenzeit durfte ich bereits mehrmals im Parteirat Menschen mit Behinderungen eine Stimme geben und beispielsweise die Massnahmen für eine inklusive SP präsentieren. Als Mitglied des Initiativkomitees der eidgenössischen Volksinitiative «Inklusions-Initiative», die wir am 5. September 2024 eingereicht haben, bin ich auch überparteilich vernetzt. Bei den Nationalratswahlen im vergangenen Jahr durfte ich bei meiner allerersten Kandidatur gleich das beste Ergebnis der Nachwuchsliste im Kanton St. Gallen erzielen, auch wenn ich auf Platz 6 von 12 in die Wahlen gestartet bin. Bei den Kantonsratswahlen im März 2024 konnte ich mit dem Resultat erster Ersatzplatz auf der Frauenliste an diesen Erfolg anknüpfen.

Die politische Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen ist mir ein wichtiges Anliegen. Denn politische Entscheide haben einen sehr grossen Einfluss auf unsere Lebensumstände. In der UN-Behindertenrechtskonvention ist deshalb der Grundsatz «nichts über uns ohne uns» festgelegt. Denn nur wenn wir mitbestimmen können, ist ein selbstbestimmtes Leben möglich. Wichtig ist mir auch die Begrifflichkeit «Menschen mit Behinderungen», wobei die Behinderungen einerseits in unserer Beeinträchtigung, andererseits aber auch bei äusseren Umständen liegen können. Diese Hindernisse durch äussere Umstände gilt es abzubauen, um eine inklusive Gesellschaft für wirklich alle zu ermöglichen. Dafür möchte ich mich gerne einsetzen, denn schlussendlich profitiert auch in diesem Bereich die gesamte Gesellschaft von mehr Diversität.

Ich bin aber noch viel mehr als «nur» ein Mensch mit Behinderungen. Ich bin Arbeitgeberin persönlicher Assistenz und Geschäftsleitung Finanzen bei einer Tagesfamilienorganisation. Dort setze ich mich für bessere Arbeitsbedingungen in diesen wichtigen Care-Berufen ein. Damit sich Familie und Erwerbstätigkeit vereinbaren lassen, braucht es interessante Teilzeitarbeitsmodelle für beide Elternteile und bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung. Auch weitere sozialpolitische Themen wie beispielsweise finanzielle Entlastungen für von Armut betroffenen Familien und faire Lösungen für die Altersvorsorge, sind mir wichtige Anliegen.

Es ist mir eine Freude, Teil des Parteirats der SP zu sein und es ist mir eine Ehre, wenn ich dort weiterhin mitwirken darf. Besten Dank für euer Vertrauen.

Solidarische Grüsse



Sina Eggimann

Lebenslauf



PARTEI ERGREIFEN FÜR INKLUSION!

In der Politik und auch innerhalb der SP sind Menschen mit Behinderungen untervertreten. Aufgrund einer Muskel-erkrankung bin ich Rollstuhlfahrerin und Arbeitgeberin persönlicher Assistenz. Gerne bringe ich als frei gewähltes Mitglied des Parteirats weiterhin meine Berufserfahrung als Geschäftsleitung Finanzen im Bereich Kinderbetreuung sowie meine Lebenserfahrung als Mensch mit Behinderungen ein.

WEITERE ANGABEN

Jahrgang: 1985

Wohnort: Rapperswil SG

E-Mail: sina.eggimann@sprj.ch



@sina_eggimann_



Sina Eggimann



Meine Website:
<https://sina-eggimann.ch/>

SINA EGGIMANN

Wieder in den Parteirat der SP Schweiz

BERUFLICHES

- Seit 2020 **Geschäftsleitung Finanzen**
Verein Tagesfamilien Rapperswil-Jona
(familienergänzende Kinderbetreuung)
- Seit 2019 **Aufbau und Leitungs meines Teams von persönlichen Assistent:innen** (unbezahlt)
- 2011-2017 **Financial Reporting Analyst**
responsAbility Investmens AG
- 2003-2011 **Berufslehre und Assistentin Anlageberatung**
Glamer Kantonalbank

POLITISCHE MEILENSTEINE

- 03.2024 **Kantonsratswahlen St. Gallen, Wahlkreis See-Gaster**
Erster Ersatzplatz (kein Sitzgewinn)
- 10.2023 **Nationalratswahlen**
Am meisten Stimmen der Nachwuchsliste im Kanton St. Gallen mit Listenplatz 6 von 12
- Seit 04.2023 **Mitglied Initiativkomitee der Inklusions-Initiative**
- Seit 02.2022 **Frei gewähltes Mitglied Parteirat der SP Schweiz**
- 2021 **Eintritt in die SP**

EHRENÄMTER

- Seit 2024 **Vorstand SP See-Gaster**
- Seit 2023 **Mitglied Arbeitsgruppe Inklusion der SP Schweiz**
- Seit 2022 **Vorstand SAHB – Schweizerische Arbeitsgemeinschaft Hilfsmittelberatung für Behinderte und Betagte**
- Seit 2022 **Vorstand SP Rapperswil-Jona**
Seit 2024 Kassierin und Vizepräsidentin
2022-2024 Beisitzerin
- Seit 2020 **Gründungsmitglied und Revisorin InVIEdual – Menschen mit Behinderungen stellen Assistent:innen ein**
- Seit 2020 **Vorstand Schweizerische Muskelgesellschaft**
Seit 2021 Vizepräsidentin
Seit 2020 Ressort Behindertenpolitik

AUSBILDUNGEN

- 2014-2017 **Lehrdiplom in Wirtschaft & Gesellschaft**
Pädagogische Hochschule Zürich
- 2008-2011 **Bachelor of Science in Betriebsökonomie**
Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften
- 2003-2006 **Berufslehre Kauffrau EFZ mit Berufsmaturiät**
Kaufmännische Berufsschule Lachen

KANDIDATUR FELIX HOESCH (BISHER)

Motivationsschreiben

Liebe Genossinnen und Genossen
care compagne, cari compagni
chers et chères camarades

Der Parteirat hat in den neuen Statuten der SP Schweiz einen wichtigen Platz. Ich freue mich, von Anfang an dabei sein zu dürfen und die Entwicklung aktiv mitzugestalten. Noch ist der Parteirat nicht ganz in seiner angedachten Rolle angekommen. Wir sind noch nicht das strategische Organ, das sich die Partei wünscht. Aber die Diskussionen im Rat werden von Sitzung zu Sitzung aktiver und wir wachsen in unsere Rolle.

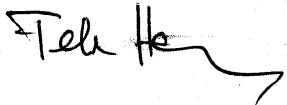
An der letzten Sitzung war ich, als Vertreter der Digitalisierungskommission der SP Kanton Zürich, auch aktiv an der Weiterentwicklung des Positionspapiers zu künstlicher Intelligenz beteiligt und unsere Anträge wurden angenommen.

Ich bin auch aktiv in der Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung des Parteirates. Dabei ist es mir besonders wichtig die aktive Beteiligung der Themenkommissionen zu verbessern. Die Themenkommissionen sind auch ein wichtiges Element zur Beteiligung der Basis wie sie in den Statuten vorgesehen sind. Dort wo ich dabei bin, ist der Übergang von den Fachkommissionen her auch noch nicht vollständig angekommen. Aber ich bin zuversichtlich, das mit weiterhin gutem Willen und der aktiven Beteiligung von Euch allen die Ziele der Statuten erreicht werden können.

Darum kandidiere ich wieder für den Parteirat.

In Zürich bin ich aktiv im Vorstand meiner Sektion, der SP11 im Norden der Stadt Zürich. Und im Kantonsrat darf ich in der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt für die Mobilitätswende kämpfen damit unser Verkehr sozial, raumsparend, ökologisch und sicher wird.

Solidarische Grüsse



Felix

KANDIDATUR LEO KELLER (NEU)

Motivationsschreiben

Warum kandidiere ich jetzt für den Parteirat?

Vor 47 Jahren bin ich der SP beigetreten, weil sie die einzige Partei war, die sich als Erste entschieden gegen die Atomenergie und für den Umweltschutz einsetzte und die soziale Frage dabei nicht vergass. Seit 10 Jahren bin ich politisch wieder ziemlich aktiv – auch weil ich jetzt deutlich mehr Zeit aufbringen kann. Als Alt-68iger haben wir die Kapazitäten, fachliche Kompetenzen und Erfahrungen) um die SP auf allen Ebenen – meist hinter den Kulissen – mit «viel Tat und etwas Rat» aktiv zu unterstützen.

Mit der Statutenreform, die ich sehr unterstützte, wollten wir **mehr Lebendigkeit und Aktivitäten in der breiten sozialdemokratischen Bewegung** auslösen und nachhaltig fördern. Der Parteirat ist ein Instrument, um mehr SP-Mitglieder in die Entwicklung der konkreten Politik, die das Präsidium entwirft, zu involvieren.

Die neuen Themenkommissionen könnten ein weiteres neues, wichtiges Instrument werden – mit ihnen wollen wir die vielen fachkompetenten Mitglieder unter unseren 33'000 Mitgliedern besser aktivieren um ihr Wissen und ihre Kapazitäten für die Politik nutzbar zu machen. Ich bin in 4 Themenkommissionen aktiv (Digitalisierung, Wirtschaft, Bildung, Energie&Umwelt). Und mit der **Subkommission «Klima & Energie»**, einer Untergruppe der Themenkommission Umwelt, Energie und Raumplanung, leisten wir hier Pionierarbeit.

Unsere ca. 1000 Exponenten in den Stadt- und Gemeinderäten sollen von den neuen Themenkommissionen profitieren können, aber auch die SP-Fraktionen in den Parlamenten der Kantone und Städte sollen fachlich unterstützt werden.

Ich habe mich in diesem Feld in den letzten 7 Jahren auf allen Ebenen sehr engagiert – z.B. mit dem Antrag zur Umsetzung des Klimaurteils des EGMR (Europ. Gerichtshof für Menschenrechte) und dem Antrag zur Umsetzung des Stromgesetzes in den Kantonen und Gemeinden. Ich meine, ich kann hier wichtige Erfahrungen einbringen.

Die zentrale Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, die vielen gesellschaftlichen Entwicklungen so mitzugestalten, dass mehr und nicht weniger soziale Gerechtigkeit entsteht, dass mehr Chancengerechtigkeit für alle für alle entsteht. Krisen und Strukturwandel verstärken die Ungleichheiten. Für die Bewältigung der Klimakrise und der Energiewende **müssen wir schnell einen sozial gerechten Weg finden**. Nur so können wir eine nachhaltige Zukunft gestalten. Denn ohne diese werden wir auch die Demokratie und die soziale Gerechtigkeit verlieren. Aber auch in den anderen Politikfeldern, in denen ich dank meinen beruflichen Erfahrungen wesentliche Kompetenzen erworben habe - **Wirtschafts-, Bildungs- und Forschungspolitik, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz** - will ich mithelfen, dass wir gute sozialdemokratische Antworten finden können

Sozialer, demokratischer Wandel zu mehr Nachhaltigkeit und mehr Teilhabe aller geschieht aber nur, wenn wir auch fach- und sachkompetent sind. Dazu sollen vorallem die Themenkommissionen mithelfen. Der Parteirat als «Motivator und als Aufsichtsorgan» über die Themenkommissionen wird hier eine wichtige Rolle spielen. Dazu möchte ich beitragen.

Darum bewerbe ich mich für einen der Sitze im Parteirat, die vom Parteitag gewählt werden. Euer Vertrauen würde mich sehr freuen.

Leo Keller, Aarau (10. September 2024)

Lebenslauf

Persönliche Daten

Leo Keller
 Wasserfluhweg 20,
 5000 Aarau
 079 354 36 00
Leo.keller@blueocean-sws.com
<https://www.linkedin.com/in/lekeller/>

Biographische Daten

Geburtsdatum: 31. 10. 1948
 Aufgewachsen: Basel
 Bürgerort: Basel
 Bürgerort: Endingen (AG)
 Kinder: 3 (39, 37, 26)
 Zivilstand: in Partnerschaft

Politische Erfahrungen und Aktivitäten

SP-Mitglied seit 1977 (Sektionen Zürich, Rorbas, Aarau)

Aktuelle Engagements:

SP Schweiz: co-Leitung Subkommission Klima & Energie
 SP Schweiz: Initiator der Internet-Expertenkommission (=> - SPS Internet-Strategie 2015)
 Schweiz: Vizepräsident Verein «Neutralität für Frieden und Ausgleich»
 SP Aargau: Fachausschuss Energie & Klima (Präsident seit 2018)
 SP Aargau: Projektgruppe Tagung «Ungleichheit und Rückverteilung»
 Region Aarau: Mit-Initiant Verein Rettet den Mitteldamm (Präsident)
 SP Aarau: Vorstandsmitglied (2016-2019), Deleg. SPS Parteitag, Deleg. SP AG Parteitag
 Stadt Aarau: Mit-Initiant Bürgerinitiative Alti Badi
 Nachhaltigkeit: Initiator des Denketzes «Nachhaltigkeit – wie geht soziale Demokratie in der Knappheit von Raum und Ressourcen?»

Wichtige historische Engagements:

VSS: Vorstandsmitglied Verband der Studentenschaften Schweiz (1970/71)
 Anti-AKW: Organisation der wissensch. Einsprachen gegen die AKW Gösigen und Leibstadt
 Anti-AKW: Mitorganisator verschiedener Anti-AKW-Demo's (insb. Gösigen I und II)
 SP Schweiz: Mitglied der Fachkommission Umwelt – Einführung des USG (1978 – 84)

Berufserfahrungen

Seit 2010 Inhaber Blue Ocean Semantic Web Solution (www.blueocean-sws.com)
 2001-2010 co-Founder der Firma Netbreeze GmbH (künstl. Sprachintelligenz)
 1994-2001 Strategische Unternehmensberatung (OE) bei ADLittle und ATKearney
 1980-1994 co-Founder und Leiter der Ökoscience AG (Umweltanalysen und Beratung)
 1975-1980 wissenschaftl. Assistent Prof. Werner Stumm, EAWAG/ETHZ

Ausbildungen

1990 – 95 Dipl. OE SAAP (Organisationsentwicklung)
 1968 – 75 Dipl. nat. ETHZ (Chemiker)
 1968 - (Selbst) Studium in Fortran, Cobol, Pascal,
 1968 Matura C in Basel

Wichtige Hobbys und Interessensgebieten

Politik und Geschichte, Digitalisierung und Umwelt
 Natur: Garten, Pflanzen züchten, Pflanzen nutzen, Wandern
 Gesundheit: Du bist was Du isst – Gesundheit durch Ernährung
 Sport: Schwimmen, Skifahren, Skitouren, Pferde ausbilden, Tauchen, Tennis

KANDIDATUR CARLO LEPORI (BISHER)

Motivationsschreiben

Roveredo Capriasca, 8. September 2024

Care compagne, cari compagni,

nel febbraio 2022 mi avete eletto nel Consiglio del Partito, dove sono stato nominato nella sua Direzione. Grazie al vostro sostegno, intendo proseguire questa esperienza, anche come rappresentante del PS Ticino.

Im Februar 2022 habt ihr mich in den Parteirat gewählt, wo ich in der Leitung mitwirken konnte. Dank eurer Unterstützung möchte ich diese Erfahrung fortsetzen und weiterhin auch die SP Tessin vertreten.

Ich war von den radikalen Änderungen der Parteistruktur am Anfänge überrascht, aber ich habe meine Aufgaben im Parteirat mit Begeisterung aufgenommen. Ich bin überzeugt, dass diese Vertretung der kantonalen und der städtischen Sektionen wichtig ist, sowie die der Partei-Organen, der Themenkommissionen und der Foren. Wichtig um ein starkes Gremium zwischen Präsidium und Basis/Sektionen/Parteitag zu haben. Nach mehr als zwei Jahren ist das Bedürfnis da, über diese Rollenteilung und die Arbeitsweise des Parteirates zu reflektieren. Nach einer Umfrage wurde eine Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von Vorschlägen für die Weiterentwicklung des Parteirates gebildet. Dank eurer Unterstützung möchte ich dieses Engagement fortsetzen.

Das Tessin ist ein sehr eigenständiger Kanton, der sprachlich, wirtschaftlich und geografisch vom Rest der Schweiz getrennt ist. Die italienischsprachige Schweiz ist ein noch weiter gefasster Bereich, der Teile des Kantons Graubünden und im weiteren Sinne auch viele italienischsprachige Mitbürgerinnen und Mitbürger umfasst. Diese Schweiz hat ihre Probleme und ihre Art, sie zu lösen; diese können von einer föderalistischen Partei nicht vernachlässigt werden. Darum ist eine grössere Vertretung im Parteirat durch freigewählte Mitglieder sinnvoll. Dank eurer Unterstützung möchte ich weiterhin eine Stimme für das Tessin und die italienische Schweiz im Parteirat sein.

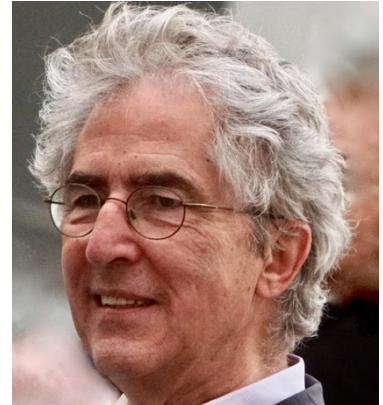
Solidarische Grüsse



Lebenslauf

Persönliche Daten

Name	Carlo Lepori
Adresse	via Ernest Bloch 79 6957 Roveredo TI
Mobil	+41 79 372 3595
E-Mail	carlo.lepori@bluewin.ch
Geburtsdatum	9. Dezember 1947
Heimatort	Capriasca, TI
Familie	Verheiratet, mit 2 erwachsenen Töchtern und 5 Enkelkindern



Berufserfahrung und Bildung

1988 – 2012	Co-Direktor von IDSIA (Istituto Dalle Molle di Studi sull'Intelligenza Artificiale) Lugano
1980 – 2012	Physiklehrer am Liceo Lugano und am Technikum Lugano, Professor für Informatik an der FH der italienischen Schweiz (SUPSI)
1966 – 1978	ETH Zürich: dipl. theoretische Physik, dr sc. nat.

Politisches Engagement

2022 – 2024	Freigewähltes Mitglied des Parteirates und Mitglied der Leitung des Parteirates
2012 – 2024	Direzione (Geschäftsleitung) des PS Ticino (zum Teil Vizepräsident und Präsident ad interim)
2012 – 2021	Co-Präsident von SP60+ Schweiz (Mitglied der Geschäftsleitung der SP Schweiz)
2007 – 2024	Gran Consiglio del Canton Ticino
2001 – 2012	Municipio (Exekutive) di Capriasca TI
1996 – 2009	Zivildienst: Zulassungskommission
1994 –	Alpeninitiative: Vorstand und Alpenrat
1990 – 1999	Vorstand (zum Teil Vizepräsident) VCS-ATA Schweiz

KANDIDATUR HANNAH PFALZGRAF (BISHER)

Motivationsschreiben

Liebe Genoss*innen

Wie bei so vielen Mitgliedern dieser Partei steht bei mir zu Beginn meines politischen Engagements ein Abstimmungssonntag geprägt von rechter Angstmacherei und Fremdenfeindlichkeit. Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative hat mich derart machtlos fühlen lassen, dass ich mich noch am nächsten Tag bei der JUSO und wenige Monate später bei meiner SP-Sektion im Zürcher Säuliamt angemeldet habe.

Seit diesem Moment ist die Arbeit in der SP und der JUSO ein fester Bestandteil meines Lebens. Ich konnte in den letzten Jahren viele Erfahrungen in unterschiedlichen Gremien der Partei sammeln. Von Aktivismus auf der Strasse über emotionale Budgetdebatten im Kantonsrat, Flyern im Morgengrauen am Bahnhof Mettmenstetten, strategische Mitarbeit im Wahlkampf bis hin zu nächtelangen Vorstandssitzungen. Auch wenn diese Arbeit zwar immer wieder anstrengend und aufwendig ist, so ist sie doch auch unglaublich motivierend und bestärkend. Denn ich bin überzeugt davon, dass wir gemeinsam einen linken Aufbruch schaffen können. Und dieser ist nötiger denn je.

Wir haben in der Schweiz eine politische Mehrheit, welche die Bedürfnisse und Probleme der breiten Bevölkerung ignoriert und stattdessen Grosskonzerne und Superreiche weiter begünstigt. Wir stehen mit der Klimakrise global vor einer der grössten Herausforderungen, und statt in den Klimaschutz investiert die Schweiz lieber in unnötige und untaugliche Kampfjets. Weltweit hat die Bevölkerung mit Krieg und Krisen zu kämpfen, befeuert von Lieferungen von Schweizer Rüstungskonzernen. Doch statt unsere Mitverantwortung anzuerkennen und Menschlichkeit zu zeigen, unterstützt die Schweiz die Abschottung Europas und behandelt Asylsuchende wie Menschen zweiter Klasse.

Auf diese Herausforderungen und Probleme hat die SP die richtigen Antworten. Wir sind die einzige Partei, welche konsequent und umfassend für eine Alternative kämpft. Für eine solidarische, feministische und ökologische Gesellschaft. Und mit eurem Vertrauen, liebe Genoss*innen, möchte ich gerne als freigewähltes Mitglied im Parteirat meinen Teil zu diesem Kampf beitragen.

Ich bin überzeugt, dass der Parteirat als repräsentatives internes Parlament dazu ein wichtiger Beitrag leisten kann. Es ist wichtig, als Partei ein Gremium zu haben, in dem vertiefte Diskussionen zu Positionen und der politischen Arbeit möglich sind. Ein Gremium, welches die Stimmen der einzelnen Kantonalparteien und Organe in die Diskussion einbezieht. Insbesondere, da für solche vertiefte Diskussionen an den Parteitagen oft zu wenig Zeit und Raum bleibt. Ich denke aber auch, dass dieses Gremium gestärkt und weiterentwickelt werden muss, so dass es seine volle Wirkung entfalten kann. Ich bin mehr als motiviert, meine Erfahrungen einzubringen, sowohl in die parteiinterne Diskussionen, als auch bei der Weiterentwicklung und Stärkung des Parteirates. Aus diesem Grund würde mich eine erneute Wahl sehr freuen!

Solidarische Grüsse
Hannah

Lebenslauf



CV

Hannah Pfalzgraf
Universitätsstrasse 46,
8006 Zürich

079 435 49 25
hannah.p@bluewin.ch
09.03.1997

AUSBILDUNG

Seit 2022 Zürcher Hochschule für Angewandte
Wissenschaften, Bachelor Hebamme
2017-2020 Hochschule Gestaltung und Kunst Basel,
Bachelor in Kunstvermittlung
2012-2016 Kantonsschule Stadelhofen, Schwerpunkt
Bildnerisches Gestalten
2003-2012 Primar- und Sekundarschule in
Mettmenstetten

ARBEITEN

2022 Praktikantin im Triemli (Gebärsaal)
2021-2022 Mitarbeiterin in der Mikrobiologie der La
borgemeinschaft 1 (Corona-Aushilfe)
2021 Kommunikationsverantwortliche
Social-Media-Kampagne der 99%-Initiative
der JUSO
2016-2017 Praktikum bei Roland Taennler und
Christian Senti als Fotoassistentz
2015 Wahlkampfleiterin Nationalratswahlen für
Fabian Molina

SPRACHEN

Deutsch Muttersprache
Englisch fliegend mündlich und schriftlich
Französisch Maturitätsstufe

ENGAGEMENT

Seit 2023 Co-Präsidentin im Gewerkschaftsbund
Kanton Zürich (GBKZ)
Seit 2022 Mitglied der Finanzkommission der
SP Schweiz
Seit 2022 freigewähltes Mitglied im Parteirat der SP
Seit 2018 Kantonsrätin in Zürich für die SP
Seit 2018 Mitglied in der Gewerkschaftlichen Gruppe
des Kantonsrats Zürich
Seit 2018 Mitglied im VPOD
2017-2023 Mitglied Leitungsteam im Jugendzirkus
Robiano
2017 Vorständin JUSO Kanton Zürich
Seit 2015 Vorständin SP Bezirk Affoltern
2015-2017 Vorständin JUSO Stadt Zürich
Seit 2014 Mitglied in der JUSO und SP

KANDIDATUR ONÄI REYMOND (BISHER)

Motivationsschreiben

Chères et chers camarades,

Je me représente comme candidate au Conseil de parti en tant que membre librement élu. Après environ 2 ans de participation aux séances de ce Conseil, c'est l'occasion ici de faire un petit bilan qui me permettra d'expliquer les raisons de ma représentation.

Le Conseil de parti étant constitué de la direction du parti ainsi que des partis cantonaux et des dix principales villes, le rôle des membres élus peut être source d'interrogations. En effet, quel est le poids de l'avis de ces derniers ou plus précisément de leur contre-poids au sein de cet organe ? Les membres élus sont, en général, des personnes qui ne dirigent pas une section cantonale du parti et n'ont d'ailleurs pas forcément un rôle prépondérant dans les exécutifs ou législatifs cantonaux ou communaux. Ils sont souvent la cheville ouvrière des différentes mobilisations du parti socialiste suisse et c'est en ce sens que leur rôle peut revêtir une certaine importance par leur vision très « terrain ». En effet, je pense que je peux continuer à apporter ma vision pragmatique et fidèle à mes valeurs de base qui m'ont poussées à m'engager au sein du PS. Je peux illustrer cela par certains exemples où l'opinion des membres élus du Conseil de parti a été, en majorité, différente des autres membres et a permis d'amener des débats intéressants. Bien qu'il ne s'agisse pas de contrer les stratégies pensées par la direction qui sont bien évidemment dans l'intérêt du parti, les opinions des membres élus du Conseil de parti permettent de relativiser certains aspects et de revenir à la volonté de base du parti.

En outre, en tant que membre élu, je tenterai de renforcer cette conciliation tout en proposant également une vision à long terme sur certains sujets. Certaines de mes expertises comme le droit des migrations, les questions liées à l'égalité ou encore le droit du bail notamment, me permettront d'approfondir certains débats en vue d'obtenir des propositions encore plus adéquates à présenter au Congrès du parti.

Enfin, ma candidature représente cette continuité et je souhaiterai dorénavant m'engager encore davantage suite à une meilleure maîtrise du fonctionnement et des enjeux.

Onäi Reymond

Lebenslauf

Onaï Reymond

Née le 12 mars 1986

Suisse

mahshoor@yahoo.fr

Contact : 076 430 98 13



EXPÉRIENCES PROFESSIONNELLES

Cheffe de section

Domaine de direction Immigration et Intégration

Secrétariat d'Etat aux migrations

Département fédéral de justice et police

Berne

Actuellement

Membre élue du Conseil de parti

Parti socialiste suisse

Actuellement

Conseillère communale

Membre de la commission des Finances COFIN

Lausanne

2021- Mars 2024

Adjointe scientifique

Domaine de direction Asile

Secrétariat d'Etat aux migrations

Département fédéral de justice et police

Berne

2019 – Mai 2022

Directrice du projet Egalité SEM

Secrétariat d'Etat aux migrations

Département fédéral de justice et police

Berne

2020-2021

Spécialiste Séjour

Domaine de direction Asile

Secrétariat d'Etat aux migrations

Département fédéral de justice et police

Berne

2014 –2018

Experte suisse 12.2016 - 04.2017
 Bureau d'appui en matière d'asile européen EASO
Union européenne
 Athènes et Thessalonique, Grèce

Stage académique 2014
 Délégations internationales de l'Assemblée fédérale
Parlement fédéral
 Berne

Stage 2013
 Département de l'économie et du sport
Etat de Vaud
 Lausanne

FORMATION

CAS Droit des migrations 2016-2017
Faculté de Droit / Institut de droit européen
 Université de Berne, Fribourg et Neuchâtel
*Mémoire : Analyse comparée du droit suisse et européen en matière
 d'admission provisoire et protection subsidiaire UE*

Master Politique et management public Spécialisation : **Droit public** 2011-2014
Faculté de Droit, Sciences criminelles et administratives
 IDHEAP, Université de Berne et Lausanne
*Mémoire: Répartition des compétences juridiques entre le Parlement et
 le Conseil fédéral en matière de dénonciation des traités internationaux*

Bachelor en Science Politique, 2008-2011
Faculté des sciences sociales et politiques
 Crédits validés à la faculté de Droit
 Université de Lausanne

LANGUES

Français	Langue maternelle
Perse	Langue maternelle
Allemand	Parlé et écrit, niveau C1
Anglais	Parlé et écrit, niveau C1
Italien	Parlé et écrit, niveau A2/B1
Hindi/Ourdou	Parlé, niveau B1

KANDIDATUR NENAD STOJANOVIC (BISHER)

Motivations schreiben

«Una questione di principi, convinzioni e, non da ultimo, ideali». Con questa frase avevo brevemente motivato la mia domanda d'adesione al Partito socialista svizzero, a fine marzo 2003.

Per me la politica è uno strumento che serve per costruire una società libera in cui ogni individuo venga rispettato e considerato nella sua unicità, indipendentemente dalle sue appartenenze comunitarie vere o presunte. Serve per costruire una società giusta, in cui ogni persona possa disporre di mezzi materiali che le permettono di realizzare i propri sogni e di perseguire le proprie scelte di vita. Serve per costruire una società solidale, in cui i più deboli vengano aiutati e non lasciati per strada. Serve per costruire una società responsabile nei confronti delle generazioni future, in cui la salvaguardia dell'ambiente e il principio dello sviluppo sostenibile non siano sacrificati a nome del puro profitto economico. Serve, infine, per costruire una società di pace, in cui i conflitti vengano risolti con la ragione e non combattuti con le armi.

Vi sono senz'altro molte strade che portano alla realizzazione di questi ideali. Sono dell'avviso che il modo più efficace per farlo sia attraverso una politica di sinistra, improntata alla socialdemocrazia. Con il mio impegno in seno al PS mi auguro di poter offrire il mio, piccolo, contributo per realizzare l'ideale di una società libera, giusta, solidale, ecologica, responsabile e pacifica.

Sarei felice di poter continuare a dare il mio contributo nel Consiglio del partito, nel quale il Congresso mi ha eletto una prima volta nel 2022. Vorrei, in particolare, continuare ad impegnarmi a favore di un ulteriore rafforzamento della democrazia interna, presupposto fondamentale per permettere al PS di continuare a crescere e ad occupare un ruolo di primo piano nella politica svizzera, a difesa delle categorie più deboli della nostra società.

Lebenslauf



Nenad Stojanović (* 1976)

Vita politica e associativa

- Membro del Partito socialista svizzero dal 2003
- PS Lugano: membro di Direzione (2003-2004) e del Comitato allargato (dal 2013)
- PS Ticino: membro di Direzione (2004-2008, 2012-2013), responsabile della Commissione Ambiente e Trasporti (2004-2008) ; vicepresidente (2012-2013)
- PS svizzero: membro di Direzione (2004-2008), responsabile dei rapporti con i Democratici di Sinistra (oggi Partito Democratico, Italia), membro del gruppo di lavoro per la revisione del programma del PSS (2005-2009), delegato ticinese alle Assemblee dei delegati del PSS (dal 2004), membro del Consiglio del Partito (dal 2022), membro della Commissione della gestione (GPK/CdG) dal 2022
- Consiglio comunale (legislativo) di Lugano (2004-2008)
- Gran Consiglio del Canton Ticino (2007-2013)
- Commissione federale contro il razzismo (2012-2023)
- Kurt Imhof Stiftung für Medienqualität: membro del Consiglio di fondazione dal 2020
- Associazioni : ATA/ATE/VCS (già membro del comitato per la Svizzera italiana), Iniziativa delle Alpi, BIEN Suisse, VivaGandria (membro di comitato), ABITAT Lugano (co-fondatore e membro di comitato), i-dijaspora (membro di comitato, già presidente), Movimento Europeo Svizzera (ex NUMES/NOMES/NEBS; membro del comitato nazionale e già membro del comitato ticinese), Global Action Against Mass Atrocity Crimes GAAMAC Support Office (segretario)

Formazione e vita professionale

- Maturità federale, Collegio Papiro Ascona (1996), licence ès sciences politiques, Université de Genève (1999), Master of Arts, McGill University (2000), Dr. phil., Universität Zürich (2008)
- Corrispondente parlamentare per il Giornale del Popolo (2000-2002)
- Collaboratore scientifico nello stato maggiore del consigliere federale Moritz Leuenberger, DATEC/DETEC/UVEK (2002-2004)
- Docente / Chargé de cours / Lehrbeauftragter nelle università di Losanna, Friburgo, Lucerna, Sarajevo, Zurigo (2008-2018)
- Visiting Postdoc: Université de Louvain (2008), University of Kent (2009), European University Institute (2009-2010), Princeton University (2015-2016)
- Senior Research Fellow, Zentrum für Demokratie Aarau (2009-2019)
- SNF Ambizione Postdoc, Universität Luzern (2015-2018)
- Membro del Consiglio di fondazione del Fondo nazionale svizzero per la ricerca scientifica FNS/SNF (2015-2018)
- Professeur de science politique, Université de Genève (dal 2018) / Zentrum für Demokratie Aarau (dal 2024), responsabile del progetto *demoscan* (www.demoscan.ch)

KANDIDATUR RENATO WERNDLI (BISHER)

Motivationsschreiben

Liebe Genossinnen und Genossen

Seit ich politisch denken kann, bin ich SP-Mitglied. Politische Ämter: Je einige Jahre Sektionspräsident SP Altstätten/oberes Rheintal, Wahlkreispräsident SP Rheintal, heute noch GL-Mitglied SP Kanton St. Gallen, x-mal erfolglose Kantonsrats-Kandidaturen. Immerhin jetzt GPK-Mitglied Schule Eichberg SG.

Gerne würde ich nun trotz fortgeschrittenem Alter in den Parteirat eintreten. Da wir Älteren in der Partei sehr stark vertreten sind, erlaube ich mir diese Kandidatur auch wenn man Jungen eher die Plätze freihalten sollte. Falls aber Kandidaturen ältere Mitglieder übervertreten sind, würde ich meine zurückziehen.

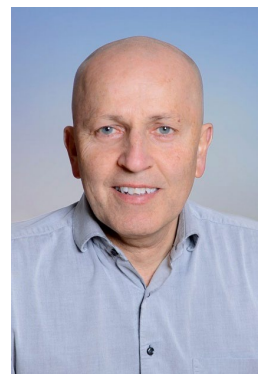
Ich danke für die Prüfung dieser Kandidatur.

Mit freundlichen Grüßen

Renato Werndli

Lebenslauf

- Geboren 13.4.1954 in Aarau
- Schulen in Wohlen AG und Aarau
- Matura Typ C 1973
- Lehrer:innen Seminar Aarau, Lehrer:innen-Patent 1974
- Lehrer in Olten und Brugg
- 1976-1982 Medizinstudium in Basel
- Dissertation 1982 Universität Basel
- 1982-1989 Assistenzarzt in diversen Spitälern
- 1989-1994 Mietpraxis in Flums
- Seit 1995 eigene Hausarzt-Praxis in Eichberg SG



KANDIDATUR DIMITRI WITZIG (NEU)

Motivationsschreiben

Liebe Genoss:innen

Mein Einsatz für die SP in der Politik und meine Ausbildung und Arbeit als Jurist gehen für mich auf den Traum einer solidarischen und gerechten Gesellschaft zurück. In einem Primarschulzeugnis, das ich letztens auf dem Estrich meiner Eltern fand, schrieb meine Lehrperson: «Dimitri hat ein sehr ausgeprägtes Gerechtigkeitsgefühl. Es macht ihn wütend, wenn er Ungerechtigkeiten empfindet». Dieses Gerechtigkeitsempfinden hat mich auch zu meinem Studium der Rechtswissenschaften gebracht, da ich hoffte, mich so für eine solidarischere Welt einsetzen zu können.

Während meinem Studium hatte ich die Gelegenheit, ein Austauschsemester in Istanbul zu absolvieren. Im Höhepunkt der damaligen Fluchtbewegungen aus Syrien habe ich dort miterlebt, was eine „echte Flüchtlingskrise“ ist. Seit meiner Rückkehr engagiere ich mich daher mit und für geflüchtete Menschen – zuerst als Freiwilliger und danach sechs Jahre lang auch beruflich als Rechtsvertreter in Asylverfahren.

Die Arbeit mit Asylsuchenden innerhalb der restriktiven Asylpolitik der Schweiz war eine tägliche Herausforderung. Es gelang mir in Einzelfällen immer wieder etwas für die Schicksale von Geflüchteten zu erreichen, aber sehr oft konnte in den bestehenden Strukturen nicht viel erreicht werden. Diese Erkenntnis führte mir vor Augen, dass es neben dem unermüdlichen Einsatz für den Einzelfall auch das politische Engagement braucht, um die bestehenden Rahmenbedingungen zu verändern und zu verbessern. Deshalb brachte ich mich nach dem Parteibeitritt Schritt für Schritt aktiver in der SP ein.

Die Migrationspolitik hat mich vom Sympi zum aktiven Mitglied der Partei gebracht. Die Arbeit und Position der SP überzeugen mich seit jeher jedoch auch in vielen anderen Bereichen. Deshalb setze ich mich auch für eine aktive Sozialpolitik, eine solidarische Klimapolitik, eine gerechte Finanzpolitik und eine integrierende Bildungspolitik ein.

In der SP habe ich seit meinem Beitritt ein Zuhause gefunden, in dem ich mich auch politisch für eine gerechte und solidarische Gesellschaft einsetzen und diese Themen angehen kann. Seither habe ich mich auf lokaler Ebene (als Präsident der SP Stadt Zürich Kreis 4 und Mitglied des Parteivorstands der SP Stadt Zürich), auf kantonaler Ebene (als Präsident der kantonalen Fachkommission Integration) und auch auf nationaler Ebene (Mitglied der nationalen Themenkommission Migration/Integration) und verschiedenen Wahlkämpfen in verschiedenen Formen in der SP und JUSO aktiv einbringen können. Aktuell engagiere ich mich auch aktiv für die Demokratie-Initiative, welche im November eingereicht wird.

In meiner Arbeit im Parteivorstand der SP Stadt Zürich – welcher dem Aufbau des Parteirats ähnelt – habe ich gemerkt, dass vertiefte inhaltliche Auseinandersetzungen und Diskussionen zwischen allen Parteiteilen – Sektionen, Untergruppen und Organe zentral sind. Positionen und Inhalte müssen in offener, konstruktiver Atmosphäre diskutiert und anschliessend von möglichst breiten Teilen der Partei mitgetragen werden können. Dazu würde ich sehr gerne einen Teil beitragen.

Nun würde ich mich sehr freuen dieses Engagement, meine Erfahrungen und mein Wissen auch im Parteirat einzubringen und gemeinsam mit der SP dem Ziel einer solidarischeren und gerechteren Welt näher zu kommen.

Solidarische Grüsse

Dimitri Witzig

Lebenslauf

Dimitri Witzig

Adresse: Hohlstrasse 44, 8004 Zürich
 Email: dimitri.witzig@gmail.com
 Geburtsdatum: 19. September 1990 in Bern
 Sprachen: Deutsch (Muttersprache), Englisch (C2),
 Französisch (B2-C1), Spanisch (B1),
 Italienisch (A1)



Berufserfahrung

Seit 04/2024	Gerichtsschreiber Kantonsgericht Glarus
80%	
08/2018 – 03/2024	Berner Rechtsberatungsstelle für Menschen in Not (Zürich und Bern)
80%	
08/2018 – 03/2022	Rechtsvertreter im beschleunigten Asylverfahren (Zürich)
04/2022 – 12/2022	Teamleitung (primus inter pares) der kantonalen Rechtsberatungsstelle für Migrations- und Sozialhilferecht (Bern)
	<ul style="list-style-type: none"> - Fachliche Leitung eines Teams mit 5 Jurist:innen - Vernetzung und Kontaktpflege mit kantonalen Partnerorganisationen
Seit 01/2023	Stv. Fachverantwortung (Teamleitung) im beschleunigten Asylverfahren (Zürich)
	<ul style="list-style-type: none"> - Fachliche Mit-Leitung des Teams mit ca. 25 Jurist:innen - Austauschsitzung mit dem SEM und anderen Organisationen - Festlegung von internen Policies
12/2017 – 07/2018	Hochschulpraktikum EDA
100%	Schweizer Botschaft in Albanien (Tirana, AL)

Politisches Engagement und Freiwilligenarbeit

2023/2024	Co-Koordinator Demokratie-Initiative Lokalkomitee Zürich
2023	Kandidatur Nationalratswahlen Zürich (JUSO)
2022/2023	Wahlkampfleitung und Kandidatur Kantonsratswahlen Zürich (Wahlkreis Zürich 4&5)
09/2017 – heute	Integrationskommission SP Kt. Zürich (seit 10/2021 als Präsident)
04/2019 – heute	Vorstand SP Zürich Kreis 4 (ab 04/2020 Vizepräsident, seit 04/21 Präsident)
09/2015 – 09/2018	Vorstandsmitglied beim Verein „ProRefugees“ (Zürich)
	<ul style="list-style-type: none"> • Organisieren von Anlässen für und mit Geflüchteten
08/2015 – 02/2016	Assyrian center Istanbul (Türkei)
	<ul style="list-style-type: none"> • Volunteering mit geflüchteten Kindern

TRAKTANDUM 9: GENEHMIGUNG BERICHTE

JAHRESBERICHT 2023

Der neu gestaltete Jahresbericht 2023 kann auf unserer Webseite (<https://www.sp-ps.ch/jahresbericht-2023>) eingesehen werden. Er enthält viele spannend Elemente, wie zum Beispiel den Video-Rückblick auf die Wahlen von Cédric und Mattea, Statements einiger unserer über 1'000 Neumitglieder, wie auch trockene Zahlen und Fakten zum SP-Jahr 2023.

Das PDF des Jahresberichts ist bei den Parteitagsunterlagen zu finden.

BERICHT DES PARTEIRATS UND POLITISCHER AUSBLICK

1. Einleitende Bemerkungen

Der Parteirat berichtet jährlich über das politische Tätigkeitsprogramm, macht einen Rückblick auf die Mobilisierungs- sowie Beteiligungsmöglichkeiten für Mitglieder und wagt einen Ausblick auf die geplanten Tätigkeiten. Aufgrund der umfassenden Statutenrevision mit Schaffung des Parteirats ist dies der erste vollständige Bericht des Parteirats. Er bezieht sich ausnahmsweise auf 18 Monate (Rückblick Zeitraum Januar 2023 bis Juni 2024, Ausblick Juli 2024 bis Ende 2025).

2. Bericht über Tätigkeit des Parteirats

Die erste Sitzung des Parteirats 2023 fand am 20. Januar als ausserordentliche Online-Sitzung statt, um die Geschäfte für den Parteitag vom 25. Februar 2023 vorzubereiten, insbesondere auch die Parolenfassung zur OECD-Steuerreform. Während der Parteirat die Stimmfreigabe zu Letzterer empfahl, fasste der Parteitag letztlich die Nein-Parole. Die erste ordentliche Sitzung führte den Parteirat am 24. März 2023 nach Olten, wo eine Resolution zur Bankenkrise verabschiedet wurde. Als Ersatz für die zurückgetretene Alizée Rey wurde neu Manuel Zwysig (Ville de Genève) in die Parteiratsleitung gewählt. Weiter wurden die Nein-Parole zur BVG-Vorlage und die Unterstützung des entsprechenden Referendums bekräftigt. Im Zentrum der Sitzung stand der Wahlkampf für die eidgenössischen Wahlen im Oktober. Die Sitzung vom 12. Mai 2023 fand in Lausanne statt, wo die gemäss neuen Statuten vorgeschriebenen Themenkommissionen zu Händen des Parteitags von Ende August in Biel konstituiert wurden. Der Parteirat beschloss weitere Geschäfte zu Händen des Parteitags, unter anderem die Unterstützung der Inklusionsinitiative. Als handwerklicher Schwerpunkt wurde eine Diskussion zum Thema Mitgliederentwicklung geführt. Am 8. September 2023 tagte der Parteirat online, einerseits zu den eidgenössischen Wahlen, andererseits mit einem Schwerpunkt zum Thema Mindestlöhne. In Zusammenarbeit mit dem SGB und anhand von Fallbeispielen aus einzelnen Kantonen und grösseren Städten diskutierten die Parteiratsmitglieder, wie Mindestlöhne auf kantonaler und kommunaler Ebene verankert werden können. Die Gewerkschaften bearbeiten dieses Thema seit 25 Jahren intensiv und haben immer wieder wichtige Erfolge in Niedriglohnbranchen erzielt. Bezüglich der anstehenden Bundesratswahlen wurde nach intensiver Diskussion beschlossen, auf eine namentliche Empfehlung zu verzichten. Eine Mehrheit war der Meinung, dass eine explizite Empfehlung des SP-Parteirats der entsprechenden Kandidatur bei der Wahl in der Vereinigten Bundesversammlung schaden würde, weil viele bürgerliche Politiker:innen nicht die von der SP favorisierte Person wählen würden. Die ausserordentliche Sitzung des Parteirats zu den Bundesratswahlen fand am 23. November 2023 in Bern statt. Der Parteirat gab, wie bereits beschlossen, keine namentliche Empfehlung ab, empfahl der Fraktion jedoch, sich für ein Zweier-Ticket zu entscheiden. Die letzte Sitzung des Parteirats im Jahr 2023 wurde am 1. Dezember in Olten durchgeführt. An dieser Sitzung wurden die Parolen für die März-Abstimmungen 2024 gefasst, die Geschäfte des Parteitags von Ende Februar 2024 in Genf besprochen und weitere Anträge unter anderem zum Thema Neutralität behandelt. Das Sekretariat stellte ausserdem eine Auswertung der Wahlkampagne zur Diskussion.

Die erste Sitzung des Jahres 2024 war die ausserordentliche Online-Sitzung vom 19. Januar mit den Schwerpunkten Gesundheitspolitik und Vorbereitung des Parteitags vom 24. Februar. Nach einer intensiven Diskussion empfahl der Parteirat knapp die Nein-Parole zur EFAS-Vorlage und verabschiedete eine Resolution zum Nahost-Konflikt zu Händen des Parteitags. Die erste reguläre

Sitzung fand am 22. März in Olten statt, an welcher Tom Cassee als Generalsekretär gewählt wurde. Der Parteirat diskutierte zudem über den aktualisierten Initiativtext der Finanzplatz-Initiative. Danach folgte ein Ausblick auf die Juni-Abstimmungen mit unserer Prämien-Entlastungs-Initiative. Am 21. Juni tagte der Parteirat wieder in Olten: Auf der Traktandenliste standen die Vorstellung der SELECTS-Nachwahlstudie, die Diskussion des Thesenpapiers zur Finanzpolitik, welches die Basis für ein ausführliches Papier für den Parteitag in Davos bildet, und die Unterstützung der Initiative für einen «Atomwaffenverbotsvertrag». Weiter evaluierte der Parteirat auf Basis der durchgeführten Umfrage sein eigenes Funktionieren bezüglich Zusammensetzung, Organisation und Themensetzung. Es wurde beschlossen, eine Arbeitsgruppe zur «Weiterentwicklung» des Parteirats einzusetzen. Michelle Hufschmid-Lim wurde als Nachfolgerin von Miriam Locher in die Parteiratsleitung gewählt.

3. Rückblick Bildungs-, Mobilisierungs- und Beteiligungsmöglichkeiten

Eine zentrale Form der aktiven Beteiligung möglichst vieler Parteimitglieder sind die neu geschaffenen **Themenkommissionen**, die inzwischen die früheren Fachkommissionen abgelöst haben. Zwischenzeitlich wurde bereits eine zusätzliche Kommission (Themenkommission Boden & Wohnen) geschaffen – das entsprechende Co-Präsidium wurde am Parteitag von Ende August 2023 in Biel gewählt. Neben den regelmässigen und **wiederkehrenden Bildungsangeboten** für Sektionen zu Themen wie Mitgliederwerbung und -betreuung, Sektions-Organisation, Webseite und Social Media hat das Zentralsekretariat der SP Schweiz diverse **themenspezifische Bildungslässe** durchgeführt:

- Februar 2023: Online-Bildungsmodul zur Vorbereitung für die wichtigste Abstimmung zum Klimaschutz-Gesetz. Aufgrund der hohen Nachfrage wurde das Webinar im Mai 2023 ein zweites Mal angeboten.
- April 2023: Im Webinar zu «Partizipation auf Gemeindeebene» erläuterten SP-Exponent:innen anhand von Fallbeispielen konkrete Möglichkeiten der Teilhabe der Bevölkerung vor Ort.
- Mai 2023: Marc Steiner, SP-Richter am Bundesverwaltungsgericht und Spezialist für öffentliches Beschaffungswesen, beleuchtete im Webinar zu «Öffentliches Beschaffungswesen» die neue Gesetzgebung auf Bundesebene und beantwortete relevante Fragen. 2023 war auch ein Wahljahr: Ende Mai fand für SP-Kandidierende bei den nationalen Wahlen 2023 das Webinar «Die Wahlkampfthemen mit dem Präsidium vertiefen» statt. Das Ziel war, unsere Kandidat:innen bestmöglich für den Wahlkampf auszurüsten.
- Juni 2023: Zu den aktuellen Themen Neutralität und Bankenkrise fanden zwei Online-Veranstaltungen statt: «Gestern & heute: Der Spanische Bürgerkrieg und die Schweiz» und «Systemrisiken des Finanzsektors – von Lehman Brothers zu Credit Suisse». Am ersten Anlass wurde mit dem Historiker Ralph Hug über den Krieg und seine Vorgeschichte, die Spanienfreiwilligen aus der Schweiz und die damalige Schweizer Politik diskutiert. In der zweiten Veranstaltung sprach Prof. Dr. Marc Chesney vom Center of Competence for Sustainable Finance der Universität Zürich über die Ursachen dieser Bankenkrise, deren Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft sowie mögliche Lösungen.

- September 2023: Die bewährte «Kommunaltagung» für SP-Behördenmitglieder fand statt. Das Hauptthema war die Energie- und Klimapolitik, eines unserer drei zentralen Themen im Wahlkampf für die eidgenössischen Wahlen.
- November 2023: In Zusammenarbeit mit dem SPD-nahen Verein «Liquid Democracy» wurde ein Webinar zum Thema «Mitentscheiden mit Online-Instrumenten» angeboten.
- Dezember 2023: Wir beendeten das Jahr mit einem Online-Diskussionsabend zum Thema «Angriffe von rechts auf die Gleichstellung – was tun?». Die Expert:innen Fabienne Amlinger und Katha Bauer informierten über die Geschichte der feministischen Bewegung, ordneten für uns ein, wieso die SVP von «Gender-Gaga» sowie «Woke-Wahnsinn» spricht und wie wir damit umgehen können.
- Januar 2024: Der ganze Monat wurde der Altersvorsorge und der 13. AHV-Initiative gewidmet, die im Februar angenommen wurde. Startpunkt bildete das Webinar «Altersvorsorge in der Schweiz: Erklärung, Mythen und Lösungen». Danach folgten mehrere Veranstaltungen in verschiedenen Kantonen.
- Februar 2024: Im Webinar «Wie gehen wir mit Hass, Beleidigungen und Drohungen um?» gab es nützliche Informationen zum Umgang mit Hassreden.
- März 2024: In der Reihe «gestern und heute» wurde das Webinar «Der Matrosenaufstand von Kronstadt 1921: Das Schicksal der Revolution und die Durchsetzung der kommunistischen Herrschaft» organisiert.
- April 2024: Mit Gesundheitsökonomin Anna Sax wurden im Webinar «Unser Gesundheitssystem: Kosten und Finanzierung» Kosten und Finanzierung des Gesundheitssystems unter die Lupe genommen. Es ging um die Frage, wie es zur vielzitierten «Kostenexplosion» kommt. Zudem wurden Prämienvorbilligungssysteme, (Fehl-)Anreize, das Zusammenspiel mit anderen Sozialversicherungen und die sozialpolitischen Auswirkungen diskutiert.
- Mai 2024: Für unsere Kommunalpolitiker:innen wurde das Webinar «Energieversorgung – zwischen Privatwirtschaft und Service public» durchgeführt. Dieser Austausch mit Fachleuten diente dazu, über Strategien für eine sichere, nachhaltige und zahlbare Stromversorgung zu debattieren und uns gemeinsam zu diesem Thema fit zu machen.
- Juni 2024: Vor den Sommerferien fand ein Podiumsgespräch zum Thema «Intersektionalität: Wir schärfen unseren Blick!» statt. Mit einem Inputreferat und einer anschliessenden Podiumsdiskussion konnte man an diesem Anlass das Wissen über Intersektionalität stärken und die Anliegen verschiedener, von unterschiedlicher Diskriminierung betroffener Parteimitglieder hören.
- Im September 2024 findet erneut die «Kommunaltagung» in Belp statt. Das Hauptthema dieses Jahr ist das Kollegialitätsprinzip, welches für uns alle gleichzeitig eine Realität sowie eine Herausforderung darstellt.
- Im September 2024 finden Veranstaltungen rund um die BVG-Vorlage statt.
- Im Oktober 2024 organisieren wir eine Reihe lokaler Veranstaltungen rund um das Thema Mieten in mittelgrossen Städten. Webinare zu den Abstimmungsvorlagen (z. B. Autobahnreferendum und EFAS) sind ebenfalls geplant.
- Im November 2024 organisieren wir Weiterbildungsmöglichkeiten für die Angestellten von Kantonal- und Stadtparteien mit dem Ziel, die Vernetzung zu stärken und den Erfahrungsaustausch zu intensivieren.

Zusätzlich bietet die SP Schweiz im Rahmen von Wahlen, Abstimmungen, Referenden und Initiativen zahlreiche weitere Mobilisierungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für Mitglieder, Sympathisant:innen und Unterstützer:innen. Es gibt niederschwellige Aktivitäten wie Materialbestellungen (Fahnen, Taschen, Buttons usw.), welche zur Sichtbarkeit eines Anliegens beitragen. Auch besteht die Möglichkeit, sich im öffentlichen Rahmen zu engagieren, etwa bei Verteilaktionen oder Unterschriftensammlungen. Schliesslich kann man sich auch im digitalen Rahmen engagieren, beispielsweise als Social-Media-Aktivist:in oder beim Verfassen von Leser:innenbriefen.

Seit 2023 baut die SP weitere Kanäle auf, um das Bildungsangebot zu verbreiten. Im Jahr 2023 wurden zwei Podcasts («Fil Rouge» und «Meyer:Wermuth») ins Leben gerufen. Mit Gästen und Expert:innen analysieren SP-Exponent:innen Kernthemen der Partei. Dazu produziert das Sekretariat auch längere Videos zur Erläuterung komplexer Themen wie etwa der Altersvorsorge ([DE](#) und [FR](#)).

4. Politischer Ausblick, Mobilisierungs- und Beteiligungsmöglichkeiten

In der zweiten Jahreshälfte 2024 sind noch zwei ordentliche Sitzungen des Parteirats geplant. Am 6. September wird der Parteirat online tagen und ein Positionspapier zur künstlichen Intelligenz verabschieden. Zudem wird es Raum für Diskussion zu unserer Migrations- und Asylpolitik geben. Am 29. November findet eine Sitzung in Olten statt, an welcher es um die Vorbereitung des Parteitags vom Februar 2025 und die Diskussion der Massnahmen der **Arbeitsgruppe «Weiterentwicklung Parteirat»** gehen wird. An der November-Sitzung muss zudem die Parteiratsleitung für die neue Amtsperiode gewählt werden.

Auch 2025 wird sich der Parteirat stark an der Aktualität orientieren, eng die Lancierungen von Initiativen und Referenden begleiten und die Parteitage vorbereiten. Im Jahr 2025 spielen weiterhin die Kernthemen Kaufkraft, Gleichstellung und Klimaschutz eine entscheidende Rolle. Der Parteirat hat sich vorgenommen, noch stärker thematische Schwerpunkte für die jeweiligen Sitzungen zu setzen. Dieses Vorgehen wird an der September-Sitzung mit einer ausführlichen Diskussion zur Migrations- und Asylpolitik zum ersten Mal umgesetzt.

Zudem macht sich auch die Arbeitsgruppe «Weiterentwicklung Parteirat» als Lehre aus der Umfrage vom Frühjahr 2024 Gedanken, wie man die **politische und strategische Themensetzung** des Parteirats stärken kann. Für die Zukunft muss noch besser geklärt werden, wie diese thematischen Schwerpunkte ausgewählt werden, von wem und wann. Wenn der Parteirat wirklich ein strategisches Gremium sein soll, muss klar werden, ob die thematischen Schwerpunkte eine strategische Steuerungsfunktion für die nahe und mittlere Zukunft – insbesondere für die nächsten vier Jahre – haben sollen. Zudem sollen auch Fragen zur politischen Strategie stärker diskutiert werden. Die Parteiratsleitung sieht unter anderem Diskussionsbedarf bei folgenden Fragen:

- Wie können wir Wähler:innen gewinnen?
- Was sind unsere Ziele in Bezug auf Wähler:innenanteile bei den nächsten Wahlen auf allen institutionellen Ebenen?
- Wie lange behalten wir den thematischen Fokus auf Kaufkraft, Gleichstellung, Klima?
- Welche Rolle spielt der Parteirat bei der Themensetzung und der Bearbeitung dieser Themen in der Öffentlichkeit, im Parlament und bei den Mitgliedern?
- Welche Rollen spielen in diesen Prozessen die Teilnehmer:innen an Parteiratssitzungen?

-
- Wie unterscheidet sich die Rolle einer Vertretung einer Themenkommission von der von jemandem aus einer kantonalen oder städtischen Parteileitung?

Der Parteirat wird die Zusammenarbeit mit den Themenkommissionen weiter verstärken. In der nächsten Zeit soll ein **«Tag der Themenkommissionen»** organisiert werden, um Erfahrungen auszutauschen und über die Weiterentwicklung der Themenkommissionen zu diskutieren.

Im August 2024 startet das **Pilotprojekt «Sektionen stärken»**. Sektionen erhalten ein flexibles Toolkit, um politische Themen auf lokaler Ebene aufzugreifen und so den Mitgliedern zu ermöglichen, sich aktiv einzubringen und lokale Netzwerke zu stärken. Die ausgewählten Sektionen werden über sechs Monate hinweg eng von Mitarbeiter:innen des Zentralsekretariats betreut. Abhängig von den Ergebnissen wird das Projekt 2025 weitergeführt. In Vorbereitung ist das Bildungsprogramm 2025. Da einige Bildungsveranstaltungen um Aktualitäten herum geplant sind, kann das Programm auch kurzfristig ergänzt werden.

TRAKTANDUM 10: ANTRÄGE

A-1 DIVERSE SP-SEKTIONEN⁵: DIE SP FORDERT DIE SCHNELLE UND ENTSCHEIDENE UMSETZUNG DES STROMGESETZES AUCH DURCH DIE KANTONE UND GEMEINDEN

Der Parteitag der SP Schweiz beschliesst:

Die SP-Mitglieder in den Exekutiven, Legislativen und Parteigremien in den Kantonen und Gemeinden werden eingeladen/beauftragt, durch geeignete Massnahmen die folgenden Ziele zu erreichen:

In direkter Umsetzung des «Stromgesetzes»:

1. Konkrete Massnahmen haben höchste Priorität

Die schnelle und vollständige Umsetzung der Massnahmen im Energiegesetz, im Raumplanungsgesetz und im Stromversorgungsgesetz hat für die SP Schweiz höchste Priorität.

2. Die notwendigen Massnahmen zeitgerecht umsetzen

Die SP Schweiz fordert die Kantone auf, alle dazu notwendigen Massnahmen zu ergreifen, damit die Ziele des beschlossenen Stromgesetzes für 2035 umfassend und zeitgerecht erreicht werden. Insbesondere sind das:

Die Erhöhung der PV-Stromproduktion um 35 TWh/a:

- a. auf den Dächern und Infrastrukturanlagen auf 27,2 TWh/a (80% von 34 TWh/a)
- b. die Errichtung von alpinen PV-Anlagen für eine Stromproduktion von 6.8 TWh/a – (20% von 34 TWh), vorallem im Hinblick auf den Winterstrom
- c. die Errichtung von weiteren nachhaltigen Stromproduktionsanlagen für eine Stromproduktion von 1 TWh/a.

Die Verbesserung der Stromeffizienz:

- d. bis 2035 eine Reduktion des Stromverbrauchs im Winter von 2 TWh/a
- e. Einsparungen bei den Stromlieferanten von jährlich 2% ihres Stromabsatzes

⁵ Dieser Antrag wurde von folgenden Sektionen eingereicht: SP Zürich 11, SP Wallisellen, SP Bellinzona, SP Locarno, SP Gebenstorf.

3. **Ausbau des Stromverteilnetzes**

Die SP Schweiz fordert die Kantone (und Gemeinden) auf, zusammen mit ihren EVU den notwendigen Ausbau des Stromverteilnetzes (inkl. Quartier-Batteriespeicher) schnell und koordiniert zu planen und zu realisieren. Dabei kommt den Netzbetreibern der Kantone (und Gemeinden) eine führende Rolle in der Realisierung dieser Infrastruktur-Anlagen zu.

4. **Vorbildrolle PV-Anlagen**

Die SP Schweiz fordert die Kantone (und Gemeinden) auf, ihre Vorbildrolle schnellstmöglich wahrzunehmen und alle ihre geeigneten Gebäude und Infrastrukturanlagen bis 2028 mit PV-Anlagen auszustatten und in ihren Betrieben das Stromspar- und Produktionspotential voll auszuschöpfen.

5. **Strom-Effizienzsteigerungsprogramme**

Die SP Schweiz fordert die Kantone (und Gemeinden) auf, zusammen mit ihren EVUs, die vom Stromgesetz geforderten Strom-Effizienzsteigerungsprogramme zu planen und zu realisieren. Den Eigentümer:innen der EVUs kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, da diese Programme den EVU möglicherweise Mindereinnahmen und zugleich Mehrkosten verursachen können. Die EigentümerInnen müssen dieses Problem zusammen mit ihren EVUs so lösen, dass die Ziele erreicht werden.

6. **Lokale Energiegemeinschaften (LEG)**

Die SP Schweiz fordert die Kantone (und Gemeinden) auf, den schnellen Aufbau von lokalen Energiegemeinschaften (LEG) aktiv zu fördern und die allenfalls bestehenden rechtlichen Hindernisse schnellstmöglich im Sinne des Stromgesetzes zu beseitigen.

7. **Ausscheidung von erneuerbaren Energie-Zonen**

Die SP Schweiz fordert die Kantone auf, schnell die Ausscheidung von erneuerbaren Energie-Zonen für Pumpspeicherwerke, Windanlagen und Freiflächen – PV-Anlagen mit hohem Winteranteil vorzunehmen

In Ergänzung zur Stromgesetz-Umsetzung:

8. **Eigentümerstrategien für ihre EVU's schnell anpassen**

Die SP Schweiz fordert die Kantone und Gemeinden auf, ihre Eigentümerstrategien gegenüber ihren EVU's entsprechend anzupassen, sodass sie wieder direkten Einfluss auf deren Ziele und Ausbaustrategien nehmen können. Denn die politische Verantwortung für den schnellen Zubau von neuen nachhaltigen Stromproduktionsanlagen, für den notwendigen Ausbau des Stromnetzes und der Speichieranlagen, für die Umsetzung der Stromeffizienzsteigerungsmassnahmen, die nötigen Finanzierungsinstrumente, die unbürokratische Einführung von LEG sowie den nötigen neuen Tarifmodellen liegt bei den Kantonen und den Gemeinden.

9. **Intelligente und gerechte Tarifmodelle für Bezug und Rücklieferung**

Die SP Schweiz fordert die Kantone (und Gemeinden) auf, zusammen mit ihren EVUs, die Tarifmodelle für Bezug und Rücklieferung so anzupassen, dass die Konsument:innen und Produzent:innen der Wasserstromwirtschaft gleich gestellt werden und gute wirtschaftliche Anreize zum Minderverbrauch und Mehrproduktion von Winterstrom haben.

10. **PV-Finanzierungsinstrumente für soziale Gerechtigkeit**

Die SP Schweiz fordert die Kantone (und Gemeinden) auf, Finanzierungsinstrumente bereitzustellen, damit auch private Hausbesitzer ihr geeignetes PV-Potential und die sinnvollen Stromeffizienzmassnahmen realisieren können, wenn ihnen die Investitionsmittel dazu fehlen (Soziale Gerechtigkeit).

Anlass und Zielsetzung:

Am 9. Juni 2024 hat das Stimmvolk dem Stromgesetz mit 69% JA sehr deutlich zugestimmt. Und jetzt? Wer sorgt dafür, dass die ambitionierten Ziele für die neue klimafreundliche Stromproduktion auch erreicht werden? Wer baut die vielen PV-Anlagen? Wer sorgt für die notwendigen neuen Batteriespeicher? Wer baut das Stromnetz schnell aus, damit die vielen PV-Anlagen auch einspeisen können? Sicher nicht der Bund. Denn dieser darf im Wesentlichen nur Ziele und Rahmenbedingungen festlegen. Das hat er nun getan.

Die verfassungsmässige Verantwortung für die konkrete Energieversorgung und vor allem für die Stromproduktion liegt bei den Kantonen*. Diese haben gemäss kantonalen Verfassungen sogar das Recht, dazu eigene Unternehmen zu gründen oder sich daran zu beteiligen. Darum sind ca. 90% aller Elektrizitätsfirmen (EVU) in der Schweiz in öffentlicher Hand. Die EVU-Firmen wie die AXPO, BKW, Alpiq, EKZ, IWB, CKW, AEW etc. gehören den Kantonen und Gemeinden. Sie haben als Eigentümer das Sagen. Und darum müssen nun die Kantone und Gemeinden jetzt ihre in der Verfassung festgeschriebene Verantwortung übernehmen, und dafür sorgen, dass wir diese ambitionierten Ziele des Mantelerlasses (Energiegesetz und Stromversorgungsgesetz) erreichen können. Denn wir wollen – neben der bestehenden Wasserkraft - bis 2035 zusätzlich 35 TWh/a nachhaltigen Strom produzieren, das Klima schützen und die Effizienz verbessern. Bis 2050 sollen es 45 TWh/a aus Sonne, Wind und Biomasse sein. Die Wasserkraft soll bis dann (von heute 37 TWh/a) um weitere 2 TWh/a auf 39 TWh/a erweitert werden.

Es ist klar, ohne grosse Investitionen in die PV-Produktion, in den Netzausbau, in die Speicherkapazitäten und in Stromeffizienzmassnahmen werden wir dieses Ziel nicht erreichen. Es sind die Kantone und die Gemeinden, die letztlich gemäss ihren Verfassungen die Verantwortung tragen. Neben anderen Massnahmen müssen die Kantone und Gemeinden als Eigentümer der EVU's diesen klare Anweisungen geben, diese neuen, vielfältigen Aufgaben selber wahrzunehmen oder zu unterstützen.

Doch es scheint, dass sehr viele Kantone und Gemeinden (und deren EVU's) noch nicht wirklich verstanden haben, dass mit der Abstimmung über das Stromgesetz am 9. Juni 2024 für sie alle ein neues Zeitalter angebrochen ist: Das Zeitalter des lokal produzierten PV-Stroms, der auch in der Mobilität und in der Wärmeversorgung eine wichtige Rolle spielen wird. Alle EVUs sollten nun das Ziel verfolgen 100% des verkauften Stroms aus eigenem oder vertraglich zugekauftem PV-Strom und «Wasserstrom» zu beschaffen. Sie sollten insbesondere den Solarstrom aus ihrem Verkaufsgebiet korrekt vergüten, die Speicherung selber wahrnehmen oder durch geeignete Tarifmodelle unterstützen und schliesslich verteilen.

Die Zeit drängt. Denn wenn das nicht rechtzeitig geschieht, wird der Druck, neue AKW zu bauen, weiter zunehmen. Die AKW-Lobby wartet nur darauf.

Darum muss die SP Schweiz den politischen Akteuren jetzt ganz deutlich sagen, was zu tun ist. Die SP will darum ihre Vertretungen in den Exekutiven und Legislativen klar auffordern, die richtigen Schritte zu unternehmen und sie dabei unterstützen.

Umsetzung:

Die Subkommission Klima & Energie der Themenkommission Umwelt, Energie und Raumplanung wird vom Parteitag beauftragt, in Zusammenarbeit mit der SP-Fraktion, dem Generalsekretariat und den interessierten EnergiepolitikerInnen der Kantonalsektionen einen Leitfaden zu erarbeiten, der es unseren Exekutivmitgliedern, Parlamentarier:innen und Kantonalsektionen sehr erleichtert, die notwendigen Projekte zu starten, Massnahmen zu ergreifen und Vorstösse einzureichen.

Zudem können – wenn nötig und wenn personell möglich - auch Fachdossiers zu einzelnen Feldern erstellt werden wie z.B. für:

- Energie-Effizienz
- Eigentümerstrategie
- PV-Ausbau
- Netzausbau
- Aufbau lokaler Speicherkapazitäten
- Aufbau von LEG
- Etc.

* die Verantwortung für die Versorgungssicherheit liegt natürlich nicht nur bei den Kantonen. Durch eine Vielzahl von neuen gesetzlichen Regelungen (Stromversorgungsgesetz 2008) wurden die Kompetenzen der Kantone eingeschränkt und andere Akteure (ElCom, Swissgrid) eingeführt, die heute wesentliche Rollen spielen aber dem politischen Prozess weitgehend entzogen sind.

Die konkrete Stromwirtschaft ist auch von Kanton zu Kanton unterschiedlich strukturiert. Schweizweit gibt es 630 verschiedene EVU. Z.B. hat der Kanton Zürich deren 48 (inkl. EKZ und EWZ), der Kanton Aargau aber deren 103.

Die Phase der Neoliberalisierung hat in der Stromwirtschaft u.a. auch dazu geführt, dass viele EVU (schein)privatisiert wurden, d.h. sie gehören zwar den Gemeinden oder Kantonen. Diese haben aber praktisch nichts mehr zu sagen, da in den VR-Gremien sog. Fachexperten sitzen, die im Wesentlichen ohne zwingende Instruktionen der Eigentümer «Unternehmer» spielen dürfen. Diese Scheinprivatisierung muss wieder umgekehrt werden.

Dieser Antrag wurde entworfen von:

Dem Fachausschuss Energie & Klima der SP Aargau (KONTAKT: leo.keller@blueocean-sws.com)

Der SPS Subkommission Klima & Energie (KONTAKT: reichlin.m@bluewin.ch)

Conrad U. Brunner, Mitglied der Subkommission «Klima und Energie»

PS Sezione di Bellinzona, contatto: Vice-presidente Danilo Forini daniilo.forini@bluewin.ch

NEUEINREICHUNG DES UNVERÄNDERTEN ANTRAGS A-1

Eingereicht von: Leo Keller, Felix Hoesch, Carlo Lepori, Jan Suter, Tobias Hofstetter, Conrad U. Brunner, Antonella Steib Neuenschwander

Der Antrag wird nochmals in unveränderter Form eingereicht.

Der von 5 Sektionen eingereichte Antrag will das Präsidium nur «modifiziert» annehmen – ohne die «Modifikationen» aber konkret auszuformulieren. (siehe den ganzen Wortlaut der **Modifizierten Annahme** und unsere vollständigen «Begründung» zur Empfehlung des Präsidiums).

Die vollständige Empfehlung des Präsidiums und unsere Gegenargumente:

Empfehlung des Präsidiums: Modifizierte Annahme.

Begründung: Die SP Schweiz teilt das Anliegen des Antrags, dass das Stromgesetz rasch umgesetzt und der Ausbau erneuerbarer Energien schnellstmöglich geschehen muss. Aus diesem Grund hat sich die SP Schweiz stark für das Stromgesetz, den Solarexpress und weitere Vorlagen, die den Ausbau erneuerbarer Energien fördert, eingesetzt – und tut dies immer noch.

Es macht jedoch keinen Sinn, Druck auf Kantone und Gemeinde auszuüben, damit ein Gesetz schnell umgesetzt wird, das noch nicht in Kraft ist. Aus diesem Grund scheint uns dieser Antrag voreilig und missachtet die jeweiligen kantonalen und kommunalen Kompetenzen, denn das Stromgesetz tritt erst am 1. Januar 2025 in Kraft.

Aus formalen Gründen muss der Antrag angepasst werden, weshalb durch das Präsidium eine modifizierte Annahme empfohlen wird. Der Parteitag kann einer Themenkommission oder einer Sub-Themenkommission keine direkten Aufträge erteilen, sondern beauftragt sein Untergremium (Parteirat). Es obliegt deshalb dem Parteirat, das weitere Vorgehen festzulegen und seine Themenkommissionen und Sub-Themenkommissionen einzubeziehen.

Wir erachten die Begründung dieser «modifizierte Annahme» als z.T. politisch und fachlich falsch, in der Sache unklar, statutarisch zweifelhaft und in ihrer Wirkung kontraproduktiv:

Im Falle, dass das Präsidium an der modifizierten Annahme festhält, wünschen wir uns eine Abstimmung der einzelnen Punkte.

1. «Druck auf Kantone und Gemeinden ausüben»

Es macht jedoch keinen Sinn, Druck auf Kantone und Gemeinde auszuüben, damit ein Gesetz schnell umgesetzt wird, das noch nicht in Kraft ist.

Unser Gegenargument: Der Antrag richtet sich nicht an die Kantone, sondern an unsere SP-Sektionen in den Kantonen und Gemeinden. Der Antrag setzt unsere Sektionen nicht unter Druck sondern «lädt sie ein», die Kantone zu «beauftragen», das Stromgesetz schnell umzusetzen, denn wir haben wenig Zeit: in 11 Jahren wollen wir insgesamt 35 TWh/a neue erneuerbare Energien produzieren. Heute sind es erst 6 TWh/a.

Frage: seit wann will die SP keinen Druck ausüben, um politische Ziele zu erreichen?

2. «Der Antrag ist voreilig»

Es macht jedoch keinen Sinn, ein Gesetz das noch nicht in Kraft ist.
Aus diesem Grund scheint uns dieser Antrag voreilig.

Unser Gegenargument: Das Stromgesetz und die diesbezüglichen Verordnungen treten am 1. Januar 2025 in Kraft, also 66 Tagen nach dem Parteitag. Die Umsetzung in den Kantonen und Gemeinden ist vielfältig und anforderungsreich. Darum haben wir die wichtigen 10 Punkte identifiziert. Die Sub-Themenkommission Klima und Energie benötigt auch noch etwas Zeit, die 10 detaillierten Beratungsinstrumente zu erarbeiten.

Frage: warum soll dieser Antrag voreilig sein, wenn die SP doch immer wieder kritisiert, dass die Energiewende zu langsam vorangehe?

3. «Der Antrag missachtet die kantonalen Kompetenzen»

und missachtet die jeweiligen kantonalen und kommunalen Kompetenzen, denn das Stromgesetz tritt erst am 1. Januar 2025 in Kraft.

Unser Gegenargument: Dieser Vorbehalt ist völlig unverständlich. Wir wollen, dass unsere kantonalen Sektionen ihre Kantone und Gemeinden auffordern, das zu tun, was in all ihren Verfassungen steht: die Stromversorgung in ihrem Hoheitsbereich mit ihren eigenen Anlagen und E-VUs sicherzustellen. Und wir bieten zu den verschiedenen Aufgaben, die dabei erfüllt werden müssen, das relevante Fachwissen und die politischen Instrumente an.

4. «Der Parteitag kann keine Aufträge erteilen»

Der Parteitag kann einer Themenkommission oder einer Sub-Themenkommission keine direkten Aufträge erteilen, sondern beauftragt sein Untergremium (Parteirat).

Es obliegt deshalb dem Parteirat, das weitere Vorgehen festzulegen und seine Themenkommissionen und Sub-Themenkommissionen einzubeziehen.

Unser Gegenargument: Es erstaunt uns sehr, dass gemäss dem Präsidium der Parteitag, das oberste Organ, keine Beschlüsse fassen darf, die anschliessend von einem Parteiorgan umgesetzt werden müssen – insbesondere, wenn dieses (die Subkommission Klima und Energie - Teil der TK Umwelt, Energie und Raumplanung) diesen Antrag selber initiiert hat und die Beauftragung explizit begrüsst.

Gemäss Art. 14.1. der Statuten ist der Parteitag das oberste Organ der Partei und seine Beschlüsse sind für die Kantonalparteien etc. bindend. Der Parteitag ist insbesondere befugt, über Anträge zu entscheiden (Art. 14.7.g)

Viele Entscheidungskompetenzen des Parteitags führen zwangsläufig zu anschliessenden Umsetzungsarbeiten, die durch das Präsidium, das Generalsekretariat, etc. umgesetzt werden müssen. (z.B: 14.7. g, h, k, l), ohne dass dies explizit in den Statuten aufgeführt wird.

Die Statuten (Art. 15 Parteirat) sehen in keinem Punkt vor, dass Entscheidungen, die vom Parteitag gefällt wurden, anschliessend noch vom Parteirat überprüft werden müssen oder dieser für die detaillierte konkrete Umsetzung der beschlossenen Anträge verantwortlich sein soll. Ein solch prinzipielles Vorgehen würde eigentlich einer Entmündigung des Parteitags gleichkommen. Zudem würde es eine weitere Verzögerung verursachen.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Die SP Schweiz teilt das Anliegen des Antrags, dass das Stromgesetz rasch umgesetzt und der Ausbau erneuerbarer Energien schnellstmöglich vorangehen muss. Aus diesem Grund hat sich die SP Schweiz stark für das Stromgesetz und den Solarexpress eingesetzt. Das Stromgesetz tritt am 1. Januar 2025 in Kraft. Einer Verstärkung der Koordinationsbemühungen steht das Präsidium positiv gegenüber. Dem Präsidium ist es dennoch ein Anliegen, dass die zahlreichen bereits laufenden Anstrengungen im Rahmen verschiedener Gremien der SP Schweiz und insbesondere der Kantonalparteien und Sektionen angemessen gewürdigt werden. Wir weisen deshalb die etwas pauschal formulierte Kritik an den «politischen Akteuren» zurück. Nach der gewonnenen Volksabstimmung sollten wir Kantone und Gemeinden sowie unsere Sektionen positiv unterstützen.

Das Präsidium weist darauf hin, dass die Formulierung des Antrages die statutarisch geregelten Zuständigkeiten zwischen den Organen der SP Schweiz und insbesondere die Rolle des Parteilates verletzt (vgl. (Artikel 15, Abs. 8 lit. q und r, Art. 21 Abs. 4 sowie Reglement für die Themenkommissionen der SP Schweiz). Deshalb soll das Anliegen im Rahmen der ordentlichen Arbeiten der Themenkommission «Umwelt, Energie und Raumplanung» aufgenommen werden. Das Präsidium wird den entsprechenden Auftrag zur Umsetzung an den Parteirat und die Themenkommission weitergeben. Genau dafür wurden die Themenkommissionen eingerichtet. Die Einrichtung einer separaten Plattform wäre, sollte dies die Meinung des Antrags sein, weder zielführend noch ressourcenschonend.

A-2 DIVERSE SP-SEKTIONEN⁶: DIE SCHWEIZ MUSS DAS KLIMA-URTEIL DES EGMR JETZT UMSETZEN

Der Parteitag der SP Schweiz beschliesst:

Die SP-Mitglieder von Exekutiven, Legislativen und Parteigremien auf allen Ebenen werden eingeladen/beauftragt, durch geeignete Massnahmen die folgenden Ziele zu erreichen:

1. Das EGMR-Klima-Urteil (Klimaseniorinnen gegen die Schweiz) ist zeitnahe und vollständig umzusetzen.
2. Es ist ein wirkungsvoller CO₂-Absenk-Plan zu beschliessen, um das CO₂-Budget der Schweiz (1 Promille des Welt-CO₂-Budgets) einzuhalten, das das 1,5°C Ziel erreichen kann. Das CO₂-Budget muss quantitativ auf die grossen Verursachersektoren (Verkehr, Gebäude, Gewerbe und Industrie, Landwirtschaft und Ernährung) verteilt werden. Für nicht vermeidbare Restemissionen sind «Negativ-Emissionen» zu realisieren.
3. Für jeden Sektor muss ein Massnahmenplan beschlossen und umgesetzt werden – mit Zeitplan und quantitativen Zwischenzielen. So soll gezeigt werden, wie in jeder Etappe die Zwischenziele erreicht und kontrolliert werden können.
4. Für jeden Sektorplan ist ein wirkungsvolles Monitoring aufzubauen und zu betreiben. Die Ergebnisse sind zeitnahe zu veröffentlichen. Bei Abweichungen müssen wirkungsvolle Gegenmassnahmen ergriffen werden.

Begründung:

Klimaschutz ist heute ein Menschenrecht!

Der Schweizer EGMR-Richter Andreas Zünd, selber SP-Mitglied, erläuterte das Urteil zur Klage der Klima-Seniorinnen – und was die Schweiz jetzt machen muss:

1. Die Klimaurteile vom 9. April 2024 sind ein Meilenstein

Der EGMR hat das Urteil gegen die Schweiz in Sachen Klimaseniorinnen nicht leichtfertig gefällt. Einstimmig gutgeheissen hat er die Klage des Vereins der Klimaseniorinnen, dass ihnen in der Schweiz von allen Instanzen das rechtliche Gehör verweigert wurde (Art. 6). Dass die Schweiz mit ihrer ungenügenden Klimapolitik auch Art. 8 «Recht auf Privatleben» verletze, hat der EGMR mit 16:1 beschlossen.

2. Die Menschenrechtskonvention ist ein «Living Instrument» - und das ist für uns Sozialdemokrat:innen absolut zentral.

Auch andere, heute selbstverständliche Menschenrechte wurden erst Jahre nach der Unterzeichnung der Menschenrechtskonvention 1950 «erschaffen». Denn damals existierten sie noch nicht oder die Gesellschaft hatte sie noch nicht «akzeptiert». So wurden z.B: «Schutz vor Prügelstrafe», das «Recht auf Homosexualität», die «Gleichgeschlechtliche Ehe», die «Anerkennung der Geschlechtsumwandlung», der Schutz vor «Cyber-Violence» etc. erst nach und nach als

⁶ Dieser Antrag wurde von folgenden Sektionen eingereicht: SP Zürich 11, SP Wallisellen, SP Zuzibiet, SP Gebenstorf.

Menschenrechte anerkannt. Auch das Recht auf eine Umwelt, die nicht krank macht (Art. 8 «Recht auf Privatleben») und die nicht tötet (Art. 2) wurde erst in den letzten Jahrzehnten eingeführt und durchgesetzt.

Die harsche Kritik von Schweizer Politiker:innen, dass die Menschenrechtskonvention ja keinen Schutz vor Umweltrisiken enthalte und darum fehlender Klimaschutz auch keine Verletzung der Menschenrechte darstellen könne, ignoriert schlicht die jahrzehntealte, rechtssetzende Praxis des EGMR.

Wichtig ist: die Konvention garantiert nicht ein Recht auf eine schöne oder nachhaltige Umwelt. Die Konvention garantiert ein «Recht auf Gesundheit» als ein Teil des Privatlebens. Bei den Klimaseniorinnen ist dies in der Schweiz nicht mehr garantiert.

3. Die Schweiz setzt ihre eigenen Gesetze nicht um – darum verletzt sie den Schutz vor den gesundheitlichen Folgen des Klimaschutzes gravierend!

Die Schweiz hat insbesondere das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet und die Bundesversammlung hat dem zugestimmt. Damit sind die Inhalte dieser Klimakonvention für die Schweiz gültig und verpflichtend.

Darum muss auch die Schweiz die anthropogenen Störungen des Klimasystems auf einem bestimmten Niveau stabilisieren. Auch die Schweiz anerkennt, dass es eine gemeinsame, aber durchaus geteilte Verantwortung ist, die sie wahrnehmen muss.

Das Pariser Abkommen legt fest, dass wir alle möglichen Massnahmen ergreifen müssen um zu verhindern, dass der Temperaturanstieg mehr als 1.5° Celsius beträgt, und dass wir bis 2050 CO₂-Netto-Null sein müssen. Und wir haben zugesagt, dass wir uns wenn nötig Beschränkungen auferlegen, sog. *nationally determined contributions*, die jeder Staat für sich beschliessen kann und sie den anderen lediglich mitteilen muss.

Denn das Pariser Abkommen kennt auch Rechtspflichten im Sinne von Verhaltenspflichten. Nämlich in guten Treuen Massnahmen zu ergreifen, um die gesteckten Ziele zu erreichen, namentlich die Erwärmung auf 1,5 ° C zu begrenzen.

4. Das sind die konkreten Verletzungen, die der EGMR klar rügt:

Der EGMR bezieht sich auf die tatsächlichen und rechtlichen Annahmen, wie sie die Schweiz im Pariser Abkommen beschlossen hat. Eine aufwändige Prüfung (Stand 9. April 2024) ergab, dass die folgenden positiven Pflichten, die dem Staat obliegen, von der Schweiz nicht erfüllt sind. Diese stellen signifikante Verletzungen der EMRK dar:

1. Das gültige (alte, schwache) CO₂ Gesetz hat bis 2020 eine Reduktion von 20% vorgesehen, aber nur 11% erreicht.
2. Die Schweiz hat im Klimaschutzgesetz verschiedene Ziele definiert, aber keinen Massnahmenplan beschlossen.
3. Die CO₂-Reduktionsmassnahmen, die im Paris-Abkommen versprochen wurden, sind nicht umgesetzt

4. Die Schweiz hat kein CO₂-Budget definiert – und keinen Plan, dieses bis 2050 auf Netto-null abzubauen.
5. Die Schweiz hat kein griffiges, aktuelles Monitoring-System und weiss darum nicht, wo sie steht.

5. Das EGMR weist die Schweiz darum konkret an, die folgenden 5 Punkte umzusetzen und dem Ministerrat Bericht zu erstatten:

- a) Einen wirkungsvollen Plan: Ein CO₂-Budget und die Massnahmen, die das Ziel (Netto-Null) bis 2050 erreichen
- b) Zeitplan und quantitative Zwischenziele: Ein zeitlich definierter Massnahmenplan um zu zeigen, wie das Ziel in jedem Sektor und jeder Etappe erreicht werden kann – und kontrollierbar ist
- c) Ein wirkungsvolles Monitoring installieren, das zeigt, ob man on track ist
- d) Gesetze die mit den Massnahmen kohärent sind
- e) Die Ergebnisse des Monitorings regelmässig veröffentlichen und Korrekturmassnahmen einleiten, wo nötig

Empfehlung des Präsidiums: Annahme

Die SP Schweiz wird sich überall im Sinne der im Antrag ausformulierten Ziele einsetzen.

*Dieser Antrag wurde entworfen von der **SPS Subkommission Klima & Energie**
(KONTAKT: leo.keller@blueocean-sws.com; reichlin.m@bluewin.ch)
Conrad U. Brunner, Mitglied der Subkommission «Klima und Energie»*

Das vollständige Referat von Andreas Zünd kann bestellen unter info@energiespaargau.ch

**TRAKTANDUM 14:
POSITIONSPAPIER DER SP SCHWEIZ
ARZNEIMITTELKRISE: SP FORDERT PUBLIC-PHARMA-
STRATEGIE**

Das Positionspapier «Arzneimittelkrise: SP fordert Public-Pharma-Strategie» inklusive der Anträge aus Antragsfrist 2 liegt als separates Dokument vor und ist unter www.spschweiz.ch/davos2024 zu finden.

TRAKTANDUM 15: ÖFFENTLICHE KRANKENKASSE

STAND DER ARBEITEN ZUR LANCIERUNG EINER INITIATIVE ZU ÖFFENTLICHEN KRANKENKASSEN

Ausgangslage

Der Parteitag der SP Schweiz hat am 26. August 2023 die Resolution «Lancierung einer Volksinitiative für eine öffentliche und soziale Krankenkasse» angenommen. Die Resolution beinhaltet zwei Hauptpunkte:

1. Einrichtung einer öffentlichen Krankenkasse, mit regionalen/kantonalen Agenturen
2. Die Krankenkassenprämien dürfen 10% des verfügbaren Einkommens nicht übersteigen (entspricht der Forderung der Prämien-Entlastungs-Initiative, die zum damaligen Zeitpunkt noch hängig war. Sie wurde im Juni 2024 mit 55% abgelehnt.)

Entwicklungen und weitere Schritte

Arbeiten für gute Umsetzung des Gegenvorschlags in den Kantonen

Nach dem Nein zur Prämien-Entlastungs-Initiative sind nun die Kantone in der Pflicht, den Gegenvorschlag zur Initiative umzusetzen. Dieser sieht vor, dass die Kantone Sozialziele (Prämiendeckel) definieren sowie mehr Geld für Prämienentlastung zur Verfügung stellen. Der Gegenvorschlag wird voraussichtlich erst am 1. Januar 2026 in Kraft treten.

In einigen Kantonen sind kantonale Volksinitiativen hängig, in anderen sind sie in Planung. Die SP wird in den Kantonen mit viel Engagement dafür einsetzen, bei den Umsetzungen des Gegenvorschlags möglichst viel herauszuholen. Dafür braucht es weiterhin viel Druck, um allfällige Budgetkürzungen bei der Prämienverbilligung in den Kantonen zu verhindern.

Abkehr von unsozialen Kopfprämien

Während die kantonalen Umsetzungen mit den sog. Sozialzielen (Prämiendeckel) ein wichtiger Erfolg der SP-Initiative für bezahlbare Prämien ist, bleiben die Kopfprämien das eigentliche Grundproblem. Die SP wird sich auch auf nationaler Ebene dafür einsetzen, dass die Kopfprämien durch eine sozialere Finanzierung abgelöst werden.

Abklärungen und Allianzgespräche auf nationaler Ebene für eine öffentliche Krankenkasse

Auf nationaler Ebene laufen Arbeiten zu Eckwerten und Entwürfen für eine Volksinitiative für eine öffentliche Krankenkasse mit regionalen/kantonalen Agenturen und regional differenzierten Prämien. Lehren aus früheren Abstimmungen über die Einführung einer öffentlichen Krankenkasse, aber auch aus der Abstimmung zur Prämien-Entlastungs-Initiative fliessen in diese Arbeiten ein. Zusätzlich braucht es Abklärungen, um das Einsparpotential einer öffentlichen Krankenkasse schätzen zu können. Momentan sondieren SP-Exponent:innen bei möglichen

Allianzpartner:innen, ob eine gemeinsame Initiative denkbar ist. Sobald die inhaltlichen Arbeiten fortgeschritten sind, werden Parteirat und Parteitag die weiteren Entscheide fällen können.

TRAKTANDUM 16: UNTERSTÜTZUNG VON INITIATIVEN

UNTERSTÜTZUNG DER VOLKSINITIATIVE FÜR DIE UNTERZEICHNUNG DES ATOMWAFFENVERBOTSVERTRAGS

Atomwaffen stellen eine der grössten Bedrohungen für Mensch und Natur dar. Deshalb hat die UN-Generalversammlung 2017 den Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) verabschiedet. Bereits 93 Staaten haben den Vertrag unterzeichnet. Die Schweiz ist nicht dabei. Das soll sich nun dank einer Volksinitiative ändern.

Wichtigster Abrüstungsvertrag unserer Zeit

Der TPNW ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der die Entwicklung und den Einsatz von Atomwaffen verbietet. Als einziger internationaler Vertrag untersagt er zudem die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen. Der TPNW ist elementar für die internationale nukleare Abrüstung. Er verbietet Atomwaffen ebenso umfassend, wie das Übereinkommen über biologische Waffen (1972) und das Chemiewaffen-Übereinkommen (1993) biologische bzw. chemische Waffen verbieten. Damit vervollständigt er das internationale Rechtssystem gegen Massenvernichtungswaffen.

Die Unterzeichnung so vieler Staaten wie nur möglich – auch durch die Schweiz – wäre ein wichtiges Zeichen mit internationaler Strahlkraft. Denn mit dem TPNW ist das Verbot von Atomwaffen explizit im Völkerrecht verankert. Das macht den TPNW zum wichtigsten internationalen Abrüstungsvertrag unserer Zeit.

Der Bundesrat sträubt sich

2018 stimmten National- und Ständerat einer Motion von SP-Ständerat Carlo Sommaruga zu, die verlangte, dass die Schweiz den TPNW unterzeichnet und ratifiziert. Das Parlament forderte damit den Bundesrat unmissverständlich zum Beitritt auf. Dieser blieb jedoch untätig. Im Jahr darauf appellierten mehrere Schweizer Städte, darunter Basel, Bern, Genf, Luzern und Zürich an den Bundesrat, den parlamentarischen Auftrag umzusetzen. Auch zahlreiche Vertreter:innen aus der Zivilgesellschaft riefen öffentlich dazu auf, dem TPNW beizutreten. Doch der Bundesrat sträubt sich weiterhin.

Deshalb lanciert nun ein Bündnis verschiedener Organisationen eine Volksinitiative für den Beitritt der Schweiz zum TPNW. Federführend sind die GSoA (Gruppe für eine Schweiz ohne Armee) sowie ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons), die 2017 für ihr Engagement für den TPNW den Friedensnobelpreis erhielt. Sammelstart fand im Juli 2024 statt.

Initiativtext

Art. 197 Ziff. 16 (neu)

- 1 Die Schweiz wird Vertragspartei des Atomwaffenverbotsvertrags der Vereinten Nationen.
- 2 Der Bundesrat ratifiziert den Atomwaffenverbotsvertrag und übermittelt dem Generalsekretariat der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) die Ratifikation des Vertrages.

Empfehlung des Parteirats⁷: Unterstützung zur Lancierung der Initiative (Zweidrittelmehrheit).

⁷ Die Unterstützung zur Lancierung von Volksinitiativen bedarf gemäss Statuten Art. 14 Ziff. 7, lit. i eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenden.

A-3 FABIAN MOLINA UND ANDERE: UNTERSTÜTZUNG DER VOLKSINITIATIVE «FÜR GENTECHNIKFREIE LEBENSMITTEL (LEBENSMITTELSCHUTZ-INITIATIVE)»

Ausgangslage:

Das Gentech-Moratorium verbietet den Anbau und die Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen und Tieren in der Schweiz. Der Bundesrat hat vom Parlament den Auftrag einen Erlassentwurf zu erarbeiten, der Gentechnik unter gewissen Bedingungen zulässt. Bis diese Regelung in Kraft tritt, muss das Moratorium noch für zwei bis vier Jahre verlängert werden. Diese Zeit will die «Lebensmittelschutz-Initiative» nutzen, um dem Bundesrat Richtlinien für eine strikte Regulierung der Gentechnik zu geben.

Bereits hat der Bundesrat erste Eckwerte vorgestellt. Darin wird ersichtlich, er will die neuen gentechnischen Methoden (CRISPR/Cas) nicht als Gentechnik einstufen. Damit könnte Gentechnik durch die Hintertüre eingeführt werden. Gentechnisch veränderte Produkte könnten von herkömmlichen nicht mehr unterschieden werden.

CRISPR/Cas ist eine neue gentechnische Methode, die tief in das Erbgut eingreift. Sie wird auch vom Europäischen Gerichtshof klar als Gentechnik eingestuft. Würden gentechnisch veränderte Organismen (GVO) nicht dem Gentechnikgesetz unterstellt, so wäre die Wahlfreiheit für die Konsumentinnen und Konsumenten nicht mehr gewährleistet und eine gentechfreie Landwirtschaft, insbesondere Biolandwirtschaft mit Label wäre nicht mehr möglich, da Gentechfreiheit eine zentrale Qualitätsanforderung von Bio Suisse ist.

Gentechnik wird oft als Lösung gegen den Hunger in der Welt propagiert. Sie bringt aber nur mehr Patente und Marktmacht für die Agrarkonzerne, wie Corteva, Bayer, Syngenta und BASF. Gentechnik steht für eine industrielle Landwirtschaft mit viel Input an Pestiziden und Düngemittel. Im Gegensatz zu einer vielfältigen, kleinbäuerlichen Landwirtschaft mit örtlich angepasstem Saatgut.

Die «Lebensmittelschutz-Initiative» gibt dem Bundesrat und dem Parlament Richtlinien, unter welchen Bedingungen gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut und Tiere freigesetzt werden dürfen. Die Initiative wird von einer breiten Allianz getragen, der die Schweizerische Allianz Gentechfrei (SAG), StopOGM, Bio Suisse, Kleinbauern-Vereinigung, Uniterre, SWISSAID, die Stiftung für direkte Demokratie sowie Politiker:innen von SP bis SVP angehören.

Forderungen der «Lebensmittelschutz-Initiative»:

1. **Risikoprüfung** zum Schutz von Mensch und Umwelt gemäss dem Vorsorgeprinzip.
2. **Wahlfreiheit** durch Kennzeichnungspflicht und Transparenz im Verkaufsregal.
3. **Haftungsregeln und Koexistenzmassnahmen** gemäss dem Verursacherprinzip zum Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft.
4. **Keine Patente** auf gentechnikfreies Saatgut zum Schutz der gentechnikfreien Züchtung.
5. **Förderungen der konventionellen Züchtung** zur Förderung der genetischen Vielfalt zum Schutz der Ökologie und Resilienz der Landwirtschaft.

Antrag:

Die SP Schweiz unterstützt die Volksinitiative «Für gentechnikfreie Lebensmittel (Lebensmittelschutz-Initiative)».

Empfehlung des Präsidiums⁸: Unterstützung der Initiative (Zweidrittelmehrheit).

Eingereicht von: Fabian Molina, Martina Munz, Matthias Aebischer, Emmanuel Amoos, Nadine Masshardt

⁸ Die Unterstützung zur Lancierung von Volksinitiativen bedarf gemäss Statuten Art. 14 Ziff. 7, lit. i eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenden.

TRAKTANDUM 18: RESOLUTIONEN

R-2 ZUM NAHEN OSTEN

RESOLUTION DES PRÄSIDIUMS: FÜR EINEN SOFORTIGEN WAFFENSTILLSTAND UND EINEN GERECHTEN FRIEDEN IM NAHEN OSTEN!

Diese Ergänzung der Resolution vom 24. Februar 2024 reagiert auf die zwischenzeitlich erfolgte brutale Eskalation im Gaza-Krieg seitens der israelischen Regierung.

Verabschiedet vom Präsidium der SP Schweiz am 9.9.2024

Die SP verurteilt die durch den israelischen Staat und die Hamas ausgeübte brutale Gewalt gegen Zivilist:innen aufs Schärfste. Es gibt keine Rechtfertigung für die Angriffe der israelischen Armee auf Zivilpersonen, für die Bombardierung von Wohnhäusern, Schulen, Krankenhäusern, Gebetshäusern und Flüchtlingslagern oder für willkürliche Verhaftungen und Folter im Gazastreifen und im Westjordanland. Die Netanyahu-Regierung zielt dabei nicht auf eine rasche und friedliche Beendigung des Gaza-Krieges und selbst nicht auf die Bereitstellung einer sicheren Zone für über zwei Millionen Menschen im Gazastreifen ab. Stattdessen ist sie angesichts sinkender Zustimmungswerte primär auf den eigenen Machterhalt bedacht. Der andauernde Krieg mit mittlerweile über 40'000 Todesopfern dient ihr, trotz zunehmender interner Kritik, an der Macht zu bleiben. Zu diesem Zweck wird die Verursachung enormen menschlichen Leids durch die israelischen Streitkräfte in den besetzten palästinensischen Gebieten sowie das hohe Risiko eines regionalen Flächenbrands in Kauf genommen. Ebenso gibt es keine Rechtfertigung für die Angriffe – die gezielte Tötung, die sexualisierte Gewalt und die Geiselnahmen von Zivilist:innen – der Hamas vom 7. Oktober 2023 auf Israel. Gezielte Angriffe auf Zivilist:innen sind immer und unter allen Umständen vorbehaltlos zu verurteilen.

Es braucht einen sofortigen Waffenstillstand, um humanitäre Hilfe sofort leisten zu können und als Grundlage für Friedensverhandlungen: Die humanitäre Lage im Gazastreifen ist katastrophal. Die Menschen im Gazastreifen brauchen dringendst die Auslieferung substanzieller humanitärer Hilfe, was jedoch ohne Waffenstillstand nicht umsetzbar ist. Zudem ist ein sofortiger und anhaltender Waffenstillstand notwendig, um eine realistische Chance auf eine Verhandlungslösung zu schaffen. Ein gerechter und dauerhafter Frieden in Israel-Palästina muss das Ziel bleiben. Angesichts der aktuellen Eskalation sind die untenstehenden Punkte dringender denn je.

Alle Parteien müssen ihre Waffen sofort niederlegen. Sie tragen die Verantwortung für ihre Verbrechen. Die Hamas muss ihre völkerrechtswidrigen Angriffe gegen die israelische Zivilbevölkerung sofort stoppen und alle Geiseln bedingungslos freilassen. Sie trägt die Verantwortung für die Angriffe aus dem Gazastreifen und darf die Zivilbevölkerung im Gazastreifen nicht gefährden. Israel hat das Recht, sich selbst, sein Land und seine Bürger:innen zu schützen. Am 7. Oktober 2023 hatte Israel das Recht, den Angriff abzuwehren und Recht und Ordnung wiederherzustellen.

Israels andauernde und unverhältnismässige Kriegshandlungen im Gazastreifen sind jedoch in keiner Weise rechtmässig und müssen sofort gestoppt werden: Kollektive Vergeltungsmassnahmen, Angriffe auf zivile Infrastruktur und das Aushungern von Zivilpersonen als Methode der Kriegsführung sind durch das humanitäre Völkerrecht verboten.

Die SP bekräftigt ihre Forderung, sofort jede militärische Zusammenarbeit und jeden Kriegsmaterialhandel mit sämtlichen beteiligten Staaten in der Region einzustellen. Spätestens seit der Inkraftsetzung des Gegenvorschlags zur Korrektur-Initiative am 1. Mai 2022 ist dies nur schon deshalb geboten, weil das Schweizer Gesetz keine Kriegsmaterialexporte erlaubt, wenn das Bestimmungsland in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist oder die Menschenrechte schwerwiegend und systematisch verletzt. Zudem fordert die SP Schweiz den Bundesrat auf, allfällige Kooperationen von Akteuren mit Sitz in der Schweiz (Unternehmen, staatliche Behörden, Bildungsinstitutionen) mit allenfalls am Krieg beteiligten Institutionen zu überprüfen und gegebenenfalls zu beenden oder zu sistieren. Die Beteiligung von Schweizer Akteuren an Vorbereitungshandlungen zu Kriegsverbrechen von allen Seiten muss verhindert werden.

Das internationale Recht ist so stark wie der Wille der Staaten, es durchzusetzen. Als Unterzeichnerin des Übereinkommens über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (Genozidkonvention) muss die Schweiz alles in ihrer Macht Stehende tun, um einen Völkermord zu stoppen. Der Zwischenentscheid des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag über die Klage Südafrikas anerkennt zahlreiche Verstösse Israels gegen das humanitäre Völkerrecht und erachtet den Vorwurf als plausibel, dass Israel genozidale Handlungen begeht. Dieser Gerichtsentscheid fordert klare politische Reaktionen von den Vertragsparteien der Völkermordkonvention, um weitere Traumata, weiteres Töten, weiteren Schaden und weiteres Hungern zu verhindern.

Die israelische Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten ist sofort zu stoppen. Die Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten – durch die Zerstörung palästinensischer Häuser und die Errichtung neuer Wohnungen in den Siedler-Kolonien – bildet einen schweren Verstoss gegen das humanitäre Völkerrecht. Dahinter steht eine Strategie der vollendeten Tatsachen. Die seit dem 7. Oktober 2023 massiv zugenommene und tödliche Gewalt durch das israelische Militär und radikale Siedler:innen gegen Palästinenser:innen im Westjordanland muss sofort gestoppt werden. So hielt auch der International Gerichtshof (IGH) am 19. Juli 2024 in seinem Rechtsgutachten fest, dass Israels Präsenz in den besetzten palästinensischen Gebieten völkerrechtswidrig ist und so bald wie möglich beendet werden muss. Israel muss gemäss Internationalem Gerichtshof jegliche neue Siedlungsaktivität sofort stoppen. Alle Staaten, auch die Schweiz, sind verpflichtet, die durch die unrechtmässige Präsenz Israels im besetzten palästinensischen Gebiet entstandene Situation nicht als legal anzuerkennen und keine Unterstützung zur Aufrechterhaltung dieser Situation zu leisten. Weiter hat der UNO-Gerichtshof festgehalten, dass der Staat Israel verpflichtet ist, Wiedergutmachung für den Schaden zu leisten, der allen betroffenen natürlichen oder juristischen Personen im besetzten palästinensischen Gebiet zugefügt wurde. Die Schweiz soll die Sanktionen der EU – Einreiseverbote und Vermögenssperren – gegen israelische Siedler:innen, welche die Menschenrechte von Palästinenser:innen verletzte haben, übernehmen. Entsprechend sollen deren Einreisegesuche nicht mehr vom Schweizer Konsulat in Tel Aviv bearbeitet werden.

Die Achtung des Völkerrechts bleibt entscheidend für einen nachhaltigen Frieden. Es gibt keinen gerechten und nachhaltigen Frieden ohne Achtung des Völkerrechts. Jede Verhandlungslösung muss von den folgenden drei Säulen ausgehen: das Ziel der Zweistaatenlösung auf der Grundlage der Grenzen von 1967; die Anerkennung des Rückkehrrechts; und die Klärung des Status von Jerusalem, die sowohl Palästina als auch Israel für sich als Hauptstadt beanspruchen. Die nach wie vor aktuelle Genfer Initiative, welche wieder aufgenommen werden sollte, hat aufgezeigt, dass diese Fragen auf der Grundlage des Völkerrechtes lösbar sein könnten. Die SP fordert mit Nachdruck, Friedensverhandlungen auf diesen drei Säulen zu führen. Gleichzeitig ist zu unterstreichen, dass alle Beteiligten sich an das humanitäre Völkerrecht halten müssen. Die Achtung des humanitären Völkerrechts ist Grundlage für den Schutz der Zivilbevölkerung und den Fortbestand des Friedenswillens. Alle Angriffe und Massnahmen gegen die Zivilbevölkerung sind unannehmbar, von welcher Seite sie auch immer ergriffen werden: seien es die komplette Blockierung des Gazastreifens, die wahllosen Bombardierungen, die kollektiven Vergeltungsaktionen gegen die Bevölkerung des Gazastreifens, die Siedlungen in den besetzten Gebieten oder seien es die militärischen Angriffe, welche die Hamas und andere bewaffnete Gruppen gezielt gegen die israelische Zivilbevölkerung richten. Die SP ruft alle Parteien auf, humanitären Organisationen wie dem Roten Kreuz uneingeschränkten Zugang zu Gefangenen und Verletzten zu gewähren.

Die von der Hamas am 7. Oktober 2023 entführten israelischen Geiseln sind sofort freizulassen. Der Bundesrat soll danach Palästina in den auf der UNO-Sicherheitsratsresolution 242 vom 22. November 1967 basierenden Grenzen anerkennen, so wie sie auch in den Osloer Friedensgesprächen bestätigt und vereinbart wurden. Die Anerkennung Palästinas ist auch ein klares Bekenntnis zur Zweistaatenlösung, welche das Existenzrecht Israels voraussetzt.

Die Schweizer Aussenpolitik unterstützt aktiv demokratische und friedliche Lösungen sowie die Arbeit der UNO. Ein fairer und inklusiver Multilateralismus auf der Grundlage des Völkerrechts ist entscheidend, um sich einem gerechten und nachhaltigen Frieden anzunähern. Die Schweizer Aussenpolitik muss alles unternehmen, um die UNRWA als Hauptträgerin des Multilateralismus in der Region vor ungerechtfertigten Angriffen zu schützen und deren nachhaltige Finanzierung sicherzustellen; dem Anheizen des Konfliktes durch Interventionen von Gross- sowie Regionalmächten entschieden entgegenzutreten und stattdessen alle konstruktiven Ansätze zu unterstützen. Zentral ist ferner der Einsatz der Schweizer Aussenpolitik für ein geeintes Palästina und die Unterstützung der darauf hinarbeitenden Kräfte für einen demokratischen Staat. Doch die Schweiz nimmt ihre Verantwortung für die Einhaltung des Völkerrechts bisher ungenügend wahr. Am 26. Juni 2024 entschied der Bundesrat, nur die Hälfte des Schweizer Beitrags an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für palästinensische Geflüchtete im Nahen Osten (UNRWA) auszubehalten. Dies ist angesichts der Hungerkrise und der verheerenden medizinischen Situation im Gazastreifen verantwortungslos. Der Bundesrat muss sich vehement für ungehinderten humanitären Zugang sowie eine sichere Gesundheitsversorgung im Gazastreifen einsetzen. Im Sicherheitsrat und in der Generalversammlung der Vereinten Nationen enthielt sich die Schweiz, als es darum ging, den palästinensischen Staat und die Rechte der Bevölkerung anzuerkennen bzw. eine Empfehlung zur Aufnahme Palästinas als UNO-Vollmitglied auszusprechen. Auch ist das Engagement der Schweiz zur Erreichung eines Waffenstillstandes bisher zu zurückhaltend. Weiter muss sich der Bundesrat aktiver für die Befreiung aller israelischer Geiseln sowie für die Freilassung aller politischer palästinensischer Gefangener ohne Gerichtsverfahren einsetzen.

Es braucht eine Unterstützung friedensorientierter Kräfte. Israel und Palästina brauchen keine einseitigen Schuldzuweisungen und keine weitere Verschärfung der Spannungen, sondern eine politische Grundlage, damit in der ganzen Region namentlich jene (meist zivilgesellschaftlichen) Kräfte gestärkt werden, die für Menschenrechte, Demokratie und einen gerechten und nachhaltigen Frieden eintreten. Das gelingt nur, wenn der Fokus nicht auf das Anheizen der Negativspirale gelegt wird. Vielmehr geht es darum, die Ansatzpunkte für positive Entwicklungen zu identifizieren und diese zu stärken. Deshalb ist eine Unterstützung friedensorientierter Stimmen, die den Menschenrechten sowie der Demokratie verpflichtet sind, zu intensivieren. Die Schweizer Aussenpolitik muss ihre Arbeit und Unterstützung jener zivilgesellschaftlichen Kräfte in der ganzen Region intensivieren, die für Menschenrechte, gute Gouvernanz, Gerechtigkeit und Versöhnung eintreten. Den vielfältigen Versuchen, deren Handlungsspielraum einzuschränken («shrinking space»), muss entschieden entgegengetreten werden.

Es braucht einen sofortigen Stopp der strukturellen Diskriminierung von Palästinenser:innen durch den israelischen Staat: Neben der inakzeptablen Siedlungspolitik muss auch die strukturelle Diskriminierung von Palästinenser:innen durch den israelischen Staat auf israelischem Staatsgebiet und in den besetzten Gebieten sofort gestoppt werden. Diese Ungleichbehandlung widerspricht diametral den völkerrechtlich verankerten Menschenrechten und steht einem nachhaltigen Frieden im Wege.

Die SP fordert Israel auf, die Errichtung der Trennmauer zu stoppen und bestehende Abschnitte abzureissen. Indem Israel auf palästinensischem Gebiet eine Sperranlage errichtete und damit de facto palästinensisches Gebiet annektierte, verletzt es internationales Recht. Wie der Internationale Gerichtshof in seinem Rechtsgutachten festhielt, muss Israel mit Errichtung der Trennmauer stoppen und bereits bestehende Abschnitte auf palästinensischem Gebiet abreißen.⁹

Die SP fordert ein Ende der Straflosigkeit und die Verfolgung aller Kriegsverbrechen. Der Schweizer Bundesrat wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die israelische Regierung und die palästinensischen Behörden angemessene Massnahmen ergreifen, um unabhängige, glaubwürdige und mit den internationalen Standards vereinbare Untersuchungen über die Verletzungen des humanitären Völkerrechts während den bewaffneten Konflikten zwischen den beiden Kriegsparteien durchzuführen. Ermittlungen des internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) gegen die Hamas und die israelische Regierung müssen von allen Parteien unterstützt werden. Der Bundesrat muss sich öffentlich dazu verpflichten, die Haftbefehle des IStGH gegen Netanyahu und Gallant wie auch gegen Hamas-Führer Yahya Sinwar durchzusetzen, falls der IStGH beschliesst, diese auszustellen (Mohammed Diab Ibrahim Al-Masri und Ismail Haniyeh, gegen die ebenfalls ein Haftbefehl beantragt wurde, sind in der Zwischenzeit getötet worden).

Die SP Schweiz ruft die Kantonsregierungen und Hochschulen auf, das Demonstrationsrecht zu respektieren und entschieden gegen Antisemitismus und Rassismus vorzugehen. Antisemitische Parolen und Übergriffe sowie Rassismus haben in der Schweiz keinen Platz. Gleichzeitig fordert die SP Schweiz die Kantonsregierungen und die Hochschulen auf, das Recht auf Meinungsäusserung und das Demonstrationsrecht zu respektieren. Insbesondere der übertriebene Einsatz von Ordnungskräften, juristischen Instrumenten und die Bewilligungsgebühren

⁹ Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshof vom 19. Dezember 2003: <https://www.icj-cij.org/fr/affaire/131>

sind ein nicht zulässiger Eingriff in diese Grundrechte. Weiter verurteilt die SP die Diskreditierung friedlicher Bewegungen.

Verständnis und Austausch müssen gefördert werden. Auch die SP anerkennt ihre Verantwortung, ihre Kontakte zu jenen Stimmen in Israel, in Palästina und weltweit zu verstärken, die zu einem gegenseitigen Verständnis der israelischen und palästinensischen Bevölkerung und zur Stärkung der Gerechtigkeits- und Friedensstimmen beitragen und sich von jenen zu distanzieren, welche die Konfrontation suchen.

ZUSATZRESOLUTION CARLO SOMMARUGA UND ANDERE: FÜR EIN ENDE DER GEWALT GEGEN DAS PALÄSTINENSISCHE VOLK UND DER BESATZUNG

Eingereicht am 11.09.2024

Antrag eingereicht von:

Carlo Sommaruga, Ständerat, GE und Alice Froidevaux, Delegierte SP St. Gallen, SG

*Unterzeichner*innen:*

Emmanuel Amoos, Nationalrat, VS / Martine Docourt, Nationalrätin, NE / Claudia Friedl, Nationalrätin, SG / Fabian Molina, Nationalrat, ZH / Farah Rummy, Nationalrätin, SO / Mario Carrera, ehemaliger DEZA-Chef in Palästina, Mitglied der Internationalen Kommission der SPS, BE / Dominique Hausser, Präsident SP Courgenay, Co-Präsident SP60+ Schweiz, JU / Jean-Paul Perronace, Delegierter SP Grenchen, SO / Sylvain Thévoz, Grossrat, GE

Damit sich die Schweiz im Einklang mit ihren Werten und internationalen Verpflichtungen konsequent für Gerechtigkeit und Menschenwürde einsetzt.

Seit einem Jahr wird das palästinensische Volk vor den Augen der Weltöffentlichkeit getötet und ausgehungert. Die Besatzungsmacht Israel tötet zehntausende Zivilist:innen in Gaza und dem Westjordanland, darunter sehr viele Kinder, verhaftet und foltert unter anderem medizinisches Personal, zielt absichtlich auf Journalist:innen, schränkt die humanitäre Hilfe dramatisch ein, zerstört Krankenhäuser, Schulen, Wohnungen und Kulturgüter und baut weiter illegale Siedlungen im Westjordanland aus. Diese Gewalt gegen das palästinensische Volk hat nicht erst mit den grausamen Verbrechen der Hamas am 7. Oktober begonnen, die klar zu verurteilen sind. Der Westen könnte der illegalen Besatzung und den unverhältnismässigen Militäroperationen Israels ein Ende setzen, unterstützt sie aber weiterhin. Überall auf der Welt mobilisieren sich Studierende, Arbeiter:innen, Anwalt:innen, Abgeordnete und Mitglieder der Zivilgesellschaft für ein Ende der Besatzung und der Massaker an der Zivilbevölkerung. Angesichts der anhaltenden Gewalt und der humanitären Katastrophe ruft die SP Schweiz zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk auf und fordert vom Bundesrat und Parlament konkrete und mutige Massnahmen:

1. **Sofortiger Waffenstillstand:** Die Schweiz muss sich entschieden für einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand einsetzen. Alle bewaffneten Akteur:innen müssen ihre Angriffe einstellen und die Zivilbevölkerung schützen.

2. **Humanitäre Hilfe:** Die Schweiz muss ihre humanitäre Unterstützung für die Bevölkerung in Gaza und im Westjordanland verstärken, insbesondere durch die Beibehaltung und eine substanzielle Erhöhung des Schweizer Beitrags für die UNWRA.
3. **Waffenembargo gegen Israel:** In Übereinstimmung mit den internationalen Beschlüssen fordern wir die sofortige Einstellung jeglicher Waffenlieferungen und Militärkooperation mit Israel, solange die völkerrechtswidrige Besatzung anhält.
4. **Ende der Besatzung:** Die Schweiz muss sich aktiv für das Ende der israelischen Besatzung einsetzen und eine gerechte und dauerhafte politische Lösung der palästinensischen Frage unterstützen, basierend auf den Resolutionen des UN-Sicherheitsrats.
5. **Geiseln und Gefangene:** Die Schweiz soll von allen Konfliktparteien die sofortige Freilassung aller Personen verlangen, die als Geiseln genommen, ohne Gerichtsverfahren inhaftiert oder aus politischen Gründen inhaftiert wurden.

Die Schweiz muss als Hüterin der Genfer Konventionen und Unterzeichnerin des Völkermord-Konvention ihrer Verantwortung gerecht werden und die wiederholten Verletzungen des humanitären Völkerrechts entschieden verurteilen. Sie muss sich dafür einsetzen, dass alle Kriegsverbrechen untersucht, die Verantwortlichen vor Gericht gestellt und die Zivilbevölkerung geschützt wird. Es ist höchste Zeit, dass die Schweiz auf der internationalen Bühne eine entschlossene Position einnimmt und sich im Einklang mit ihren Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht, die kürzlich vom Internationalen Gerichtshof in Erinnerung gerufen wurden, aktiv für die Beendigung jeglicher direkter oder indirekter Unterstützung der Besatzung und der Gewalt gegen die palästinensische Bevölkerung einsetzt.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme der beiden Resolutionen zum Nahen Osten.

Die Zusatzresolution ist eine Ergänzung der umfassenden Nahost-Resolution, welche das Präsidium am 9.9.2024 verabschiedet hat und die es dem Parteitag in Davos unterbreitet. Die Zusatzresolution geht auf die Geschehnisse in Nahost bis zu deren Einreichung am 11.09.2024 ein.

R-3 ANNA MIOTTO (JUSO) UND ANDERE: FÜR DEN KAMPF FÜR EINE BESSERE WELT: RAUS AUS DEM BUNDESRAT, AUF IN DIE OPPOSITION!

(verschoben vom Parteitag vom 24.02.2024)

Innerhalb der SP war und ist die Regierungsbeteiligung eine oft geführte Debatte. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts zog die SP erstmals in die Kantonsregierungen ein. Die Frage der Regierungsbeteiligung führte zu heftigen Konflikten innerhalb der Partei, vor allem wegen des häufigen Einsatzes von Polizei und Militär gegen Streikende, insbesondere während des Landesstreiks von 1918. Ähnliches kann heute bei linken Vorsteher:innen des Polizei- und Justizdepartements beobachtet werden. So setzte sich SP-Regierungsrat Freddy Fässler 2021 für das, laut den DJS rechtsstatlich höchst problematische, PMT (Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus) ein¹⁰.

Auch auf Bundesebene ist die Regierungsbeteiligung eine viel geführte Diskussion. Nachdem sich die SP zwischen 1953 und 1959 der Opposition verschrieben hat, ist die Partei bis heute immer mit zwei Bundesrät:innen in der Landesregierung vertreten. Trotzdem wurde und wird die Regierungsbeteiligung oft diskutiert, so wurde zum Beispiel nach der Nichtwahl von Lilian Uchtenhagen 1983 ein ausserordentlicher Parteitag zur Thematik einberufen und auch 10 Jahre später, nach der Nichtwahl von Christiane Brunner, wurde die Debatte zur Regierungsbeteiligung ein weiteres Mal geführt¹¹.

Es gibt viele Gründe für und gegen die Regierungsbeteiligung - es ist eine ideologische und strategische Frage. Als Linke ist es unsere Pflicht, uns diese Frage immer wieder zu stellen. Wir müssen abwägen, welche Option uns näher an unser Ziel bringt, eine solidarische, ökologische und gerechte Gesellschaft aufzubauen. Dabei muss eine langfristige Perspektive beachtet werden. Neben der Frage, was uns die Regierungsbeteiligung im Moment (nicht) bringt, müssen wir uns auch fragen, was die Regierungsbeteiligung uns ermöglicht oder woran sie uns in Zukunft hindern könnte.

Vorteile von einer Regierungsbeteiligung sind vor allem die Mitbestimmung im Bundesrat und eine gewisse Gestaltungsfreiheit im Departement. Es ist unbestritten, dass sich die Arbeit des Bundesrats mit der SP von der Arbeit ohne die SP unterscheidet. So sind Entscheide, welche die SP in einer Allianz mit Mitte und FDP trifft weniger rechts, als wenn die SP aus dieser Gleichung ausgenommen wird. Und das kann für viele Menschen einen grossen Unterschied machen. Allerdings muss dennoch betont werden, dass diese Macht auf die Verwaltung und auf Verordnungen beschränkt ist. Es ist nämlich das - stark rechtslastige - Parlament, das die Gesetze verabschiedet und somit problemlos einen Gesetzesentwurf, der ihm «zu links» erscheint, nach Belieben ändern kann. Was die Gestaltungsfreiheit im Departement angeht, zeigt sie sich zum Beispiel am Wechsel der Spitze des UVEK. Durch Albert Rösti's Einfluss haben sich etwa die Prioritäten geändert. "Während das Bundesamt für Strassen und das Bundesamt für Energie aufgewertet wurden, hat das Bundesamt für Umwelt weniger Gewicht als zu Zeiten von Bundesrätin Sommaruga.", schreibt die

¹⁰ <https://www.djs-jds.ch/de/1848-nein-zum-pmt-rechtsstaatliche-prinzipien-sind-nicht-verhandelbar>

¹¹ <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017393/2022-01-24/>

Republik¹². Auch im EJPD hat Sommaruga viele Erfolge verzeichnet: In vielen kleinen Schritten hat sie etwa das Adoptionsrecht und das Eherecht von queeren Paaren verbessert.

Allerdings bringt die Beteiligung der SP im Bundesrat auch grosse Probleme mit sich. Zunächst einmal ist sie ein Mittel zur sozialen Stabilisierung. Indem sie die Linke in ihre Entscheidungen einbezieht, gelingt es der Rechten, eine Infragestellung der etablierten Ordnung zu verhindern, d.h. einer Gesellschaft, die auf der Ausbeutung von Arbeitnehmenden, der Diskriminierung sozialer Gruppen und der Zerstörung der Umwelt beruht. Denn die Beteiligung der Linken an den unsozialen Entscheidungen der Regierung erweckt den Eindruck, dass dies auch ihre eigenen Entscheidungen sind und dass diese daher im Grunde gar nicht so schlecht sind, wie es den Anschein hat. Dieser Effekt verstärkt sich, je schwerer es der SP fällt, die Politik in den von ihren Mitgliedern geleiteten Departementen und sogar im weiteren Sinne die Positionen des gesamten Bundesrates zu kritisieren. Folglich wirkt sich die Regierungsbeteiligung auf die allgemeine politische Positionierung der Partei aus. Das führt zu weniger konsequenten Positionen und eine grössere Kompromissbereitschaft. Die Beteiligung der SP im Bundesrat hindert die Partei also daran, die Rolle zu spielen, die ihr eigentlich zukommen sollte: Partei der Alternative und der Hoffnung auf eine bessere Welt zu sein. Somit hat die Bundesratsbeteiligung weitreichende Konsequenzen, was die Wahrnehmung der Partei in der breiten Bevölkerung anbelangt und für ihre Fähigkeit, die Massen zu mobilisieren. Denn aufgrund des Kollegialitätsprinzips mussten bereits einige SP-Bundesrät:innen Positionen vertreten, die den Prinzipien der gesamten Linken vehement widersprechen. Der prominenteste Fall ist sicherlich der von Alain Berset in der Kampagne für die AHV21. Im Rahmen dieser Kampagne reiste er durch das ganze Land, um die Reform zu verteidigen, die am Abstimmungssonntag mit einer Differenz von nur 31'195 Stimmen angenommen wurde. Laut einer Umfrage von Tamedia stimmten 25% der SP-Wähler:innenschaft für die Reform, was angesichts der Bedeutung, die diese Vorlage in den Augen der gesamten Linken, der feministischen Bewegung und der Gewerkschaften hatte, eine beachtliche Zahl ist. Es wäre naiv zu glauben, dass der Einsatz von Bundesrat Alain Berset für das Ja nicht auch ein Grund für die Zustimmung eines Viertels der SP-Stimmbürger:innen gewesen wäre. Die Beteiligung am Bundesrat hat also konkret dazu geführt, dass eine der patriarchalsten und unsozialsten Reformen der letzten Jahre angenommen wurde, und dass die Beziehungen zwischen der SP und der feministischen Bewegung sowie der Gewerkschaftsbasis, vor allem in der Westschweiz, viel angespannter geworden sind. Es ist auch ein verheerendes Signal an die Bevölkerung, die alles andere als Lust hat, sich in der Partei zu engagieren, deren Vertreter*innen im Bundesrat und somit die bekanntesten Gesichter der Partei, für solche Vorlagen einstehen.

In der aktuellen Situation überwiegen die Nachteile einer Bundesratsbeteiligung eindeutig die Vorteile. Wir leben in einer krisengeschüttelten Welt und die Bevölkerung bekommt die Folgen heftig zu spüren: explodierende Lebenshaltungskosten, patriarchaler Backlash, Klimakrise, um nur einige Beispielen zu nennen. Die grundlegende Transformation unserer Gesellschaft ist nicht mehr nur notwendig, sondern unverzichtbar. Es wird uns aber nicht gelingen, die Bevölkerung zu mobilisieren und eine Bewegung aufzubauen, die dieses ungerechte System stürzen kann, wenn wir uns an der Regierung beteiligen und damit die Positionen der rechten Mehrheit des Bundesrates verteidigen. Die Linke ist derzeit leider nicht nur nicht auf dem Vormarsch, sondern sogar auf dem

¹² <https://www.republik.ch/2023/12/08/das-grobe-ueberlaesst-er-anderen>

Rückzug, wie die letzten eidgenössischen Wahlen gezeigt haben. Der leichte Zuwachs der SP, der vor allem auf Kosten der Grünen geht, sollte für niemanden ein Grund zur Freude sein.

Es ist daher an der Zeit, einen Schlussstrich unter einer zum Scheitern verurteilten Strategie zu ziehen. Wir müssen jetzt in die Opposition gehen, eine Allianz mit der gesamten Linken, den sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften aufbauen und die Vision einer besseren Welt zu verbreiten, um in der Bevölkerung Hoffnungen zu wecken, sie zu mobilisieren und damit die Gesellschaft umzugestalten. Ausserhalb des Bundesrats kann die SP die rechtsbürgerliche Regierung unter Druck setzen und weiterhin dafür sorgen, dass die konkreten Sachgeschäfte stärker im Interesse der 99% ausgestaltet werden. Vor allem aber kann die SP die vollständige Glaubwürdigkeit nutzen und die Alternative bieten, welche die Welt so dringend braucht. **Deshalb müssen wir als SP der Geschichte gerecht werden und von unseren Bundesrät:innen den sofortigen Rücktritt fordern, damit wir gemeinsam eine bessere Welt aufbauen können.**

Empfehlung des Präsidiums und der Parteiratsleitung: Ablehnung.

Begründung: Das Präsidium und die Parteiratsleitung haben die Resolution der JUSO sorgfältig geprüft und diskutiert. Beide empfehlen die Resolution abzulehnen, weil damit unser gemeinsamer Einsatz für eine soziale Schweiz geschwächt würde. Wie die JUSO richtig feststellt, ist der Einsitz im Bundesrat auch mit Gestaltungsmöglichkeiten verbunden. Die Zusammenarbeit zwischen unseren Parlamentsmitgliedern, dem Fraktions- und Parteipräsidium sowie den Bundesrät:innen funktioniert gut. Wenn immer möglich, versuchen wir den bestehenden Gestaltungsspielraum für die Umsetzung sozialdemokratischer Forderungen zu nutzen. Der Umstand, dass unsere Bundesrät:innen aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat und des Kollegialitätsprinzips teilweise gegen unsere Initiativen oder von uns unterstützte Vorlagen antreten müssen, lässt sich leider nicht verhindern. Nichtsdestotrotz werten wir den Einfluss und die Mitgestaltungsmöglichkeit im Bundesrat als wichtiger. Da die Forderung der Resolution in unseren Augen weder sinnvoll noch erfüllbar ist, lehnen wir die Resolution ab. Selbstverständlich werden Parteipräsidium und Parteirat ihren Beitrag leisten zu einer besseren Vertretung der fortschrittlichen Kräfte in der Landesregierung. Die Partei wird die kritisch-solidarische Zusammenarbeit mit unseren Vertreter:innen im Bundesrat weiter pflegen.

Unterzeichner:innen: Anna Miotto (JUSO), Thomas Bruchez (JUSO), Nicola Siegrist (JUSO), Mirjam Hostetmann (JUSO), Rosalina Müller (JUSO), Mélanie Rufi (JUSO), Léonie Schubiger (JUSO), Mathilde Mottet (JUSO), Mayra Facio (JUSO), Elena Kasper (JUSO), Léa Dubochet (JUSO)

R-4 DER SP FRAUEN: SEXARBEIT IST ARBEIT: EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE!

Die SP Schweiz setzt sich für ein gutes und freies Leben für alle ein, unabhängig von der Arbeit oder dem Aufenthaltsstatus. Wir definieren Sexarbeit zunächst als Arbeit, bei der eine sexuelle Dienstleistung einvernehmlich gegen Geld getauscht wird. Selbstbestimmte Sexarbeit ist kein Randphänomen. Es muss anerkannt werden, dass in diesem Gewerbe oft Frauen arbeiten, die von zahlreichen Diskriminierungen betroffen sind. So sind sie einem höheren Risiko von Gewalt ausgesetzt. Die SP Schweiz stellt sich klar gegen das Nordische Modell. Ein Verbot sexuelle Dienstleistungen zu kaufen, verschlechtert die Arbeitsbedingungen von Sexarbeitenden und zwingt sie, an gefährlichen Orten zu arbeiten und gesundheitsgefährdende Sexualpraktiken zu akzeptieren

Die Schweiz verfolgt einen reglementierenden Ansatz. Dabei wird Sexarbeit legalisiert, um Kriminalität zu unterdrücken und Sexarbeiter:innen zu schützen. Die Rahmenbedingungen definieren die Kantone, bzw. Gemeinden. Dabei ist eine allgemeine Tendenz zu beobachten, dass Sexarbeiter:innen rechtlich nicht mit anderen Arbeitnehmenden gleichgestellt sind. So müssen Sexarbeiter:innen unabhängig von ihrer Nationalität oftmals Genehmigungen einholen, sich bei den Behörden registrieren lassen und ihre Tätigkeit ist geografisch eingeschränkt. Sexarbeiter:innen in der Schweiz sind rechtlich und faktisch noch nicht mit anderen Arbeitnehmer:innen gleichgestellt, insbesondere aufgrund der bürokratischen Hürden, die Menschen mit Migrationshintergrund auferlegt werden. Sexarbeiter:innen aus Drittstaaten können nach dem geltenden Ausländer- und Integrationsgesetz keinen eigenständigen Aufenthaltsstatus erlangen. Dies drängt sie in die Illegalität und setzt sie dem Risiko von Bussgeldern oder sogar Ausweisungen und Einreiseverboten aus.

Es ist wichtig, Sexarbeit von Menschenhandel zu unterscheiden. Menschenhandel ist eine Straftat, bei der eine Person durch Gewalt, Täuschung, Drohung oder Zwang angeworben, vermittelt und ausgebeutet wird.¹³ Obwohl Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung die sichtbarste Form von Menschenhandel ist, ist es falsch und paternalistisch, alle Sexarbeiter:innen als Opfer von Menschenhandel zu betrachten.

In Europa gibt es verschiedene Ansätze, wie Staaten mit Sexarbeit umgehen. Der prohibitionistische Ansatz verbietet Sexarbeit, indem er Sexarbeiter:innen, Freier und Zuhälter bestraft. Der abolitionistische Ansatz zielt auf die Abschaffung der Sexarbeit ab: Er bestraft nicht die Sexarbeiter:innen direkt, sondern die Kund:innen, da er alle Sexarbeiter:innen als Opfer betrachtet.

Für ein freies selbstbestimmtes Leben

Die SP Schweiz setzt sich dafür ein, dass Menschen nicht aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Hautfarbe diskriminiert werden. Sexarbeit ist eine von vielen Möglichkeiten, den eigenen Lebensunterhalt zu finanzieren. Dennoch ist es keine Arbeit wie jede andere, denn die meisten Sexarbeiter:innen sind mit einer brutalen Kombination aus Mysogynie, Rassismus und Armut konfrontiert. Deshalb setzen wir uns für eine Verbesserung ihrer

¹³ <https://www.fedpol.admin.ch/fedpol/fr/home/kriminalitaet/menschenhandel.html>

materiellen Situation ein. Wir lehnen die Kriminalisierung von Sexarbeit ab, und damit lehnen wir auch die Bestrafung der Freier (nordisches Modell) als auch die Bestrafung der Arbeiter:innen ab. Die Verteidigung von Sexarbeiter:innen bedeutet also, gegen restriktive Migrationsgesetze, Prekarität, Rassismus und Sexismus sowie gegen Gewalt gegen Frauen einzustehen.

- **Gegen Stigmatisierung und Kriminalisierung**

Die SP Schweiz stellt sich konsequent gegen jegliche Massnahmen, die Sexarbeiter:innen bestrafen, diskriminieren oder ihnen das Leben erschweren. Die Möglichkeit, legal zu arbeiten, ist eine Grundvoraussetzung für sichere Sexarbeit. Dazu gehört auch, dass Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen von Migrant:innen nicht an Arbeitgeber:innen gekoppelt werden dürfen, da dies die Gefahr von Abhängigkeiten erhöht.

- **Für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen**

Jede Politik zum Schutz von Sexarbeiter:innen ist eine Politik, die Prekarität bekämpft: Dazu brauchen wir einen besseren Arbeitsschutz für Sexarbeiter:innen. Migrant:innen müssen ausserdem Zugang zu Sozialleistungen haben, damit Sexarbeit nicht die einzige Option ist.

- **Für einen freien Zugang zu Gesundheitsversorgung und Beratungsangeboten**

Ein Ende der Stigmatisierung von Sexarbeit soll auch einen besseren Zugang zur Gesundheitsversorgung ermöglichen. Sexarbeiter:innen müssen Zugang zu Informationen über Gesundheit und ihre Rechte haben, zu niedrighwelligen sanitären Einrichtungen, um ihre Gesundheitsrisiken zu minimieren, und zu Unterstützungsangeboten im Falle von Gewalterfahrungen. Sexarbeiter:innen müssen an Programmen zur beruflichen Neuorientierung teilnehmen können, die ihnen ein höheres und stabiles Einkommen garantieren, wenn sie dies wünschen.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

R-5 RENATE RUTISHAUSER UND ANDERE: FÜR EINE QUALITATIV HOCHSTEHENDE MEDIZINISCHE GRUNDVERSORGUNG – AUCH IN DEN RANDREGIONEN!

Trotz immer wieder aufflackernder Angriffe seitens neoliberaler Think Thanks wie Avenir Suisse, besteht in der Schweiz ein traditioneller Konsens, dass Randregionen und Berggebiete bevölkert bleiben sollen und deshalb den Menschen in diesen Regionen der Zugang zu einem guten Service Public gewährt werden muss. Der Zugang zu einer bedarfsgerechten, qualitativ hochstehenden medizinischen Grundversorgung ist Teil davon.

Fachkräftemangel, Kostenexplosion und Ineffizienz setzen die Gesundheitsversorgung in der Schweiz allgemein unter Druck. Durch Abwanderung, Brain-Drain und durch den demografischen Wandel sind die strukturschwächeren Bergregionen umso mehr davon betroffen. Es besteht ein dringender Handlungsbedarf, um die Gesundheitsversorgung gerade in diesen Gebieten sicherzustellen.

Unsere Resolution fordert konkrete Massnahmen zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in abgelegenen Gebieten, zur Förderung von Prävention, zur Verbesserung der interdisziplinären und interkantonalen Zusammenarbeit sowie zu einer verbesserten Kontrolle der finanziellen Aspekte. Auch unterstützen die Alpensozis mit dieser Resolution die Einführung einer Einheitskrankenkasse.

Nur durch das gemeinsame Handeln aller relevanten Akteur:innen kann eine gerechte und effiziente Gesundheitsversorgung für alle gewährleistet werden.

Wir fordern folgende konkreten Massnahmen:

- Sicherstellung einer qualitativ hochstehenden Grundversorgung in peripheren Regionen durch:
 - Weiterentwicklung, respektive Etablierung von Gesundheitsversorgungsregionen. Diese wurden beispielsweise in Graubünden definiert und haben eine integrierte, vernetzte Versorgung zum Ziel¹⁴.
 - Massnahmen zur Förderung der Ausbildung und Niederlassung von Allgemeinmediziner:innen insbesondere in den Randregionen durch Anpassungen der kantonalen Gesetzgebung¹⁵, durch eine verstärkte Beteiligung der Kantone am Programm der Praxisassistenten¹⁶ (siehe beispielsweise das Programm Capricorn¹⁷ im Kanton Graubünden).
 - Erhalt der bestehenden Infrastruktur, oder allenfalls Umstrukturierung medizinischer Einrichtungen in Gesundheitszentren.
 - Förderung innovativer Ansätze wie Telemedizin, Walk-in-Soforthilfepraxen und mobiler interprofessioneller Teams für entlegene Gebiete.

¹⁴ <https://www.mettier-projekte.ch/resources/Studie-HSG-KPMG-VernetzteGesundheit.pdf>

¹⁵ https://www4.ti.ch/user_librerie/php/GC/allegato.php?allid=163617 (Artikel 5b, Seite 18)

¹⁶ <https://www.sivf.ch/weiterbildung/praxisassistenten.cfm>

¹⁷ https://www.kmgr.ch/sites/default/files/2023-05/konzept-capricorn-ksgr-2023_0.pdf

- Angebote der Geburtshilfe, von Vorsorgeuntersuchungen bis Nachkontrollen und der Möglichkeit, risikoarme Geburten in kleinräumigen, dezentralen und hebammengeleiteten Strukturen durchführen zu können.
- Förderung der interkantonalen und interdisziplinären Zusammenarbeit:
 - Die Kantone sollen enger kooperieren, um Synergien zu nutzen und die Gesundheitsversorgung effizienter zu gestalten. Dies umfasst die gemeinsame Nutzung medizinischer Infrastruktur (insbesondere von teuren Diagnosegeräten), die Koordination der Notfallversorgung und die Zusammenarbeit über die Kantons- und ggf. auch Landesgrenzen hinweg. Fach- und Beschlussorgan der interkantonalen Vereinbarung zur Hochleistungsmedizin (IVHSM) sollten bei ihren Entscheidungen auch deren mittel- und unmittelbare Auswirkungen auf die Bevölkerung der Bergkantone berücksichtigen.
 - Die verschiedenen Akteure der Gesundheitsversorgung (Spitäler, medizinische Spezialist:innen, Apotheker:innen, Hausärzt:innen, Pflegefachpersonen und Therapeut:innen) sollen sich vermehrt zu lokalen Gesundheitsnetzwerken zusammenschliessen. Durch eine enge Zusammenarbeit kann Doppelspurigkeiten entgegengetreten werden. Ressourcen können effizienter genutzt und die Gesundheitsversorgung in peripheren Regionen verbessert werden.
- Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Fachkräften unter Berücksichtigung neuer Ausbildungen wie APN (Advanced Practice Nursing¹⁸) unter anderem durch folgende Massnahmen:
 - Finanzielle Anreize: Angebote wie höhere Löhne und Zulagen, um medizinische Fachkräfte zu ermutigen, in periphere Regionen zu ziehen und dort zu arbeiten.
 - Schaffung attraktiver Arbeitsbedingungen für eine gute Work-Life-Balance:
 - flexible Arbeitszeiten,
 - fortschrittliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten,
 - Weiterbildungsmöglichkeiten.
 - Unterstützung bei der beruflichen Entwicklung.
 - Attraktive Wohn- und Arbeitsangebote schaffen für medizinische Fachkräfte (Hausärzt:innen, Therapeut:innen), welche sich in peripheren Regionen niederlassen und eine Praxis eröffnen wollen.
 - Entwicklung gezielter Gewinnungs- Rekrutierungs- und Ausbildungsprogramme, Stipendien und Studienplätze für Studierende und Lernende in medizinischen Berufen aus peripheren Regionen sowie spezifische Ausbildungsprogramme für die ländliche Gesundheitsversorgung.
 - Entwicklung von Programmen zur Weiterbildung und Unterstützung lokaler Gesundheitsfachkräfte, einschliesslich Schulungen, Fortbildungen und Mentoring.
 - Vollständige Umsetzung der Pflegeinitiative.
 - Einführung von Gesamtarbeitsverträgen in allen Berufen der medizinischen Grundversorgung.
- Prävention und Gesundheitsförderung:

¹⁸ <https://apn-ch.ch/>

- Durch die Förderung der physischen und psychischen Gesundheit sowie das frühzeitige Erkennen von Krankheiten soll die Belastung des Gesundheitssystems reduziert und die Lebensqualität der Bevölkerung verbessert werden.
- Bund, Kantone und Gemeinden verantworten die Bereitstellung und Finanzierung sozialer Unterstützungssysteme für alle Altersgruppen in allen Regionen, einschliesslich betreuender Angehöriger, altersgerechter Wohnungen, barrierefreier Infrastruktur und gemeindebasierter Dienste wie Mahlzeitendienste, Transportmöglichkeiten und sozialer Aktivitäten.
- Berücksichtigung der finanziellen Aspekte:
 - Der Ökonomisierung, Gewinnorientierung und der zunehmenden Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen muss Einhalt geboten werden. Unsere Gesundheitsversorgung darf nicht zu einem Spekulationsobjekt¹⁹ werden, sondern muss klar die Bedürfnisse der Kranken und der Bevölkerung in den Vordergrund stellen.
 - Eine Abkehr vom verfehlten Fallpauschalensystem ist überfällig. Der Druck, Kosten zu senken, kann dazu führen, dass die Qualität der Versorgung leidet. Es besteht das Risiko, dass Patient:innen vorzeitig entlassen werden, was zu höheren Rückfallraten²⁰ und letztlich höheren Gesamtkosten führt. Da die Pauschalen auf Durchschnittskosten basieren und der spezifischen Ausgangslage nicht immer gerecht werden, kann diese starre Struktur dazu führen, dass Patient:innen mit komplexen oder seltenen Erkrankungen unzureichend versorgt werden.
 - Der zunehmende Kostendruck und die Effizienzanforderungen verschlechtern die Arbeitsbedingungen für das medizinische Personal.
 - Die Finanzierung der Grundversorgung muss sichergestellt, Fehlanreize sollen abgeschafft werden.
 - Um eine qualitativ hochstehende, aber kostengünstigere Nachbetreuung insbesondere älterer Patient:innen nach einer akuten Phase sicherzustellen, ist das Tessiner Modell der Reparti acuti di minore intensità²¹ zu studieren und eine geeignete gesetzliche Basis dafür zu schaffen.
 - Es braucht eine schweizweite Rahmengesetzgebung für die finanzielle Abgeltung pflegender und betreuender Angehöriger, welche in den Berg- und Randregionen zu einem grossen Teil die Aufrechterhaltung der Grundversorgung gewährleisten.
 - Ein Monitoring zur Kontrolle von Kosten und Qualität der Gesundheitsversorgung ist notwendig. Massnahmen zur langfristigen Sicherstellung der Finanzierung sind dringend angezeigt. Die Tarife sollen in allen Regionen ein ähnliches Niveau aufweisen, damit auch in den Bergkantonen Fachpersonen gewonnen und die erbrachten Leistungen auch finanziert werden können.
- Einheitskrankenkasse:
 - Die Alpensozis unterstützen die Einführung einer Einheitskrankenkasse, wie sie die SP Schweiz fordert. Damit können Verwaltungskosten gesenkt und die Effizienz im

¹⁹ <https://www.blick.ch/wirtschaft/grosse-sorge-bei-mitarbeitenden-gesundheit-als-spekulationsobjekt-auslaendischer-investor-kauft-fuenf-schweizer-kliniken-auf-id20048402.html>

²⁰ <https://www.unibas.ch/de/Aktuell/News/Uni-Research/Einfuehrung-der-Fallpauschale-geht-mit-vermehrten-Wiedereintritten-einher.html>

⁸ <https://www.eoc.ch/pazienti/informazioni-per-il-paziente/reparti-a-minor-intensita-acuta.html>

Gesundheitssystem gesteigert werden. Diese Krankenkasse soll eine einheitliche und umfassende Grundversicherung für alle bieten und den gerechten Zugang zur Gesundheitsversorgung sicherstellen.

Wie eingangs erwähnt, ist eine gute medizinische Grundversorgung Teil des für die Randregionen fundamental wichtigen Service Public und geht Hand in Hand mit der Notwendigkeit von bezahlbarem Wohnraum, bedarfsgerechtem öffentlichen Verkehr, digitaler Infrastruktur, Bildungsmöglichkeiten und Kinderbetreuung.

Die Umsetzung dieser Massnahmen erfordert die enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen, Gemeinden, Gesundheitsbehörden, Bildungseinrichtungen und anderen relevanten Akteur:innen. Durch diese kombinierten Ansätze kann die Gesundheitsversorgung in peripheren Regionen gestärkt und eine angemessene medizinische Versorgung der Bevölkerung gewährleistet werden.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Für die Alpensozis: Renate Rutishauser, SP Viamala / Gina La Mantia, PS Blenio / Rita Schmid, SP 60+ / Jürg Mächler, SP Prättigau / Clément Borgeaud, PS Valais romand / Franziska Preisig, SP Oberengadin/Bergell / Sebastian Werlen, SP Oberwallis / Claudia Alpiger, SP Oberwallis / Ueli Egger, SP Kanton Bern / Davide Vassella, PS Poschiavo / Livia Benesch, SP Imboden / Werner Caviezel, SP Chur / Beatrice Mahrer, SP Viamala

R-6 LEO KELLER UND ANDERE: KEINE NEUEN AKWS – SIE BEHINDERN DEN SCHNELLEN ZUBAU DER ERNEUERBAREN UND GEFÄHRDEN DIE STROM-VERSORGUNGSSICHERHEIT

Der Bundesrat will das Schweizer Stimmvolk beim Atom-Ausstieg hinters Licht führen!

1. Neue AKWs leisten keinen Beitrag zur Versorgungssicherheit und zu Netto-Null-2050, denn sie kommen sicher zu spät, sind immer noch sehr gefährlich und viel zu teuer.
2. Die seit Jahren bemängelten Probleme (Endlager, Gefährlichkeit, Auslandabhängigkeit) sind bis heute nicht gelöst.
3. Die AKW-Revival-Diskussion stört massiv den dringend nötigen, schnellen Aufbau der erneuerbaren Energien.
4. Der Bundesrat missachtet den Volkswillen – vor 7 Jahren hat die Schweiz mit 58% JA den Atomausstieg beschlossen. Seither hat sich nichts geändert.

Erläuterungen:

1. **Neue AKWs liefern vor 2050 keinen Beitrag zur Versorgungssicherheit:**
Die Erreichung des Klimaziels – Netto-Null-2050 – ist ohne neue AKW zu erreichen. Denn Bewilligungsverfahren und Bauprozesse würden allein mindestens 25 Jahre in Anspruch nehmen.
2. **Jetzt neue AKW planen ist Sand im Getriebe der erneuerbaren Energie:**
Der Bundesrat will mit seinem demokratiefeindlichen Vorgehen den Menschen bewusst Sand in die Augen streuen. Die Politik und die Verwaltung bereits jetzt – vor dem Start des neuen Stromgesetzes – mit solchen aufwändigen Aufgaben auszulasten, ist Sand im Getriebe des dringend nötigen Zubaus der erneuerbaren Energien durch die Kantone, Gemeinden und Energieunternehmen und trägt zur Verunsicherung beim Ausbau in erneuerbare Energien bei.
3. **Der Weiterbetrieb der weltweit ältesten Reaktoren steigert das Unfallrisiko massiv:**
Mit der Formel «Solange sie sicher sind, dürfen sie weiter betrieben werden» leugnet der Bundesrat die bekannten Restrisiken der laufenden Anlagen, namentlich Erdbeben, Flugzeugabstürze, Terrorgefahr und kriegerische Auseinandersetzungen (siehe Sapporischia) sowie spontane Störfälle und Betriebsunterbrüchen wegen „Material-Ermüdungen“ in den veralteten Reaktoren. Der Weiterbetrieb stellt darum für die Versorgungssicherheit ein Risiko dar, da risikogetriebene Abschaltermine nicht rechtzeitig geplant werden können.
4. **Das Vorgehen des Bundesrates ist undemokratisch:**
Die Aufgabe des AKW-Neubauverbots durch den Bundesrat widerspricht einem erst vor kurzem gefassten deutlichen Volkswillen (58% JA). Die SP ist konsterniert über die sachlich

unbegründete Missachtung des Volkswillens durch den Bundesrat²².

5. **Ohne massive Subventionen kein neuer Atomstrom:**

Axpo, Alpiq und BKW wollen nach eigenen Angaben keine neuen AKWs bauen, geschweige denn aus eigenen Mitteln finanzieren, denn Atomstrom aller aktuell verfügbarer AKW-Typen ist erfahrungsgemäss 2 – 3 mal so teuer wie neuer PV- und Windstrom. Darum fordern Atomlobbyisten, dass der Staat den Grossteil der Kosten übernehmen soll.²³ Das bedeutet entweder Steuererhöhungen oder Ausbauverzögerung der viel effizienteren und billigeren erneuerbaren Energien inkl. Speicher, was die Versorgungssicherheit empfindlich schwächen würde. Die AKW-Lobby will sich ganz offen schamlos am Volksvermögen bereichern.

6. **Alle AKW-Typen, die bis 2050 zur Verfügung stünden, sind gefährlich (3te Generation):**

In den nächsten 25 Jahren stehen praktisch nur die heute laufenden Leichtwasser-Reaktortypen zur Verfügung, die auf Konzepten aus den 1980er Jahren basierend. Sie weisen weiterhin hohe Unfallrisiken auf (5 von 200 bisher stillgelegten AKW erlitten katastrophale Kernschmelzunfälle). Sie produzieren weiterhin hoch-radioaktive, langlebige Abfälle, die zu hohen Kosten während einer Million Jahre von der Biosphäre ferngehalten werden müssen. Und sie sind auf nukleare Brennstoffe aus teilweise sehr problematischen Ländern angewiesen, schaffen Proliferationsrisiken und stellen in Krisensituationen ein Erpressungsrisiko dar (s. Ukraine- und Iran-Krieg) denn ein AKW stellt in Kriegszeiten ein sehr hohes Risiko dar.

7. **Die neuen SMR-Reaktoren sind alle noch reine «Computer-Visionen»:**

Die von der AKW-Lobby lauthals propagierten neuen «Game—Changer-Reaktoren» (SMR Small Modular Reactor) weisen zum Teil interessante theoretische Eigenschaften auf, sind aber alle mit neuen noch unbekanntem Risiken und Kosten verbunden. Die Effizienz thermischer Kraftwerke steigt mit der Grösse der Kapazität. Kleine Anlagen sind deshalb eher teurer als die ohnehin sehr teuren Grossanlagen. Und sind alle nicht erprobt, denn sie sind vorerst reine «Computer-Märchen». Die Industrie prognostiziert, dass sie ab 2035 technisch verfügbar seien. Gemäss Prof. Pautz könnten sie in der dichtbesiedelten Schweiz nicht vor 2060-2080 realisiert werden. (Prof. DR. Pautz, PSI/ETHL, Vortrag am 1. März 2024 an der

²³ Die Schweizer Stimmbürger beschlossen am 21. Mai 2017 im Rahmen einer Abstimmung zum Energiegesetz den Art. 12a des Kernenergiegesetzes, welcher seit 1. Jan. 2018 in Kraft ist. Der Artikel verbietet den Bau neuer Atomkraftwerke, dies entspricht in Teilen, dem von Bundesrätin Leuthard nach dem SuperGAU im japanischen AKW Fukushima im Jahr 2011 angekündigten Atomausstieg. Zwei Monate nach dem Super-GAU in Fukushima trat Bundesrätin Sie vor die Medien und erklärte den Schweizer Atomausstieg. Sie zeichnete ein Szenario, in welchem die Schweizer AKW wie folgt ausser Betrieb gehen könnten: Beznau I im Jahr 2019, Beznau II und Mühleberg 2022, Gösgen 2029 und das AKW Leibstadt 2034.

Am Folgetag äusserte sie sich gegenüber der Neuen Zürcher Zeitung vorsichtiger: «Einen fixen Termin für den Ausstieg nennt der Bundesrat nicht.» Die AKW könnten 50 oder gar 60 Jahre alt werden, sofern die Sicherheit gewährleistet sei, auch ein früherer Termin für eine Abschaltung sei möglich. «Die bestehenden AKW dürfen so lange betrieben werden, wie sie sicher sind.» Damit wurde der Atomausstieg gleich nach Ankündigung wieder relativiert. Heute 13 Jahre nach dem Supergau ist mit dem AKW Mühleberg erst ein Schweizer Reaktor abgeschaltet worden. Die Laufzeit der weiteren Reaktoren ist nicht eingeschränkt, einen Ausstiegsplan gibt es nicht.

²⁴ Die 4 AKW Neubauten der letzten 20 Jahre in Europa haben ein Mehrfaches der angesagten Kosten verschlungen z.B. das AKW Flamanville (F): Ansage 3,3 Mia Euro – Resultat CHF 13,2 Mia Euro. Die Englische Regierung garantiert den Betreibern des neuen AKW Hinkley Point während Jahrzehnten einen Strompreis von 25 Cent/kWh.

ETHZ vor SP-Energiefachleuten).

8. **Neue AKWs sind eine gigantische Verschwendung von Geld, das andernorts fehlt**

Angesichts des Fortschritts der erneuerbaren Energien und der Speichertechnologien sind sie völlig unnötig und führen, nebst neuen Risiken für die Bevölkerung, bloss zu einer gigantischen Geldverschwendung von staatlichen Mitteln – Geld, das anderswo viel besser investiert wäre.

9. **Die strahlende Hinterlassenschaft ist weiterhin ungelöst, wir dürfen sie nicht noch vergrössern:**

Die Atomlobby will uns weismachen, dass dereinst neue AKW gebaut werden können, die den bestehenden radioaktiven Abfall reduzieren/«verbrennen» können und die kein nennenswertes Unfall-Risiko mehr beinhalten. Wir verschliessen uns nicht grundsätzlich neuen Entwicklungen, denn die Abfallfrage muss noch richtig gut gelöst werden. Dies ist aber überhaupt kein Grund, jetzt neue AKWs zu bauen, die weiterhin genau diesen Abfall produzieren, den wir bis heute nicht verantwortungsvoll behandeln können.

10. **Ein Gau in einem der alten Schweizer AKW ist für die Schweiz ein nicht bewältigbares Szenario:**

Nur der schnelle, schrittweise Atomausstieg reduziert die Risiken. Und er ist angesichts der deutlichen Mehrheit vom 9. Juni für des zügigen Ausbaus der Photovoltaik und die Modernisierung der Wasserkraft technisch umsetzbar und wirtschaftlich erschwinglich.

Schliesslich habe alle Menschen in der Schweiz ein Recht auf die Unversehrtheit ihrer Gesundheit. Die «Jodtablette für danach» ist nur eine verzweifelte Lösung gegen die Aufnahme von radioaktivem Jod im menschlichen Körper, aber keinesfalls eine langfristige medizinische Lösung gegen die Folgen eines Atomunfalls. Die Schweizer Bevölkerung würde im Falle eines Atomunfalls zu Flüchtlingen.

11. **AKWs sind Teil einer riesigen militärisch-industriellen Kette mit enormen ökologischen und sozialen Kosten:**

Der Bau und der Betrieb von AKWs sowie die Versorgung mit Brennstoffen und deren Wiederaufbereitung ist eine riesige militärisch-industrielle Kette an deren Anfang und Ende meist auch indigene Menschen stehen, die ihr Heim verlieren und deren Umwelt und Nahrung verstrahlt wird, denn der Abbau von nuklearen Brennstoffen und die Wiederaufbereitung der Brennelemente emittieren konstant grosse Mengen an radioaktiven Stoffen. Die Gesamtumweltbelastung der Atomenergie ist 10x grösser als jene von Windenergie – (berechnet in UBP, BAFU 2018).

12. **Auch die Atomenergie emittiert CO₂:**

Auch die nukleare Kette emittiert CO₂, vom Uran-Abbau, über die chemische Behandlung, in den Brennelementfabriken, über die Transporte bis hin zum Bau der AKW, der Wiederaufbereitung und der Endlagerung. Heute ist der CO₂-Fussabdruck der weltweiten AKW-Industrie deutlich höher als jener der Wind- oder der PV-Energie (gerechnet pro kWh).

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Diese Resolution wurde von der Subkommission Klima & Energie der SP Schweiz erarbeitet.

Eingereicht von: Carlo Lepori, Felix Hoesch, Leo Keller, Martin Reichlin, Jan Suter, Tobias Hofstetter, Conrad U. Brunner

R-7 DES PRÄSIDIUMS: VERSTÄRKTE FRIEDENSINITIATIVEN ZUR BEENDIGUNG DES BEWAFFNETEN KONFLIKTS IM SUDAN

Die humanitäre Krise im Sudan hat sich in den letzten Monaten dramatisch verschärft. Im August 2024 sind über 25,6 Millionen Menschen, mehr als die Hälfte der Bevölkerung, von Hunger betroffen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Sudan Armed Forces (SAF), dem sudanesischen Militär, und den Rapid Support Forces (RSF), einer paramilitärischen Einheit, haben Millionen Menschen zur Flucht gezwungen und erschweren den Zugang zu lebenswichtiger humanitärer Hilfe. Überschwemmungen und eine zusammenbrechende Infrastruktur verschärfen die Situation zusätzlich. Die SP Schweiz ist überzeugt, dass die internationale Gemeinschaft, einschliesslich der Schweiz, dringend handeln muss, um die humanitäre Lage zu lindern und langfristige Lösungen zu finden.

Forderungen an das eidgenössische Parlament und den Bundesrat

- 1. Intensivierung der Friedensverhandlungen:** Die SP anerkennt die konstruktive Rolle der Schweiz in den im August 2024 abgehaltenen, von den USA vermittelten Friedensgesprächen in der Schweiz, die auf eine Beendigung der Gewalt im Sudan abzielen. Leider sind die Bemühungen um einen Waffenstillstand im Sudan jedoch vorerst gescheitert. Die SP fordert den Bundesrat auf, diese Bemühungen zu intensivieren und als neutraler Vermittler zu agieren, um einen dauerhaften Frieden zu bewirken. Dank ihrer humanitären Tradition kann die Schweiz einen entscheidenden Beitrag für eine friedliche und stabile Zukunft des Sudans leisten, indem sie ihre diplomatischen und humanitären Anstrengungen verstärkt.
- 2. Einsatz im UNO-Sicherheitsrat für eine Waffenruhe im Sudan:** Die Schweiz sollte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen aktiv darauf hinarbeiten, eine sofortige und umfassende Waffenruhe im Sudan zu erreichen. Dies beinhaltet nicht nur die Forderung nach einem Ende der Kampfhandlungen, sondern auch die strikte Einhaltung des humanitären Völkerrechts durch alle Konfliktparteien. Es ist essenziell, dass der Schutz der Zivilbevölkerung, insbesondere von Frauen, Kindern und anderen gefährdeten Gruppen, gewährleistet wird. Die Bemühungen der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat sollten auch die Unterstützung für allfällige internationale Sanktionen beinhalten, die gegen jene Akteure verhängt werden, welche die Waffenruhe untergraben oder gegen das humanitäre Völkerrecht verstossen. Schliesslich soll sich die Schweiz im UNO-Sicherheitsrat dafür einsetzen, dass das UNO-Waffenembargo auf den gesamten Sudan ausgeweitet wird und dass seine Überwachungs- und Überprüfungsmechanismen ausgebaut werden. Internationale Waffenlieferungen müssen überwacht und illegale Waffeneinfuhren wirksam verhindert werden. Dabei muss ein weites Spektrum von Waffen erfasst werden, um Lieferungen von Schrotflinten, Jagdgewehren und Schreckschusspistolen und der entsprechenden Munition in den Sudan zu stoppen.
- 3. Sofortige humanitäre Hilfe und Unterstützung vor Ort:** Angesichts der akuten Ernährungskrise und der erschwerten Bedingungen für humanitäre Einsätze fordert die SP Schweiz den Bundesrat auf, die humanitäre Hilfe für den Sudan zu erhöhen. Die Schweiz soll sich für die Schaffung von sicheren Korridoren einsetzen, die es ermöglichen, dringend

benötigte Hilfsgüter und medizinische Versorgung in die betroffenen Gebiete zu bringen. Es ist notwendig, flexible und ausreichend finanzierte Programme zu entwickeln, die die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern wie Nahrungsmitteln, Wasser und medizinischer Versorgung sicherstellen. Die Schweiz soll zu diesem Zweck insbesondere die humanitären UNO-Unterorganisationen mit flexibel einsetzbaren und langfristig planbaren finanziellen Mitteln unterstützen. Damit das humanitäre und entwicklungspolitische Engagement der Schweiz in den Jahren 2025-2028 nicht reduziert werden muss, ist es von zentraler Wichtigkeit, dass das Budget für die internationale Zusammenarbeit nicht – wie vom Bundesrat vorgeschlagen – gekürzt wird. Stattdessen soll dieses endlich auf das international verankerte Ziel von 0.7% BNE erhöht werden.

4. **Unterstützung von Entwicklungsprojekten und Aufbauhilfe:** Neben der unmittelbaren humanitären Hilfe muss die Schweiz auch langfristige Entwicklungsprojekte fördern, die den Wiederaufbau und die Stabilisierung des Landes unterstützen. Projekte zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft zur Schaffung eines unabhängigen Wirtschaftssystems sind fundamental, um den Menschen eine Perspektive in ihrer Heimat zu bieten und die Abhängigkeit von humanitärer Hilfe zu reduzieren. Dies wird jedoch nur möglich sein, wenn die im August 2024 in der Schweiz abgehaltenen Friedensverhandlungen erneut aufgenommen und zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden.
5. **Verbot der Nutzung des Schweizer Handelsplatzes für Konfliktrohstoffe:** Die Schweiz muss sicherstellen, dass ihr Handelsplatz nicht als Absatz- oder Umschlagplatz für Konfliktrohstoffe aus dem Sudan dient, um zu verhindern, dass der Bürgerkrieg indirekt finanziert wird. Der Krieg im Sudan wäre insbesondere ohne seine Goldvorkommen in der heutigen Form kaum denkbar. Deshalb ist es zentral, dass eine Deklarationspflicht für die Herkunft von importiertem Gold für Schweizer Raffinerien gesetzlich verankert wird. Konkret sollen im Rahmen der laufenden Revision des Zollgesetzes im Edelmetallkontrollgesetz die Transparenz- und Sorgfaltsvorschriften für den Handel mit Gold verschärft werden. Generell soll der Bund sicherstellen, dass keine Schweizer Unternehmen oder Finanzinstitute in den Handel mit Konfliktrohstoffen involviert sind. Um diese Ziele zu erreichen, sollte der Bund dringend Massnahmen ergreifen, um sich der Europäischen Union anzuschliessen, die im Mai 2024 eine Richtlinie zur Konzernverantwortung verabschiedet hat. Diese Richtlinie verpflichtet Unternehmen dazu, nicht nur ihre Lieferketten auf Menschenrechtsverletzungen und Umweltstandards zu überprüfen, sondern auch konkrete Verantwortung für ihre Geschäftsaktivitäten zu übernehmen. Die Schweiz sollte vergleichbare Regeln einführen, um sicherzustellen, dass Konzerne zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie durch ihre Handlungen zur Finanzierung von Konflikten beitragen. Durch strenge Vorschriften und eine konsequente Überwachung soll verhindert werden, dass der Schweizer Markt den Bürgerkrieg im Sudan indirekt unterstützt.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

R-8 FABIAN MOLINA (SP EU PLATTFORM) UND ANDERE: ES IST HÖCHSTE ZEIT, DEN BEITRAG DER SCHWEIZ ZUR EUROPÄISCHEN INTEGRATION, SICHERHEIT UND STABILITÄT ZU VERSTETIGEN UND AUSZUBAUEN

Das Jahr 2024 ist ein Schicksalsjahr für die Europäische Union (EU). Die Wahlen zum Europaparlament von Anfang Juni und die aus zahlreichen nationalen Wahlen resultierenden neuen Mehrheiten im Europäischen Rat stellen die EU vor enorme Herausforderungen. Die Polarisierung hat weiter zugenommen. Trotz zum Teil guter Wahlergebnisse der Sozialdemokratie und weiterer linker Parteien in verschiedenen europäischen Ländern ist das Regieren schwieriger geworden; das soziale, ökologische und demokratische Europa ist unter Druck und es droht Stillstand in einer Zeit, in der Fortschritt und Veränderung dringlicher sind denn je. Nationalistische, populistische und rechtsextreme Parteien haben in zahlreichen EU-Gründungsmitgliedstaaten an Zustimmung gewonnen. Dabei erfordern der imperialistische Vernichtungskrieg Russlands gegen die Ukraine, die fortschreitende, sich immer offensichtlicher manifestierende Klimakrise, die Schwäche des Multilateralismus, die geopolitischen Spannungen und insbesondere die politisch fragile Situation in den USA ein starkes und souveränes Europa. Verständnis, Austausch und Institutionenbildung müssten vorangetrieben werden, um Wohlstand, Sicherheit und Stabilität zu sichern.

Die SP Schweiz ist eine europäische Partei.²⁴ In einer globalisierten Welt der Deregulierung und des internationalen Standortwettbewerbs zu Gunsten von Grosskonzernen und Superreichen – kurz: des Kontrollverlusts – können soziale Sicherheit, Demokratie und Souveränität nur durch regionale bzw. kontinentale Integration gesichert und weiterentwickelt werden. Zahlreiche Beispiele der jüngsten Geschichte verdeutlichen dies:

- In der zurückliegenden Legislaturperiode hat die EU die nationalen Arbeitslosenversicherungen während der Covid-19-Pandemie abgesichert und den wirtschaftlichen Wiederaufbau mit Milliarden Euro unterstützt. Dies hat Hunderttausende von Arbeitsplätzen gesichert und eine rasche und erfolgreiche wirtschaftliche Erholung des Binnenmarkts ermöglicht.
- Dank einer neuen Datenschutzrichtlinie und der umfassendsten Plattformregulierung der Welt wurden die Grundrechte der Bürger:innen in Europa gestärkt und Tech-Konzerne in ihre Schranken verwiesen.
- Mit dem europäischen Green Deal hat die EU ein riesiges Investitions- und Regulierungsprogramm für den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft auf den Weg gebracht.
- Mit der Entwaldungsrichtlinie wurde ein globaler Standard gesetzt, um wirksam gegen die Abholzung von Primärwäldern vorzugehen.
- Die europäische Lieferkettenrichtlinie und das Verbot des Imports von Produkten, die durch Zwangsarbeit hergestellt wurden, stärken Menschen- und Arbeitsrechte weltweit.
- Mit der europäischen Säule sozialer Rechte und insbesondere dem europäischen Mindestlohn hat die EU ein ganzheitliches, transnationalen Instrument für bessere Löhne und faire Arbeitsbedingungen etabliert.

²⁴ Letztmals hat die SP Schweiz ihre Haltung am Basler Parteitag vom 30. Oktober 2022 mit der Verabschiedung des Strategiepapiers «Aufbruch in ein soziales und demokratisches Europa» bestätigt.

Keine dieser Errungenschaften hätte ein einzelnes Land des Kontinents wirksam umsetzen können. Nur durch gemeinsames Handeln entfaltet die Demokratie in Europa Einfluss in der globalisierten Wirtschaft.

Keiner dieser Erfolge wurde ohne Widerstand erreicht. Die europäische Sozialdemokratie, die Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen haben diese Fortschritte in den europäischen Institutionen mit zivilgesellschaftlichem und politischem Druck in harten Verhandlungen gegen ökonomische Partikularinteressen erkämpft. Die SP Schweiz steht auch in Zukunft fest an der Seite ihrer Schwesterparteien, die sich unter anspruchsvollen Umständen für ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa einsetzen.

Für die SP Schweiz ist aber auch klar, dass sich unser Land vermehrt in den Prozess der europäischen Einigung einbringen und Verantwortung für Sicherheit, Stabilität und sozialen Fortschritt in Europa übernehmen muss. Zahlreiche Entwicklungen in der EU betreffen uns direkt. Dass wir nicht am Prozess der Entscheidungsfindung beteiligt sind, schwächt die Souveränität unseres Landes und ist einer Demokratie unwürdig. Hinzu kommt, dass die Schweiz von den europäischen Grundfreiheiten und der Stärke Europas profitiert. Es ist deshalb auch eine Frage der internationalen Solidarität, Europa etwas zurückzugeben und mitzuhelfen, die Menschenrechte sowie die demokratischen Rechtsstaaten zu stärken.

In diesen herausfordernden Zeiten fordert die SP Schweiz folgende europapolitischen Sofortmassnahmen:

- **Den raschen Abschluss der Verhandlungen zu den zukünftigen Beziehungen Schweiz-EU durch den Bundesrat:** Die SP erwartet, dass der Bundesrat die Verhandlungen über die zukünftigen Beziehungen der Schweiz zur EU zügig abschliesst und diese mit einem Paket kluger innenpolitischer Massnahmen flankiert. Es ist unerlässlich, dass die Schweiz die Beziehungen zu ihren Nachbarn vertraglich regelt und dabei ein Mitwirkungsrecht bei wichtigen Rechtsentwicklungen, die sie betrifft, erhält. Dabei muss der Bundesrat dem Schutz von Löhnen, Arbeitsbedingungen und der Grundversorgung Rechnung tragen, um sicherzustellen, dass der Wohlstandsgewinn aus dem nächsten Integrationsschritt gerecht verteilt wird.
- **Ein Ende des Schweizer Sonderwegs beim Import von Produkten, die durch die Verletzung von Menschenrechten, Umweltstandards oder Entwaldung hergestellt wurden:** Mit der Lieferketten-, der Zwangsarbeits- und der Entwaldungsrichtlinie hat die EU Regeln gegen die Inverkehrbringung von Waren geschaffen, die unter Bedingungen hergestellt wurden, die nicht mit fundamentalen Menschenrechten oder den Pariser Klimazielen vereinbar sind. Die Schweiz als Teilnehmerin des EU-Binnenmarktes darf diese Regeln nicht unterlaufen. Der Bundesrat muss dem Parlament so rasch wie möglich Vorlagen unterbreiten, um die drei Richtlinien ins Schweizer Recht zu übernehmen.
- **Eine Kooperation im Rahmen des EU Green Deal für einen wirksamen Klimaschutz und eine Wirtschaft der Zukunft:** Die SP fordert den Bundesrat auf, eine Assoziierung am Green Deal der EU sowie eine stärkere Kooperation im Bereich industriepolitischer Massnahmen anzustreben. Die Dekarbonisierung der Wirtschaft ist ein Mammutprojekt, das aber auch Chancen für den Werk- und Innovationsplatz Schweiz bietet. Und die

Versorgungssicherheit für Grundgüter ist ein Sicherheits- und Wohlfaktor für die Schweiz. Verliert die Schweiz die Möglichkeit, sich am Aufbau von ökologischen Produktionsstandorten und an europäischen Lieferketten zu beteiligen, läuft sie Gefahr, klimapolitisch und wirtschaftlich den Anschluss zu verlieren.

- **Die Beteiligung der Schweiz an der europäischen Sicherheitsarchitektur ausbauen:** Die SP begrüsst die Bestrebungen des Bundesrats, sich im Rahmen der Permanenten Strukturierten Kooperation der EU (PESCO) an der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu beteiligen. Sicherheit und Stabilität können weder im Alleingang noch durch Militärbündnisse erreicht werden, die sich an den strategischen Interessen Washingtons orientieren oder vom autokratischen Regime in Ankara beeinflusst werden. Europa muss das System der kollektiven und kooperativen Sicherheit im Rahmen des Europarats und der OSZE stärken. Darüber hinaus muss die Schweiz einen Beitrag zu einer kohärenten Aussen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der EU leisten. Die SP fordert, dass der Bundesrat eine weitergehende Assoziierung der Schweiz an die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU anstrebt.

Die sozialen, politischen, ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen in Europa erfordern entschlossene und koordinierte Massnahmen. Die Schweiz, als Teil Europas, muss ihre Beziehungen zur EU rasch vertiefen und sich aktiv an der Lösung dieser Herausforderungen beteiligen. Eine Klärung der institutionellen Fragen im Rahmen der Binnenmarktabkommen und eine Sicherung der bisherigen Kooperationsprogramme sowie neu eine starke Kooperation in den Bereichen Sicherheit, Industrieentwicklung, Klimaschutz und Förderung der Menschenrechte sind unerlässlich, um den Fortschritt und den Wohlstand der Schweiz zu sichern. Zudem kann die Schweiz so zum europäischen Zusammenhalt beitragen.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Antrag eingereicht von: Fabian Molina, Priska Seiler Graf, Eric Nussbaumer, Jacqueline Fehr, Sarah Wyss, Thomas Sutter, Nicole Nickerson, Michael Olivo, Reto Büsser, Franziska Preisig, Thomas Eichenberger und Sofia Karakostas

R-9 DES PRÄSIDIUMS: FÜR EINE GERECHTE BEWÄLTIGUNG DER GLOBALEN SCHULDENKRISE: SOLIDARITÄT, VERANTWORTUNG UND REFORMEN FÜR EINE NACHHALTIGE ZUKUNFT

Die aktuelle Schuldenkrise kann nicht isoliert betrachtet werden, sondern ist im Kontext globaler wirtschaftlicher Ungleichheiten und unzureichender internationaler Regulierungen zu verstehen. Schulden sind nicht per se negativ, jedoch sind die Bedingungen, unter denen sie aufgenommen und bedient werden müssen, entscheidend für die Bewertung ihrer Auswirkungen auf Gesellschaften.

2024 müssen die Regierungen von verschuldeten Staaten im Globalen Süden so viel wie noch nie an ausländische Gläubiger:innen zurückzahlen: Mehr als eine Milliarde US-Dollar pro Tag fließen in den Schuldendienst. Mehr als 3,3 Milliarden Menschen – fast die Hälfte der Menschheit – leben in Ländern, die mehr für die Begleichung ihres Schuldendienstes ausgeben als für Bildung oder Gesundheit.

Die hohe Verschuldung vieler Länder des Globalen Südens ist eine direkte Folge kolonialer und neokolonialer Wirtschaftsstrukturen, die weiterhin ungleiche Machtverhältnisse zwischen Gläubiger:innen und Schuldner:innen aufrechterhalten. Diese Strukturen zwingen verschuldete Länder oft zu Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich sowie zu einer einseitigen Exportorientierung, was die Armut verschärft und die soziale Ungleichheit weiter vertieft.

Forderungen an den Bundesrat und das eidgenössische Parlament

Reform der globalen Finanzarchitektur: Die Schweiz muss sich aktiv für eine Reform der globalen Finanzsysteme einsetzen, die eine faire und nachhaltige Bewältigung von Schuldenkrisen ermöglicht. Die SP fordert die Schaffung eines internationalen, rechtsverbindlichen Schuldenrestrukturierungsmechanismus unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen. Dieser Mechanismus soll sicherstellen, dass Schuldenrestrukturierungen transparent, fair und unter gleichberechtigter Beteiligung von Gläubiger:innen und Schuldner:innen durchgeführt werden.

Verantwortungsvolle Kreditvergabe und Schuldenerleichterungen: Die SP fordert eine stärkere Regulierung der internationalen Kreditvergabe, um sicherzustellen, dass Darlehen nur unter Bedingungen gewährt werden, welche die Schuldentragfähigkeit der Empfängerländer nicht gefährden. Darüber hinaus soll die Schweiz in internationalen Gremien auf eine grosszügige und gerechte Entschuldung drängen, insbesondere für die am stärksten verschuldeten Länder des Globalen Südens.

Unterstützung des Globalen Südens durch Entwicklungszusammenarbeit: Die SP lehnt die geplanten Kürzungen der internationalen Zusammenarbeit (IZA) entschieden ab und fordert stattdessen eine Erhöhung der Mittel auf das international verankerte Ziel von 0.7% BNE. Denn eine Kürzung des IZA-Budgets im Kontext multipler internationaler Krisen, inklusive der globalen Schuldenkrise, kommt zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt.

Förderung von Klimagerechtigkeit: Die SP betont, dass die Schuldenkrise untrennbar mit der Klimakrise verbunden ist. Viele Länder des Globalen Südens sind besonders stark von den

Auswirkungen des Klimawandels betroffen, während sie gleichzeitig unter einer drückenden Schuldenlast leiden: Die Länder des Globalen Südens geben zwölf Mal mehr aus für den Schuldendienst als für Massnahmen gegen den Klimawandel. Die SP fordert daher, dass Klimafinanzierungen nicht aus dem IZA-Budget, sondern zusätzlich bereitgestellt werden und dass die Schweiz ihre Unterstützung für klimaschädliche Projekte sofort einstellt.

Bekämpfung von Steuervermeidung und Geldwäscherei: Die SP fordert das eidgenössische Parlament auf, die Gesetzgebung zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Steuervermeidung zu verschärfen. Illegale Finanzströme verschlimmern die Schuldenproblematik in Entwicklungsländern und untergraben die Bemühungen um mehr Steuergerechtigkeit. Die Schweiz muss zudem zügig den automatischen Informationsaustausch mit allen Entwicklungsländern vereinbaren und die Bestrebungen einer fairen Besteuerung multinationaler Konzerne unterstützen.

Unterstützung der Verhandlungen über eine UNO-Steuerkonvention: Im Februar 2024 fanden in New York erstmals in der Geschichte der UNO intergouvernementale Verhandlungen zur Steuerpolitik statt. Das Ziel ist die Schaffung eines umfassenden Rahmens für die internationale Steuerzusammenarbeit, um Probleme wie Steuerhinterziehung und ungleiche Steuerlasten zwischen entwickelten und Entwicklungsländern anzugehen. Die Schweiz hat bisher eine defensive Rolle in den Verhandlungen gespielt. Der Bundesrat wird aufgefordert, diese Position zu ändern und sich stattdessen konstruktiv in die Verhandlungen einzubringen. Insbesondere soll sich der Bundesrat für eine globale Besteuerung Ultrareicher einsetzen. Diese Steuer könnte einen wesentlichen Beitrag zur Reduzierung der globalen Ungleichheiten und zur Finanzierung von Schuldenabbau-massnahmen leisten.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Die Internationale

Wacht auf, Verdammte dieser Erde,
die stets man noch zum Hunger zwingt!
Das Recht wie Glut im Kraterherde
nun mit Macht zum Durchbruch dringt.
Reinen Tisch macht mit dem Bedränger!
Heer der Sklaven, wache auf!
Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger,
alles zu werden, strömt zuhauf!

Völker hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht!

Es rettet uns kein höh'res Wesen,
kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun.
Uns aus dem Unrecht zu erlösen,
können wir nur selber tun!
Leeres Wort: der Armen Rechte!
Leeres Wort: der Reichen Pflicht!
Unmündig nennt man uns und Knechte,
dann tragt die Schmach nun länger nicht!

Völker hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht!

In Stadt und Land, Ihr Arbeitsleute,
wir sind die stärkste der Partei'n.
Die Müssiggänger schiebt beiseite!
Diese Welt muss unser sein;
unser Blut sei nicht mehr Raben
und der mächt'gen Geier Frass!
Erst wenn wir sie vertrieben haben,
dann scheint die Sonn' ohn' Unterlass!

Völker hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht!

L'Internationale

Debout les damnés de la terre !
Debout les forçats de la faim !
La raison tonne en son cratère...
C'est l'éruption de la fin.
Du passé faisons table rase !
Foule esclave, debout, debout :
le monde va changer de base,
nous ne sommes rien, soyons tout.

C'est la lutte finale.
Groupons-nous et demain,
l'internationale sera le genre humain !

Il n'est pas de sauveurs suprêmes :
Ni Dieu, ni César, ni tribun.
Producteurs, sauvons-nous nous-mêmes,
Décrétons le salut commun !
Pour que le voleur rende gorge.
Pour tirer l'esprit du cachot.
Soufflons nous-mêmes notre forge :
Battons le fer quand il est chaud !

C'est la lutte finale.
Groupons-nous et demain,
l'internationale sera le genre humain !

Hideux dans leur apothéose,
les rois de la mine et du rail
Ont-ils jamais fait autre chose,
Que dévaliser le travail ?
Dans les coffres-forts de la bande,
ce qu'il a créé s'est fondu.
En décrétant qu'on le lui rende,
Le peuple ne veut que son dû !

C'est la lutte finale.
Groupons-nous et demain,
l'internationale sera le genre humain !